



12. September 1922

## WALLY ZEPLER • NACH 20 JAHREN

**G**ERADE 20 Jahre sind jetzt seit dem Münchener Parteitag vergangen. Vieles hat sich seitdem in Deutschland, sehr vieles auch in der Partei gewandelt. So ist es vielleicht belehrend einmal einen Rückblick auf diese historisch freilich kurze Periode zu werfen. Belehrend besonders auch für die Geschichte des Revisionismus und seine Bedeutung innerhalb der Sozialdemokratie. Für die feindselige Haltung der Partei ihm gegenüber war gerade München außerordentlich charakteristisch. Denn hier ging es nicht um irgendeinen speziellen "Fall" wie ein Jahr später in Dresden. Hier handelte es sich vielmehr um die prinzipielle Frage: Ist es erlaubt außerhalb der Grenzen des von der Partei Vorgeschiedenen Kritik an den Lehren des (oder auch eines angeblichen) Marxismus zu üben, oder muß solches Unterfangen eo ipso als parteiverräterisch gelten?

Mit einer etwas bitteren Heiterkeit liest man heute die Münchener Verhandlungen über den Punkt Sozialistische Monatshefte nach. Es war nach der Meinung hervorragender Parteigenossen tatsächlich unter allen Umständen ein Verbrechen theoretische Probleme ernsthaft neu zu durchdenken oder mindestens seine Gedanken darüber öffentlich zu äußern, wenn die offizielle Parteiwochenschrift deren Aufnahme verweigert hatte. Ja allerdings, meinte Bebel damals, man hätte ja durchaus das Recht der »Beschwerde« vor den »zuständigen« Preßinstanzen, denen auch die Redaktion jener Wochenschrift unterstehe. Beinahe möchte man es für eine gelungene Persifflage preußischer Bürokratie halten: Von einer Beschwerde ist "diesseits" nichts bekannt; also ist alles in Ordnung. Clara Zetkin machte es noch weniger gnädig als Bebel. Sie hielt in München eine Rede, die in ihrem enghirnigen Fanatismus schon die traurige Rolle vorahnen ließ, die sie jetzt im Moskauer Prozeß gegen die Sozialrevolutionäre spielte. Wollte sie hier die Menschen töten, die es gewagt hatten sich der verlogenen aller Regierungen zu widersetzen, so sprach sie damals das gleiche Todesurteil wider den Geist.

Und was war der Kern der Vorwürfe, die gegen die Sozialistischen Monatshefte geschleudert wurden? Weshalb all die abscheulichen Verleumdungen gegen eine Zeitschrift, die sich nichts anderes zum Ziel gesetzt hatte als nach der Wahrheit zu forschen? Vollmar sprach es in der Diskussion am klarsten aus: Es geschah, weil jeder Genosse fühlte: Das offizielle Parteiorgan war in totem Schematismus erstarrt, in den Sozialistischen Monatsheften aber pulste lebendiger Geist. Hier wuchs und wurde etwas; hier regten sich

alle frischen Kräfte, um zu formen und zu schaffen, hier glühte ein leidenschaftlicher Wille den Sozialismus zur Wirklichkeit werden zu lassen, eine neue Welt zu bauen. Was seitdem im deutschen Sozialismus an Vernünftigen und Gutem geschaffen worden ist, wurde tatsächlich an dieser Stelle zuerst propagiert, und wenn heute für die Arbeiterklasse wie für ganz Deutschland so trübe Zeiten herrschen, so deshalb, weil man 20 Jahre lang die Wahrheiten zu unterdrücken suchte, die der Revisionismus hier verkündet hatte. Denen, die auf der andern Seite stehen, mag solche Behauptung großsprecherisch oder wahrheitswidrig scheinen. Und doch ist ihre Richtigkeit leicht genug nachzuweisen.

Damals, in der Münchener Zeit, bewegte die Geister in erster Linie die Frage, ob die Arbeiterpartei an dem Leben des bürgerlichen Staates teilnehmen, den Etat, die notwendigen Ausgaben, sogar Militär- und Marineforderungen bewilligen und entsprechend etwa selbst mit in die Regierung eintreten sollte. Im Jahr 1900 hatte die Milleranddebatte die ganze sozialistische Welt in Bewegung versetzt. Heute, wo all dies längst entschiedene Probleme für die Partei sind, erscheint die Aufregung kaum glaublich, mit der sie zu jener Zeit behandelt wurden. Nur vergesse man nicht, daß noch 1911, auf dem Magdeburger Parteitag, fast mit dem gleichen Furor gegen die süddeutschen Budgetbewilliger gewütet wurde, und die offizielle Partei erst 1914, wider ihren eigenen Willen, jedenfalls ohne jede theoretische Besinnung, unter dem Druck des Kriegausbruchs ihre Zustimmung zu den Kriegskrediten gab. Und hier liegt denn auch des Pudels Kern. Die Partei hat seit dem Auftauchen des Revisionismus unendlich viele seiner Forderungen allmählich angenommen. Punkt für Punkt haben sich seine Behauptungen als richtig erwiesen. Die Entwicklung ist überall fast genau die Wege gegangen, die von den Sozialistischen Monatsheften angegeben worden sind. Aber auch, wo lang bekämpfte Meinungen schließlich selbstverständliches Allgemeingut wurden, konnten sie leider niemals ihren vollen Nutzen entfalten, weil ihr Sinn nie *im Zusammenhang* begriffen, das *System*, der verbindende und schöpferische Gedanke des Revisionismus nie erkannt, geschweige denn nach ihm gehandelt wurde. Dieser Gedanke, der auch heute noch zahlreichen führenden Genossen fremd und unbegreiflich bleibt, ist die Idee der *Produktivität*, des der Allgemeinheit gewidmeten Schaffens.

Um sie fruchtbar werden zu lassen, ist jedoch eines vor allem andern nötig, eben das, was man in München als Parteiverrat hinstellen wollte: unbegrenzte innere Wahrhaftigkeit den Dingen gegenüber. Sowenig wir jenes starken gläubigen Idealismus entraten können, der stets noch alle Schaffenden beseelt hat, so dringend notwendig war es, daß der Revisionismus die sozialistische Theorie von dem Irrwahn wirklichkeitsferner Ideologien löste, daß ihm die Anerkennung des Seins höchstes Gesetz blieb, er die Partei lehrte konkret zu sehen und die gegebene Wirklichkeit umzugestalten. Der Sozialismus nahm dadurch ganz andere Formen an. Jedes Problem wollte wieder geprüft sein und gewann dann oft eine völlig neue Bedeutung im Rahmen des Ganzen.

So wird jeder Genosse des eifrigen Streits um die *Agrarfrage* gedenken, der ebenfalls um die Münchener Zeit seinen Höhepunkt erreichte, des Auftretens der "Radikalen" gegen die Untersuchungen Eduard Davids, der für den Landbesitz eine andere Entwicklung feststellte als für die Industrie.

Und ein volles Jahrzehnt noch haben Arthur Schulz' sachkundige Darlegungen über Agrarprobleme in den Sozialistischen Monatsheften gegen Nichtbeachtung oder Widerspruch ankämpfen müssen, ehe die offizielle Partei endlich zugab, daß die Wahrheit auf dieser Seite lag, und man anfang die Bauernpropaganda auf eine andere Basis zu stellen. Nicht zum Schaden des sozialistischen Gedankens. Denn ist, wie wir glauben, der Sozialismus wirklich die Wirtschaftsorganisation der Zukunft, so muß er sich auch mit Privatbesitzformen verknüpfen lassen, wo diese die höchste Produktivität garantieren. Auch ohne daß der Schematismus des gesellschaftlichen Eigentums auf den landwirtschaftlichen Boden angewandt wird, kann er durch höchste Ausgestaltung genossenschaftlicher Betriebsarten und Anpassung an die ländlichen Verhältnisse die agrarische Bevölkerung gewinnen. Nur freilich muß diese Anpassung an die landwirtschaftlichen Interessen auch ehrlich genug sein den in der Partei von jeher genährten einseitigen Standpunkt der industriellen Arbeiterschaft in den eines umfassenden Produktionsinteresses umzuwandeln. Diese Auffassung war es, die die Sozialistischen Monatshefte bei den großen Zolldebatten in so scharfen Gegensatz zu der der Partei brachte, die einem unproduktiven Freihändlertum huldigte und nicht an die Hebung der landwirtschaftlichen Produktion sondern stets nur an die angebliche Schädigung der städtischen Konsumenten durch einen erhöhten Brotpreis dachte. Darin hat sie sich bis auf den heutigen Tag noch kaum eines Bessern besonnen. Noch immer nährt sie geradezu den Gegensatz zwischen Stadt und Land, sie beschuldigt bei jeder neuen Preissteigerung ihrer Produkte die Landwirtschaft des Wuchers und negiert in jeder Hinsicht deren wirtschaftliche Interessen und Forderungen. Und doch sollten wir wohl während des Krieges wie nachher deutlich genug die Wichtigkeit gerade der landwirtschaftlichen Erzeugung für die Gesamtwirtschaft und so auch für die Lage des städtischen Proletariats erkannt, sollten wir endlich gelernt haben, daß es nicht so sehr darauf ankommt durch billige Nahrungsmittel dem "Konsumenten" nominell zu dienen als vielmehr durch intensive Produktion erst einmal innerhalb des Landes möglichst ausgiebig den Bedarf zu decken. Noch fehlt eben in der Sozialdemokratie durchaus die Erkenntnis, daß das innerste Wesen des Sozialismus Produktivität ist.

Ein weiteres Beispiel für die vorwärtstreibende Arbeit des Revisionismus ist sein Verhältnis zur *Gewerkschaftsbewegung*. Auch hier war er es, der zuerst die ausschlaggebende Bedeutung der Gewerkschaften für den Aufstieg der Arbeiterschaft würdigte. Waren ihre Früchte doch ein lebendiger Beweis gegen die Theorie von der fortschreitenden Verelendung des Proletariats, die so lange die Köpfe verwirrt hatte. Wollte man die Gewerkschaft auch als praktisches Hilfsmittel gelten lassen, stand man ihr nicht direkt feindlich gegenüber wie Jahre lang etwa den ebenfalls von den Revisionisten geförderten Genossenschaften, so war man doch weit entfernt zu begreifen, daß sich in ihr einmal die Macht des Proletariats konzentrieren, sie das eigentliche Rückgrat der Bewegung bilden werde. Ihre Geschichte ist zugleich die Geschichte unaufhörlicher Kämpfe. Jede taktische Neuorientierung, jede Verbreiterung ihrer Aufgaben begegnete zunächst dem gleichen hartnäckigen Widerspruch. Schon die Gründung der Generalkommission rief in der Partei Unbehagen hervor. Man sah in ihr eine Art Konkurrenzunternehmen gegen den Parteivorstand, fürchtete, daß sie dessen Vorgehen

durch eine eigene, der bürgerlichen Gesellschaft nicht in gleichem Grad feindliche Politik stören könnte. Dann kam der Streit um die Frage: Sollten die Gewerkschaften sozialdemokratisch, oder sollten sie neutral sein? War die Neutralität, für die mit den bedeutendsten Gewerkschaftsführern wieder die Sozialistischen Monatshefte Partei ergriffen, nicht das Eingeständnis der Verwässerung, das Aufgeben des Klassenkampfgedankens? Schließlich trat die Tarifvertragspolitik und endlich, als deren Konsequenz, die Arbeitsgemeinschaft auf den Plan. Für die "Radikalen" wieder ein Abfall vom Sozialismus, ein Schritt zur Verbürgerlichung der Organisationen. Wieder Zorn und Empörung, bis die Theorie langsam auch dieses Faktum mit in ihren Rahmen zieht.

Stets war der Revisionismus der Geburtshelfer des Neuen, weil er die Idee des Sozialismus selbst aus ihren engen Grenzen gelöst, sie zu einem System ausgeweitet hatte, für das das Mittel des ursprünglichen primitiven Klassenkampfes längst nicht mehr das einzige zur Umbildung der Gesellschaft war. Und schließlich ging es überall genau wie in den eben angeführten Punkten. Notgedrungen entnahm man der neuen Lehre bald diese bald jene ihrer Anschauungen; leider jedoch niemals in bewußtem Durchdenken, nie, indem man ihre Ziele oder ihr Wollen ganz begriff, sondern zufällig, methodelos, willenlos, vom Geschehen getrieben, statt es selber treibend.

Auf das markanteste Beispiel wurde schon hingewiesen: auf das Verhalten der Partei zum Staat. Der Revisionismus, für den es keine absolute Scheidengrenze zwischen der Gegenwarts- und der Zukunftswirtschaft gibt, der den Sozialismus aus dem Kapitalismus herauswachsen, die erstarkenden sozialistischen Triebkräfte in den verschiedensten Formen und an den mannigfachsten Stellen aus unserer bürgerlichen Gesellschaft hervorbrechen sieht, mußte folgerichtig die Konsequenz ziehen, daß die Partei *im* Staat zu wirken, in seinem Rahmen die eigene Macht zu entwickeln, als Glied des bestehenden Ganzen die sozialistischen Ziele zu verfolgen habe. Das war nur möglich, wenn sie wiederum dem Staat zukommen ließ, was des Staates war, was er zu seiner notwendigen Kraftentfaltung brauchte. Er versagte deshalb der Regierung keine der dazu nötigen Forderungen, wollte ihr die für den Ausbau der nationalen Wehrkraft erforderlichen Mittel bewilligen. Nach dem plötzlichen Umschwung in der Partei bei Kriegsausbruch war deren gesamte Taktik freilich auch eine in hohem Maß regierungsfreundliche. Es gab kein abgelehntes Kriegsbudget, keine von oben vorgeschlagene Maßnahme mehr, die die Sozialdemokratie bekämpfte. Nur vergaß sie die Hauptsache dabei. Sie vergaß, daß diese neue Stellungnahme nur Sinn für die Arbeiterschaft hatte, wenn die Partei unter der Direktive eigenen Wollens und eigener Strebungen handelte. Der Revisionismus hatte sich zu einem geschlossenen System ausgebaut, das das ganze öffentliche Leben unter einem einheitlichen Gesichtspunkt ansah. Für ihn bildeten Außen-, Innen-, Wirtschaftspolitik ein Ganzes, sämtliche Zweige des staatlichen Lebens sollten dem gleichen Gesetz fortschreitender Annäherung an eine sozialistische Wirtschaftsordnung dienen. Was der Partei stets gefehlt hatte, das war eine eigene außenpolitische Anschauung. Alle sozialistische Außenpolitik gipfelte einzig in internationalen Solidaritätserklärungen und Resolutionen gegen "imperialistische" Ausdehnungsgelüste des eigenen Landes. Kolonialerwerb, Flottenausbau, jede Machterweiterung nach außen

war "Imperialismus". Es blieb völlig unklar, ob man sich vorstellte, daß angesichts der immer schärfer in die Erscheinung tretenden Wirtschaftskonkurrenz besonders Englands und Deutschlands bei uns ein Zuschauen mit verschränkten Armen allein imstande sein könne den Status quo der Machtverhältnisse aufrechtzuerhalten; denn eine Verringerung der deutschen Industriekraft fürchtete ja auch die Arbeiterschaft im eigensten Interesse. Trotzdem erschöpfte sich die politische Intelligenz der Partei in vagen Friedensbeschlüssen. Jede Wirklichkeitspolitik war ihr fremd. So hatten wir im Jahr 1909 eine erregte außenpolitische Erörterung, die sich an den Namen Karl Leuthners knüpfte. England hatte in seiner im Grund so leicht durchschaubaren und doch in Deutschland, wie es scheint, niemals durchschauten Politik ein Flottenabkommen vorgeschlagen, das die deutsche und die englische Flotte auf dem damaligen Standard halten, mit diesem einfachen Mittel also das befürchtete Nachrücken Deutschlands hindern wollte (Es machte damals mit Deutschland genau den gleichen Versuch wie im vorigen Jahr in Washington mit Frankreich, als es dessen Unterseebootbau zu inhibieren wünschte.) Leuthner charakterisierte nun in den Sozialistischen Monatsheften diesen Vorschlag als das, was er war. »Man muß sich wenigstens klarmachen«, schrieb er, »daß von einer Vereinbarung zu gleichen Rechten gar nicht gesprochen werden kann. England stipuliert von vornherein seine Übermacht, Deutschland seine Inferiorität.« Gegen diesen angeblichen Nationalismus brach nun ein Empörungsturm los. War doch England schon damals in jeder Hinsicht auch für deutsche Sozialdemokraten das Land aller Tugend und Gerechtigkeit, das berühmte Musterland der Demokratie. Und was gab es für die Partei von jeher Höheres als diese formale parlamentarische Demokratie (von der man allerdings zweifeln kann, ob wir sie auch jetzt schon in unserer freien deutschen Republik wirklich erreichten)? Eine Betrachtungsweise, die sich über die tatsächlich vorhandene industrielle Macht, die in diesem Sinn ja nur industrielle Fähigkeit war, Rechenschaft gab und die Möglichkeit der Kraftauswirkung für Deutschland wie für jedes andere Land verlangte, war "nationalistisch". Als aber dann der Weltkrieg ausbrach und die Genossen wohl oder übel zwang über die weltpolitischen Beziehungen etwas schärfer nachzudenken, da offenbarte sich plötzlich allen das friedliebende England als der eigentliche Störenfried, seine Eifersucht gegenüber dem aufstrebenden Weltkonkurrenten als der Urgrund der Einkreisung Deutschlands und des endlichen kriegerischen Zusammenpralls. Mit einemmal begriff man auch, was Kolonialbesitz für eine Nation bedeutet. Aus den berühmten "Dattelkisten", als die man einst unsere afrikanischen Kolonien verhöhnte, waren die wertvollen Erzeuger der notwendigen Überseeprodukte, der Futtermittel, des Gummis usw. geworden. Und eine Zeitlang erleuchtete der Schmerz um den Verlust der Kolonien die gewöhnlich allzu flüchtige politische Erkenntnis der Genossen. Ja, man hätte denken können, die furchtbar eindrucksvolle Kriegserfahrung werde nun endgültig die Überlegung wecken. Endlich werde man versuchen das lang Versäumte nachzuholen, sich über die nächsten und späteren Ziele der deutschen Politik klarzuwerden, die ungeheure Verantwortung gerade der Sozialisten in der Beeinflussung der Kriegspolitik zu empfinden. Aber weit gefehlt. Als die Partei einmal angefangen hatte ihr Staatsbürgertum zu entdecken, glaubte sie dies dadurch dokumentieren zu müssen, daß sie der Regierung Bethmann Hollweg, der für die deutschen (und europäischen)

Interessen verderblichsten Außenpolitik, blindlings folgte. Vergeblich wurde in den Sozialistischen Monatsheften in jedem einzelnen Stadium dieser unseligen Bethmannpolitik nachgewiesen (wenngleich, unter Kriegszensur, nur in vorsichtigster Form), daß Deutschland sich dadurch sein eigenes Grab grabe. Die Partei lief trotzdem immer mit, war die getreueste Garde der Bethmann und Kühlmann.

Die *Kriegspolitik* der Sozialdemokratie war es, die den Gedanken der Aufrichtung Polens stützte und die untilgbare Schuld auf sich lud im Frieden von Brest Litowsk den Untergang des Russischen Reiches stillschweigend hinzunehmen. Sie hatte dem russischen Bolschewismus, der Hilfstruppe eines kurzsichtigen deutschen Generalstabs, durch ihre Duldung, ja Bewunderung zur Macht verholfen, und es hat Jahre gedauert, bis sie endlich auch in diesem Punkt ihren schweren Mißgriff erkannte. Die Sozialistischen Monatshefte dagegen verfolgten auch während des Krieges in strenger Folgerichtigkeit ihren politischen Kurs. Hier enthüllte sich die Linie einer internationalen Politik, die gerade darum national war. Waren sie auf der einen Seite stets für das Recht Deutschlands auf koloniale Ausdehnung zur vollen Entfaltung seiner produktiven Kräfte eingetreten, so werteten sie andererseits das nationale Recht aller anderen Nationen in gleicher Weise. Sie drangen während des Krieges (nur in Andeutungen, da eine deutliche Sprache ja nicht erlaubt war) auf eine Verständigung der feindlichen Mächte in dem einzigen Punkt, wo diese Verständigung ein für alle erträgliches Ende vorbereiten konnte, in der elsässischen Frage, in der auch die Sozialdemokratie das sozialistische Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Völker vergessen hatte. Sie verlangten vergeblich eine Erklärung der deutschen Regierung zugunsten des von Kerenskij nach der Märzrevolution des Jahres 1917 verkündeten Friedens ohne Annexionen und Kontributionen, die das furchtbare Unheil des Kommenden für Rußland wie für Deutschland und die ganze Welt hätte abwenden können. Sie widersetzten sich mit aller Energie dem Verhängnis von Brest Litowsk, das endgültig Europa in den Abgrund riß. Und sie hatten im Krieg wie nach ihm den Weg gewiesen, der zum Wiederaufbau, zur Heilung, zum europäischen Frieden führen könne: den *Zusammenschluß des europäischen Kontinents*. Hier gab es kein Schwanken in der Stellungnahme England gegenüber. Nicht Haß und Beschimpfung und dann wieder Anbetung und freiwillige Unterwerfung unter seine politischen Ziele, sondern die ruhige Erkenntnis, daß das britische Volk andere Interessen zu vertreten habe, anderen Lebensbedingungen unterworfen sei als die kontinentalen Nationen, daß es auch zum Besten der Entfaltung britischer Produktivkräfte diene, wenn der Kontinent, statt sich stets aufs neue von England entzweien zu lassen, seine eigenen Wirtschaftskräfte konzentriere, einen einheitlichen Produktionsorganismus bilde und so das wichtige Schlußglied der zum Teil bereits vollzogenen, zum Teil sich deutlich anbahnenden wirtschaftsimperialen Durchorganisierung der Welt darstelle. Doch wie begegnete die Partei wieder dieser einzigen außenpolitischen Zielrichtung, die im deutschen Sozialismus überhaupt je angegeben worden ist? Mit einem schier unbegreiflichen Saltomortale war sie, in vollem Einverständnis mit dem Großteil des deutschen Bürgertums, aus dem Englandhaß flugs von neuem in die alte Englandverehrung umgebogen. Weder die Wegnahme der Kolonien noch der deutschen Handelsflotte, also die offenkundige Verwirklichung der englischen Kriegsziele,

machte sie in der Überzeugung wankend, daß von jenseits des Kanals die Hilfe in der Not kommen müsse. Vergessen war alles, was uns im Krieg zugefügt worden war, die "Hungerblockade", die so lange als Rechtfertigung für alle unsere Kriegsmaßnahmen gegolten hat. Dagegen wurde, ganz nach englischem Wunsch, Frankreich, das im Krieg selbst so furchtbar gelitten hatte, und dessen Versöhnung und Verständigung mit dem Leidensbruder Deutschland das Natürliche gewesen wäre (und im englischen Interesse verhindert werden mußte), mit einemmal wieder der "Erbfeind", der böswillige Gläubiger, der Deutschland das Mark aus den Knochen sauge. Welch politische Verständnislosigkeit, welcher Mangel sozialistischen Gerechtigkeitsgefühls offenbart sich in der Stellungnahme der Partei gegen Frankreich von 1918 bis auf den heutigen Tag! Waren denn die Überlegungen der Sozialistischen Monatshefte nicht einfach genug zu begreifen? Wir hatten den *sozialistischen* Gesichtspunkt zu suchen, von dem aus ein Wiederaufbau Europas, eine Milderung des Elends, ein dauernder Völkerfriede zu erreichen wären. Er forderte in erster Linie, daß den Lebensnotwendigkeiten der Völker Genüge geschehe. In Frankreich und Belgien hatte der Krieg ungeheure Werte zerstört; weite französische Departements waren völliger Vernichtung anheimgefallen. Der deutsche Sozialist mußte es also als erste moralische Pflicht empfinden das hier Geschehene wiedergutzumachen, mit deutscher Arbeit und deutscher Leistung das Niedergerissene aufzurichten. Das war der beste, der einzige Weg zur Versöhnung der an einander gehetzten Völker. Aber wie auch im Völkerleben Gerechtigkeit schließlich die beste Gewähr auch für den praktischen Ausgleich widerstreitender Interessen ist, so wäre die aufrichtige Erfüllung der Wiedergutmachungspflicht zur Grundlage eines wirtschaftlichen Zusammenschlusses zwischen den beiden Nationen geworden, der beiden die schnellste Wiederherstellung ihrer Wirtschaft ermöglichte. Und auf ihm konnte sich langsam ein neues Europa erheben, ein immer festeres und ausgedehnteres Netz wirtschaftlicher Verschlingungen der kontinentalen Länder, die sie endlich zu einem einzigen Komplex: national differenziert, wirtschaftlich integriert, zusammenzuschweißen vermochten. Nach der Erfahrung eines Vierteljahrhunderts, in dem sich dem ehrlich Sehenden stets von neuem erwies, wo Wahrheit und sozialistische Gesinnung am Werk waren, in dem sich fast Punkt für Punkt Voraussagen und Forderungen, die hier niedergelegt wurden, als richtig und notwendig gezeigt, so daß sich die Partei nach langem Kampf so viele dieser Forderungen zu eigen machen mußte: nach solcher Erfahrung sollte man Ideen, wie sie hier seit Jahren für die Außenpolitik vertreten werden, wohl etwas anders aufnehmen als es bei uns geschieht. Wo hörte man auf Parteitag und in Versammlungen je *sachliche* Gegengründe gegen sie? Wo war eine gleichwertige oder überhaupt eine andere positive politische Idee? In unaufhaltsamem Lauf scheint Deutschland dem Verderben zuzugleiten. Keine Sympathieerklärung des internationalen Sozialismus bringt es auch nur einen Schritt wieder in die Höhe. Doch da, wo ein Weg gezeigt wird, verfährt man nach der alten verwerflichen Methode: Man zuckt die Achseln. Was nicht von offiziellen Instanzen geschieht, ist nach wie vor für die Partei verdächtig und zurückzuweisen. Wozu sich die Mühe nehmen das zu durchdenken? Viel einfacher ist ja die Feststellung, die wir auf so vielen Parteitagen vor dem Krieg gehört haben: daß es sich nicht um ein offizielles Parteiorgan handle. Das ist sozialdemokratische Außenpolitik.

Und steht es nicht mit dem Problem der *innern Wirtschaft* ganz ebenso? Tag für Tag wird in unseren Zeitungen die Behauptung wiederholt: daß einzig die Reparationspflicht und Frankreichs Drohungen die deutsche Mark in immer verzweifeltere Tiefen treiben. Diese grobe Irreführung der öffentlichen Meinung hindert uns daran unsere wirkliche Wirtschaftslage zu erkennen und die aus ihr sich ergebenden Produktionspostulate aufzustellen und durchzuführen. Zwar spricht nachgerade jedermann von dem "verhängnisvollen *circulus vitiosus*", dem ewigen Wettlauf zwischen Lohnerhöhungen und Preisen, für den es kein absehbares Ende gibt. Dennoch treiben wir es unentwegt weiter in dem nun schon gewohnten Stil. Lohnverhandlungen, Preiserhöhungen, Lohnverhandlungen: das Spiel kann in infinitum fortgesetzt werden, bis ein Teil des Volkes wirklich im Hunger zugrunde geht. Auch hier gibt es nur *eine* Politik, die Deutschland retten kann (und kein Gott, geschweige denn das tausendmal um Hilfe angeflehte Ausland kann uns dafür Ersatz bieten): die Steigerung der eigenen Arbeitsleistung. Seit dem Waffenstillstand schon ist hier immer wieder und wieder die Notwendigkeit solcher Steigerung dargelegt, ist betont worden, daß die Valutaforderung eine Produktionsfrage ist, und daß ein verarmtes Land durch kein anderes Mittel als durch erhöhte Arbeitsleistung wieder zum Wohlstand gelangen kann. Ist es nicht die Pflicht der sozialistischen Führer diese Wahrheit den Arbeitermassen zu sagen und so die gesunkene Arbeitsmoral zu heben, selbst auf die Gefahr, daß man sich dadurch unbeliebt macht? Beschämend ist es, daß wir uns an diese Pflicht von einem rechtsstehenden bürgerlichen Blatt erinnern lassen müssen, das kürzlich sehr zutreffend schrieb: »Es ist tief bedauerlich, daß die Arbeiterführer immer wieder zu dem schlechtesten, allerdings auch bequemsten Mittel greifen: der "Forderung neuer Lohnerhöhungen". Es ist Feigheit sich nicht Rechenschaft darüber abzulegen, daß dieser Weg nur zum Verderben führen kann. In Wirklichkeit kann dem Arbeiter geholfen werden durch Vermehrung und Verbilligung der Erzeugung.« Gewiß soll es den Besitzenden nicht leicht gemacht werden die Wiederaufbauleistung auf die Arbeiterklasse abzuwälzen. Aber wir werden den Besitz um so eher fassen und ihn zu den Opfern zwingen können, die er freiwillig nicht bringt, je schneller und gründlicher wir dafür sorgen, daß durch Erhöhung des Gesamtprodukts die Herrschaft der Warenbesitzer gebrochen wird. Aber um das eine kommen wir nicht herum: Die Arbeitsleistung muß vergrößert werden. Auch hier wird es so gehen wie es stets gegangen ist: Wenn wir dicht am Abgrund stehen, wird in unserer Partei die Erkenntnis tagen, und die Partei wird selber fordern, was sie nach bewährter alter Taktik zurückwies, solange es von revisionistischer Seite verlangt wurde.

Es wird noch lange dauern, bis unsere Ideen alle verwirklicht sind. Um so dringender ist es, daß wir uns jetzt an die Arbeit machen. Wir bedürfen dazu aller lebendigen Kräfte, über die wir verfügen. Die sozialistische Einigung, die jetzt kommen soll, hat nur Sinn, wenn sie die Konzentration dieser Kräfte fördert, nicht zu einem alten Dogmatismus, gemildert durch Konjunkturpolitik, zurückführt. Hoffentlich wird auf dem Augsburger Parteitag der entscheidende Schritt nach dieser Richtung getan werden. Schließlich sind 20 Jahre eine genügende Zeit, um den Weg von München nach Augsburg zurückzulegen.





# LUDWIG QUESEL · WÄHRUNGSKATASTROPHE UND DEUTSCH-FRANZÖSISCHE VERSTÄNDIGUNG



**L**N den letzten Wochen ist eine Währungskatastrophe von so ungeheurer Wucht über Deutschland hereingebrochen, daß selbst die Pessimisten der deutschen Wirtschaftsentwicklung, die mit einer ständigen Entwertung der Mark rechneten, bestürzt wurden. Am 31. Juli, als die Wogen der innern Erschütterung infolge des Rathenaumords langsam verebhten, zahlte man 670 Mark für einen Dollar. 25 Tage später konnte man für einen Dollar schon 2000 Mark erhalten. Da inzwischen 135 Milliarden Papiermark für die Erhöhung der Gehälter und Löhne der Beamten und Staatsarbeiter bewilligt werden mußten, um einen Ausgleich für die sprunghafte Steigerung der Lebenshaltungskosten zu schaffen, und andererseits die Löhne in Industrie, Handel und Gewerbe zu gleicher Zeit, zumeist auf dem Weg friedlicher Verhandlungen, entsprechend erhöht wurden, so war damit ein Entwertungsfaktor der Mark von 200 als feststehende Tatsache gegeben. Den Sparkasseneinlegern, den Besitzern der Anleihen des Reichs, der Länder und Gemeinden, den Hypothekenbesitzern und Darlehnsgebern aller Art war plötzlich mehr als die Hälfte ihres Eigentums geraubt worden. Auch jene wertvollen Teile der arbeitenden Bevölkerung, alle diejenigen, die durch Entbehrungen aller Art es noch fertiggebracht hatten Teile ihres Arbeits- und Erwerbseinkommens in Papiermark anzulegen, standen wieder einmal vor den Trümmern ihrer Habe. Eine entschädigungslose Expropriation aller Papiermarkforderungsberechtigten und aller Papiermarkeigentümer war vollzogen worden, wie sie rücksichtsloser und brutaler auch der Bolschewismus nicht hätte vornehmen können, und zwar einerseits zugunsten des Reichs, der Länder und der Gemeinden, andererseits aber auch zugunsten privater Schuldner. Eine abermalige Vermögensverschiebung von der Papiermarkwertseite nach der Sachwertseite hat stattgefunden, die im Volk letzten Endes darauf hinausläuft den Sparer als komische Figur und den Genießer als Mann der Vernunft erscheinen zu lassen. Von den vielen Erzählungen, die jetzt in den Volksmassen kursieren, um Sparsamkeit, Nüchternheit und Vorsorge für Zeiten der Not, die einst als sozialetische Tugenden hoch geschätzt wurden, lächerlich und idiotisch erscheinen zu lassen, verdient eine festgehalten zu werden, weil in ihr die neue Wirtschaftsmoral scharf zum Ausdruck gelangt. Zwei Brüder, der lustige Paul und der sparsame Hans, so erzählt man sich in Süddeutschland, erbten vor einem Jahr je 10 000 Mark. Der sparsame Hans trug es auf die Sparkasse, in dem Glauben ihres Werts so am sichersten zu sein. Anders jedoch sein leichtsinniger Bruder, der sich für seine 10 000 Mark guten Wein kaufte, ihn in fröhlicher Gesellschaft austrank und schließlich ein Jahr später für die im Keller aufbewahrten leeren Flaschen eine Summe erzielte, die dem Sparkassenguthaben seines Bruders gleich war. Nach einem Jahr konnte der Genießer lachend erklären, daß er, obwohl er 500 Flaschen guten Weins getrunken, immer noch so viel Vermögen habe wie vor einem Jahr und keineswegs ärmer geworden sei als sein sparsamer Bruder. Woraus dann das Volksbewußtsein die Moral ableitet, daß es klüger sei gut und lustig zu leben als Papiorscheine aufzubewahren, deren Wert mit jedem Tag geringer wird. Während also einerseits das Sparen in den breiten Volksmassen, die nicht in der Lage sind Papiermark in Gold-

valuta umzuwandeln, heute schon als idiotisches Handeln eingeschätzt wird, leidet auf der andern Seite unsere Wirtschaft schwer unter Geldknappheit und Kreditnot, die nur durch Sparsamkeit behoben werden kann.

So sehr nun auch die letzte Valutapanik das Werk der angelsächsischen Börsen und ihrer neutralen Dependancen war, die aus politischen Motiven Milliarden Papiermark zum Kauf ausboten, so wäre es doch ganz verfehlt in der Entwertung der Mark nur ein Phänomen der auswärtigen Politik zu sehen. Daß sie nicht allein auf außenpolitische Gründe zurückzuführen ist, beweist der Umstand, daß in der Woche vor Beginn der Londoner Konferenz, als die Aussichten für die Gewährung eines Moratoriums unter erträglichen Bedingungen ganz vorherrschend günstig beurteilt wurden, der Dollarkurs nichtsdestoweniger von 670 auf 753 stieg. Die Ergebnislosigkeit der Londoner Konferenz hätte auf die deutsche Währung bei weitem nicht so verheerend wirken können, wenn nicht die Tendenz zur fortschreitenden Entwertung der Mark in dem ökonomischen Zustand Deutschlands begründet wäre. Die Krise der Londoner Konferenz vollzog in einem plötzlichen Absturz der Mark, was sich sonst durch langsames Hinabgleiten in einem längern Zeitraum wahrscheinlich auch vollzogen hätte. Mit Recht hat die sozialdemokratische Presse, als in den ersten Augusttagen der Veitstanz der Mark unheilverkündend begann, hervorgehoben, daß mit dem Hinweis auf Deutschlands auswärtige Lage die tollen Sprünge des Dollars allein nicht zu erklären seien.

Ehe nun auf die politischen Gründe eingegangen sei, die das langsame Hinabgleiten der Mark zu einem plötzlichen Absturz gestalteten, ist es notwendig zunächst die Ursachen der dauernden Markentwertung klarzustellen. Manches spricht für die Annahme, daß der Rückgang der Produktivität der deutschen Arbeit um 20 bis 30 % durch eine weitgehende Einschränkung der Lebenshaltung des deutschen Volks ausgeglichen ist. Daß eine solche platzgegriffen hat, kann füglich nicht bezweifelt werden. Zum Beispiel steht fest, daß der Kohlenverbrauch der privaten Haushaltungen tief gesunken ist, weil die für den Hausbrand freigegebenen Kohlenmengen außerordentlich gering geworden sind. Ebenso kann es keinem Zweifel unterliegen, daß auch der Fleischverbrauch in Deutschland eine wesentliche Abnahme zu verzeichnen hat. Dafür spricht nicht nur der geringe Auftrieb von Rindern und Schweinen auf die deutschen Viehmärkte, der schon vielfach zu förmlichen Kämpfen der Metzger um jedes Stück Vieh geführt hat, sondern auch die charakteristische Tatsache, daß die Verwaltungsberichte der deutschen Städte über Unrentabilität der Schlachthofanlagen trotz stärkster Steigerung der Gebühren klagen, weil infolge enormen Rückgangs der Schlachtungen nur ein kleiner Teil der Kühlanlagen usw. produktiv ausgenutzt werden kann. Was von den Nahrungsmitteln tierischer Herkunft gilt, trifft in noch höherem Maß von dem Verbrauch ausländischer Genußmittel zu. Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst hat auf Grund amtlichen Materials hierüber folgende Statistik verbreitet: Es wurden im 1. Halbjahr 1922 eingeführt: Tabak 2595,7 Millionen Mark, Zigarren, Zigaretten 73,9, Kaffee 1226,3, Obst und Südfrüchte 1193,4, Sprit 252,2, Likör und Branntwein 272,7, Wein 477,3, Bier 18,3, Gemüse 263,5 und Kartoffeln 125,5, zusammen 6438,2 Millionen Mark. Zu diesen Zahlen ist zu bemerken, daß im Jahr 1913 die Einfuhr unbearbeiteter Tabakblätter 134 Millionen Goldmark betrug. Auf ein halbes Jahr berechnet ergibt dies eine Summe von 67 Millionen Goldmark oder, bei einem

auswärtigen Entwertungsfaktor der Mark von 80, etwa 5,3 Milliarden Papiermark. Nach obiger Angabe betrug nun aber der Wert der Tabakeinfuhr im 1. Halbjahr 1922 nur die Hälfte der Einfuhr von 1913, 2,5 Milliarden Papiermark. Berücksichtigt man, daß in den ersten 6 Monaten dieses Jahres der ausländische Entwertungsfaktor teilweise schon 80 erreichte, so wird man auch bei ausreichender Anrechnung des deutschen Gebietsverlusts sagen können, daß der Verbrauch an ausländischem Tabak heute fast nur halb so groß ist wie in der Vorkriegszeit. Die selbe Erscheinung des Konsumrückgangs zeigt sich bei den übrigen ausländischen Genußmitteln in noch weit stärkerem Maß. Bei Umrechnung der Goldmark von 1913 in Papiermark ergibt sich, daß im 1. Halbjahr 1913 in Deutschland für 8,8 Milliarden Papiermark Kaffee verbraucht wurde, während im selben Zeitraum des Jahres 1922 nur für 1,2 Milliarden Papiermark Kaffee eingeführt wurde. Beim Wein belief sich die Einfuhr im 1. Halbjahr 1913 auf 1880 Millionen Papiermark, im selben Zeitraum 1922 aber nur auf 477 Millionen Papiermark. Ähnlich wie bei den Genußmitteln liegen die Dinge bei den kostspieligeren ausländischen Nahrungsmitteln. An Obst und Südfrüchten führten wir in den ersten 6 Monaten des Jahres 1913 für 8000 Millionen Papiermark (100 Millionen Goldmark) ein, im selben Zeitraum 1922 aber nur für 1200 Millionen Papiermark. Auch bei ausländischem Gemüse ist der Konsumrückgang gegenüber 1913 enorm. Die Einfuhr betrug für den angegebenen Zeitraum 1913 1680 Millionen Papiermark, im Jahr 1922 aber nur 263 Millionen Mark.

Der Rückgang der Lebenshaltung des deutschen Volkes auf fast allen Gebieten scheint ebenso groß oder fast größer zu sein als der Rückgang der Produktivität der deutschen Arbeit. Eine einwandfreie Darstellung dieses Sachverhalts ist freilich einstweilen noch nicht möglich, weil uns statistische Unterlagen hierfür fehlen. Erst mit der Wiederherstellung der deutschen Statistik, die uns von der Reparationskommission in einer ihrer letzten Noten auferlegt worden ist, werden wir hierüber klarer sehen. Die geringe Passivität unserer Handelsbilanz ist ein starkes Argument dafür, daß sich die Lebenshaltung in Deutschland dem Rückgang der Produktivität bereits stark angepaßt hat. Obwohl in den Einfuhrmengen der zunehmende Import ausländischer Kohle eine wachsende Bedeutung erlangte, war das Verhältnis der Einfuhr infolge der starken Einschränkung der Lebenshaltung gegenüber der Ausfuhr recht günstig. Für die einzelnen Monate des 1. Halbjahrs 1922 ergibt sich nach den Mitteilungen der Frankfurter Zeitung folgendes:

Monat	Ein- und Ausfuhr im 1. Halbjahr 1922 (in Millionen Mark)			Dollarkurs (im Durchschnitt)
	Einfuhr	Ausfuhr	Überschuß der Ausfuhr (+) respektive Einfuhr (-)	
Januar	12 767	14 528	+ 1 761	191
Februar	12 047	14 540	+ 2 501	207
März	22 919	21 285	- 1 634	284
April	28 261	22 995	- 5 266	291
Mai	32 444	27 152	- 5 292	290
Juni	34 382	30 341	- 4 041	317
insgesamt	142 820	130 841	- 11 979	263

Zunächst offenbaren uns diese Zahlen einen furchtbaren Verfall unseres auswärtigen Handels. Legen wir für die 1. Hälfte dieses Jahres einen durchschnittlichen Entwertungsfaktor der Mark von 70 zugrunde, so daß 70 Papiermark = 1 Goldmark sind, so erhalten wir bei einem Vergleich mit 1913 die folgenden Zahlen:

Zeitraum	Einfuhr (in Millionen Goldmark)	Ausfuhr	Überschuß der Einfuhr
1. Halbjahr 1913	5382	5048	334
1. Halbjahr 1922	2040	1869	171

Unser auswärtiger Handel ist heute nicht viel größer als der Belgiens im Jahr 1913. Es ist ein Selbstbetrug, wenn wir uns einbilden, die Tatsache, daß etwa der vierte Teil der Bevölkerung Großbritanniens noch immer zu Lasten der übrigen drei Viertel lebt, sei auf die deutsche Wirtschaftskonkurrenz zurückzuführen. Gewiß wird England auch heute noch die deutsche Wirtschaftskraft auf vielen Gebieten unliebsam empfinden. Im ganzen stellt aber die französisch-belgische Wirtschaftskraft heute eine sehr viel ernstere Gefahr für England dar als die deutsche Konkurrenz. Es ist das Unglück Deutschlands, daß seine republikanischen Führer nicht einzusehen vermögen, daß nur durch engsten Anschluß Deutschlands an das französisch-belgische Wirtschaftsgebiet die deutsche Wirtschaft wieder erstarren kann. Durch die Rückgabe Elsaß-Lothringens ist das französisch-belgische Wirtschaftsgebiet zu einem Hauptproduktionsland für Eisen gemacht worden. An dieser Tatsache ist nichts mehr zu ändern. Das Frankreich von 1922 ist nicht mehr das Frankreich von 1913. Nicht nur militärisch, auch ökonomisch nimmt das französisch-belgische Gebiet eine gebietende Stellung in Europa ein. Die deutsche Börse trägt dieser Tatsache bereits vollkommen Rechnung. Die prodeutschen Reden Lloyd Georges vermögen den Wert der deutschen Mark nicht um einen Pfennig zu erhöhen, während jedes Anzeichen einer freundlichen Haltung Frankreichs hohe Markwertssteigerungen zur Folge hat. Nichtsdestoweniger glauben die republikanischen Führer eine sehr kluge Politik zu treiben, wenn sie das französische Angebot einer unmittelbaren deutsch-französischen Fühlungnahme unbeachtet lassen, obwohl die Verteilung der deutsch-französisch-belgischen Bodenschätze die Grundlage für eine wirtschaftliche Verständigung bietet, die für beide Wirtschaftsgebiete von unermeßlichem Nutzen werden könnte.

Kehren wir nun zu den Ziffern unseres Außenhandels zurück, so ist zunächst festzustellen, daß die Passivität unserer Handelsbilanz in der 1. Hälfte dieses Jahres nicht ungünstiger ist als 1913, und zwar, wie wir gesehen haben, hauptsächlich infolge der starken Einschränkung der Lebenshaltung in Deutschland. Nun darf man freilich nicht in den bei Laien häufig vorkommenden Fehler verfallen die Handelsbilanz der Zahlungsbilanz gleichzusetzen. Der Fehlbetrag der deutschen Handelsbilanz in den letzten Jahren vor dem Krieg betrug jährlich etwa 700 Millionen Goldmark. Nichtsdestoweniger war aber Deutschland in der Lage nicht nur allen seinen ausländischen Verpflichtungen zu genügen sondern darüber hinaus auch noch durch die Aktivposten seiner Zahlungsbilanz jährlich Kapitalanlagen von 1 Milliarde Mark im Ausland zu machen. Zu der Ausfuhr eines Landes müssen, wenn man über seine

Zahlungsverbindlichkeiten ein klares Bild erlangen will, noch die Erträgnisse der auswärtigen Kapitalsanlagen, des Transitverkehrs, der Seetransporte, der Arbeiten der einheimischen Banken für fremde Volkswirtschaften, der Fremdenindustrie, der Erfinder- und Urheberrechte usw. hinzugerechnet werden. Es sind dies freilich durchweg Einnahmen, die sich statistisch nicht erfassen lassen, so daß die Ansichten über die Höhe dieser Aktivposten sehr weit auseinandergehen. Nach deutscher Ansicht ist nun im Gegensatz zu 1913 die deutsche Zahlungsbilanz zurzeit passiv geworden. Zunächst seien, so sagt man, die Kapitalsanlagen Deutschlands im Ausland gänzlich verschwunden, und zwar in den feindlichen Staaten durch Beschlagnahme und in den neutralen Ländern dadurch, daß wir während des Krieges unsere Zufuhren durch Hingabe ausländischer Wertpapiere bezahlten. Was die Erträgnisse des Transitverkehrs und der Seetransporte betreffe, so würden diese, da wir unsere Handelsflotte an England ausliefern mußten, mehr als ausgeglichen durch die Transportgebühren, die unsere Wirtschaft an das Ausland zu zahlen habe. Auch der internationale Bankverkehr, die Fremdenindustrie und unsere Erfinder- und Urheberrechte im Ausland brächten uns nur geringen Gewinn. Es ist bekannt, daß Frankreich unsere Zahlungsbilanz mit ganz anderen Augen ansieht. Nach Poincaré sind unsere Kapitalsanlagen im Ausland durch die Kapitalflucht nicht nur so groß wie 1913 sondern sogar größer geworden. Transitverkehr und Seefrachten brächten uns große Gewinne, da Deutschland im Juni 1922 bereits wieder eine Handelsflotte von 1 783 000 Tonnen hätte, die, weil zum größern Teil neu gebaut, eine außerordentliche Leistungsfähigkeit besäße. Sehr bedeutend wäre auch die Devisenmenge, die die deutsche Fremdenindustrie, die einen glänzenden Aufschwung genommen habe, ins Land ziehe, da die Ausländer von der deutschen Geschäftswelt und insbesondere von den Hoteliers in unerhörter Weise geschöpft würden. Keinen Rückgang hätten auch die Erträgnisse der Arbeiten der deutschen Banken für das Ausland sowie die der deutschen Erfinder- und Urheberrechte im Ausland zu verzeichnen. Man ist mit einem Wort in Frankreich der Überzeugung, daß die deutsche Zahlungsbilanz in Wirklichkeit aktiv sei, und dieser Sachverhalt lediglich durch forcierte deutsche Kapitalsanlagen im Ausland, die einen künstlichen Devisenmangel hervorriefen, verschleiert würde.

Angesichts der Tatsache, daß wichtige Aktivposten der Zahlungsbilanz statistisch gar nicht erfaßbar sind, besteht wenig Aussicht die französischen Sachverständigen zu einer andern Auffassung zu bringen. Jedenfalls kann man sagen, daß, wenn Deutschland nur volkswirtschaftliche Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen hätte, es nicht schwer wäre seine Valuta zu stabilisieren. Angesichts der Tatsache jedoch, daß es nach der Entscheidung der Reparationskommission vom 21. März 1922 rund 720 Millionen Goldmark in bar und außerdem zur Erfüllung anderer Verpflichtungen aus dem Versailler Vertrag noch 600 Millionen Goldmark jährlich zahlen soll, gewinnt das Problem der Marktstabilisierung einen zurzeit fast unlösbaren Charakter. Wie es möglich gemacht werden soll unsere Zahlungsbilanz derart aktiv zu machen, daß wir jährlich rund 1300 Millionen Goldmark an das Ausland abliefern können, vermag niemand zu sagen. Durch Einschränkung des deutschen Warenbezugs aus dem Ausland ist das Ziel jedenfalls nicht zu erreichen. Die Summen, die in dieser Weise erspart werden könnten, wären insgesamt zu minimal. So wünschenswert auch eine noch viel weitergehende Einschränkung der

Genußmitteleinfuhr wäre, so kann sie doch nur Bedeutung für die Gewinnung von Devisen für die Beschaffung von Nahrungsmitteln für uns selbst erlangen. Für das deutsche Volk sind diese natürlich wichtiger als der Genuß von Tabak oder Kaffee, obwohl auch nicht verkannt werden darf, daß der völlige Verzicht auf Narkotika jeder Art bei anstrengender geistiger Arbeit leicht zu einer Minderung der Arbeitsleistung führen kann.

Zu beachten bleibt nun, daß die furchtbare Währungskatastrophe der letzten Tage von dem französischen Ministerpräsidenten Poincaré nicht etwa auf einen zu großen Verbrauch der arbeitenden Klassen sondern auf die endlose Ausgabe von Reichsbanknoten und auf die Kapitalflucht zurückgeführt worden ist. Was jenen Kapitalexport betrifft, den wir als Kapitalflucht zu bezeichnen pflegen, so ist sein Ausgangspunkt zumeist die einzelne Haushaltung oder Firma. Diese kann Kapital ins Ausland schaffen, indem sie Edelmetalle, Schmucksachen und andere Kostbarkeiten über die Grenze schafft, um sie im neutralen Ausland einerseits sicherer für Zeiten der Not aufzubewahren und sie andererseits der Besteuerung zu entziehen. Es ist fraglich, ob Schätze dieser Art, wenn sie im Inland geblieben wären, unsere Reparationsfähigkeit hätten erhöhen können, weil sie ihrer Natur nach ganz überwiegend unproduktiv und vom Staat auch schwer steuerlich zu erfassen sind. Weiter kann Kapitalexport durch Überführung von auswärtigen Wertpapieren ins Ausland stattfinden. Eine Schädigung der deutschen Reparationskraft tritt in diesem Fall nur ein, wenn die Zinsen, Dividenden usw. im Ausland als Bankguthaben verbleiben. Werden sie dagegen ausgezahlt, so verbessert sich dementsprechend unsere Zahlungsbilanz. Schließlich kann sich Kapitalexport durch Warenausfuhr vollziehen, deren Ertrag in ausländische Bankguthaben verwandelt wird. Genau betrachtet ist es nur diese Art des Kapitalexports, die unsere Zahlungsbilanz wirklich erheblich verschlechtern kann. Hierbei wird man aber im Auge behalten müssen, daß Kapitalflucht durch Warenexport an den Bedürfnissen der einzelnen Unternehmung schließlich ihre Schranken findet, weil bei Aufrechterhaltung des Produktionsprozesses eben nur der kapitalistische Mehrwert dauernd im Ausland belassen werden kann, der immer nur einen Bruchteil des exportierten Warenwerts darstellt. Übrigens darf auch nicht jedes ausländische Bankguthaben einer Firma als geflüchtetes Kapital gewertet werden. Unternehmungen, die mit ausländischen Rohstoffen arbeiten, können ausländische Bankguthaben gar nicht entbehren, wenn sie günstige Konjunkturen auf dem Rohstoffmarkt wirksam ausnutzen wollen. Immerhin wird man zugeben müssen, daß gegen die Kapitalflucht in Deutschland bei weitem nicht alles getan worden ist, was hätte getan werden können, und daß es sich dabei um sehr erhebliche Summen handelt; mag es auch eine oratorische Übertreibung sein, wenn Poincaré in Bar-le-Duc sagte, die begütertesten Deutschen, die großen Bourgeois, Handelsleute und Industriellen, hätten, um den staatlichen Steuern zu entgehen, um sich gegen den Sturz der Mark zu sichern und die Reparationszahlungen zu vermeiden, alle ihre Fonds, Titel und Werte, über die sie verfügen konnten, ins Ausland gebracht.

Von weit größerer Bedeutung für den Wertverfall der Mark als die Kapitalflucht ist entschieden die endlose Ausgabe von Reichsbanknoten und Schatzscheinen, die uns Poincaré zum Vorwurf gemacht hat. Daß unser Notenumlauf von 14 Milliarden im Jahr 1919 auf 81 Milliarden im Jahr 1921

stieg, kann mit den Rückwirkungen des verlorenen Krieges und der Lähmung der Produktion durch die kommunistischen und monarchistischen Aufstände allenfalls noch erklärt und entschuldigt werden. Sehr schwer ist es dagegen eine Rechtfertigung für die Tatsache beizubringen, daß auch in diesem Jahr die schwebende Schuld Deutschlands um ungefähr 10 Milliarden monatlich angewachsen ist. Geradezu Entsetzen muß die Entwicklung erregen, die im Monat August platzgegriffen hat. Man nimmt an, daß die Reichsdruckerei den schauerlichen Betrag von 60 Milliarden Papiermark Neudruck allein im August hervorgebracht hat. Wie in Rußland und Österreich kann aber die Papiergeldfabrikation mit der Geldentwertung nicht mehr Schritt halten. Daher die Erscheinung der Geldknappheit, die die Zinssätze auf dem Geldmarkt Ende August auf 27 bis 28 % in die Höhe trieb. Es ist meines Wissens nicht versucht worden in Abrede zu stellen, daß schwere Mängel unserer Finanzwirtschaft zu diesem traurigen Resultat beigetragen haben. Die starke Einschränkung des Verbrauchs, die bei den deutschen Haushaltungen zu verzeichnen ist, kann für die Haushaltungen des Reichs, der Länder und Gemeinden leider nicht im selben Maß nachgewiesen werden. Wesentlich ist hier nur die Einschränkung der Reichsausgaben für militärische Zwecke, die aber nicht freiwillig erfolgt sondern uns durch das Versailler Diktat aufgezwungen worden ist. Ein besonders dunkles Kapitel ist aber die Finanzwirtschaft unserer Reichsbetriebe. Die letzten Etatsberatungen des Reichstags haben ergeben, daß die Post trotz ihrem stark verkleinerten Verkehrsgebiet, trotz wesentlich verringerten Leistungen, mit einem Mehr von 100 000 Köpfen gegenüber der Vorkriegszeit arbeitet. Mit Recht fragte kürzlich Georg Gothein in einem sehr aufschlußreichen Artikel, den das Berliner Tageblatt veröffentlichte, ob es da ein Wunder sei, wenn trotz allen Tariferhöhungen die Post in den ersten 6 Monaten des laufenden Jahres ein Defizit von 11 Milliarden aufweist, das nur durch Vermehrung der schwebenden Schuld ausgeglichen werden kann, weil es unmöglich ist den Verlust des 1. Halbjahrs durch Portoerhöhung im 2. Halbjahr wiederwettzumachen. Nicht viel besser als bei der Post liegen die Dinge bei den Reichsbahnen. Hier haben wir trotz verkleinertem Verkehrsgebiet, trotz verringerten Transportleistungen gegenüber der Vorkriegszeit, 300 000 Köpfe mehr Personal. Die Folge ist, daß die Tarifsätze bei den Güterfrachten im 1. Halbjahr dieses Jahres weit über den Entwertungsfaktor der Mark hinaus gesteigert werden mußten; betrug dieser im Ausland im Durchschnitt 60 bis 70, so waren die Güterfrachten auf erheblich mehr als das Hundertfache gestiegen, für einzelne Waren und Verkehrsbeziehungen waren sie 250mal so hoch. Diese Tarifsteigerungen, die die Preise aller Waren entsprechend erhöhen müssen und eine wesentliche Ursache der Teuerung unserer Inlandsprodukte sind, wirken wie eine progressive Kopfsteuer, die die einzelne Familie um so vernichtender trifft, je zahlreicher diese ist. Hört man, daß selbst in dem reichen Amerika das Eisenbahnpersonal wesentlich vermindert werden mußte, um einen Abbau der Preise herbeizuführen, so wird man nicht bestreiten können, daß hier für Deutschland ein Mißstand vorliegt, der von den arbeitenden Massen kaum weiter ertragen werden kann. Ähnlich wie bei der Post und den Reichsbahnen liegen die Dinge aber auch bei den meisten Betrieben der Länder und Gemeinden. Die sozialdemokratische Presse hat sich jüngst darüber beklagt, daß die Zeitungen des Bürgertums die 135 Milliarden, die die letzte Gehaltserhöhung

der Beamten und Staatsarbeiter erforderte, einseitig in den Vordergrund geschoben hätten, ohne zu bemerken, daß sich diese Summe auf mehrere Millionen verteilt. Diese Kritik ist an und für sich richtig. Sie hätte aber durch den Nachweis ergänzt werden müssen, daß, wenn auch der Anteil des einzelnen Beamten oder Staatsarbeiters an jenen 135 Milliarden kaum ausreicht ihre Mehrausgaben infolge der Teuerung auszugleichen, doch eben die Zahl der von Reich, Ländern und Gemeinden beschäftigten Personen viel zu groß für den Zustand der deutschen Verarmung ist, und daß eine Gesundung der deutschen Wirtschaft, der es auf fast allen Gebieten an Arbeitskräften fehlt, erst eintreten kann, wenn eine wesentliche Verminderung der von den öffentlichen Körperschaften unproduktiv beschäftigten Personen vorgenommen worden ist. Daß sich eine solche Verminderung leicht und fast schmerzlos durch geeignete Maßnahmen (wie Berufsumstellungen, Sperre für Neueinstellungen usw., die gar keine Entlassungen zur Folge zu haben brauchen, sondern die lediglich verhindern, daß für die Verstorbenen und Pensionierten neue Kräfte eingestellt werden, usw.) erzielen läßt, ist schon zu oft nachgewiesen worden, als daß es nötig wäre hier darauf näher einzugehen. Sehr zu bedauern bleibt es, daß sich in den Vorschlägen der Gewerkschaften zur Sanierung unserer Währung kein Punkt findet, der sich mit der Zurückführung der Zahl der Beamten und Staatsarbeiter auf den Friedensstand von 1913 beschäftigt, obwohl es sich hierbei doch um nicht mehr und nicht weniger als die Gewinnung von mindestens  $\frac{1}{2}$  Million produktiver Kräfte für die dringenden Aufgaben des Wiederaufbaus handelt. Die von den Gewerkschaften geforderte Einschränkung der Einfuhr auswärtiger Konsumartikel und des Verbrauchs einheimischer Produkte zu Genußzwecken (Bier- und Branntweinherstellung), die Erhöhung der Ausfuhrabgaben, die Kontrolle des Devisenhandels, die innere Goldanleihe zur Wiederbelebung der Vorsorge für die Zukunft sind alles gewiß ganz zweckmäßige Maßnahmen, wenn sie mit Sachkunde und ausreichender Vorsicht ausgeführt werden. Wirklich dauernde Hilfe kann unserer Währung aber nur die Gewinnung neuer produktiver Kräfte bringen, indem man die heute unproduktiv in den öffentlichen Betrieben Beschäftigten wirklich produktiver Tätigkeit zuführt.

Die furchtbaren Valutapaniken jedoch, die Deutschland in kurzen Abständen jetzt heimsuchen, sind nur auf dem Boden einer deutsch-französischen Verständigung zu bekämpfen. Selbst wer der üblichen Ansicht ist, daß nicht das Angebot von Milliarden Papiermark seitens der angelsächsischen Börsen und ihrer neutralen Dependancen die eigentliche Ursache der letzten Katastrophenhause gewesen sei, sondern die Reden Poincarés, muß sich doch fragen, ob die deutsche Politik alles getan hat, um zu verhindern, daß diese Reden gehalten wurden. Was hilft uns die angelsächsische Freundschaft, wenn diese sich nur darin dokumentiert nach jeder Rede Poincarés durch alarmierende Zeitungsartikel und durch das Angebot von Milliarden Papiermark der deutschen Valuta vernichtende Schläge zu versetzen? Auch ist zu bezweifeln, ob die deutsche Regierung bei ihrem Widerstand gegen die Pfänderpolitik sehr klug handelte der Öffentlichkeit zu verschweigen, daß Staatsbergwerke im besetzten Gebiet so gut wie gar nicht vorhanden sind, und die Staatswaldungen dort nur ganz minimale Reinerträge abwerfen. Pflicht der deutschen Regierung wäre es in den Tagen der Katastrophenhause auch gewesen von Amerika die Freigabe des beschlagnahmten deutschen Eigentums zur Stütze der deutschen Mark zu verlangen. Im Grunde



haben alle angelsächsischen Versprechungen für Deutschland nur das eine sichtbare Resultat geliefert, daß seine Mark auf ein Vier-, ja ein Fünfhundertstel seines Friedenswerts gesunken ist, daß ungeheure Vermögens- und Einkommensverschiebungen im Inland zum Schaden der wertvollsten Teile der Nation sich vollziehen konnten, daß die arbeitenden Massen vor der Gefahr stehen selbst nicht mehr das Auslandsgetreide zu bekommen, das zur notdürftigsten Ernährung notwendig ist. Wo war bisher die Hilfe Englands, wo die Amerikas? Wahre Freundschaft offenbart sich in der Not. Es wird den Lobrednern der angelsächsischen Orientierung unserer auswärtigen Politik aber schwer fallen irgendwelche greifbare Aktionen Englands und Amerikas zugunsten Deutschlands nachzuweisen, wenn sie nicht gewillt sind schöne Reden und prodeutsch stilisierte Leitartikel als Hilfsaktionen anzunehmen. Das Entscheidende ist, daß England und Amerika uns gar nicht helfen können, selbst wenn sie es wollten. Diese Tatsache haben uns die letzten Reparationsverhandlungen von neuem enthüllt. Unbegreifliche Verblendung aber ist es von Frankreich eine milde Behandlung zu erwarten, wenn wir uns England und Amerika für ihre außenpolitischen Zwecke, die offensichtlich auf eine Untergrabung der Stellung Frankreichs in Europa hinauslaufen, bedingungslos zur Verfügung stellen. Immer wieder muß deshalb die deutsche Öffentlichkeit daran erinnert werden, daß Deutschland in Europa liegt, und das heutige Europa nur gesunden kann, wenn sich Deutschland der französischen Aufforderung einer unmittelbaren Verständigung auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet nicht länger verschließt.

## JULIUS KALISKI · EIN SCHRITT AUF DEM RICHTIGEN WEG

**D**EN Auftakt zu den Wiesbadener Verhandlungen im Herbst des Jahres 1921 bildete der Marksturz, der schnell den Preis für den Dollar von etwa 85 auf 185 Mark trieb. Große englische Markabgaben in New York eröffneten die Katastrophe der deutschen Valuta, deren Ursprung in der deutschen Öffentlichkeit bald vergessen wurde. Zufall war es nicht, daß gerade in jenem Augenblick der Entwertungsprozeß der Reichsmark sich in einem Sturmtempo fortsetzte. Nach unendlichen Schwierigkeiten schien die Möglichkeit einer deutsch-französischen Verständigung heraufzuziehen, die wirtschaftliche Zusammenarbeit der beiden Völker wollte Tatsache werden. Da wurden von denjenigen, die solches nicht zulassen wollten, alle Kräfte mobilisiert. Man hatte von britischer Seite verkündigt, nur durch Barzahlung könnten die deutschen Schulden ausgeglichen werden, und machte durch den Niederbruch der deutschen Mark auf dem Weg über New York nicht nur Barzahlung unmöglich sondern lieferte die Handhabe dafür auch das Wiesbadener Abkommen nicht zu verwirklichen. Die Gegner der Sachleistungen erhoben sofort den Einwand, daß nach dem Rückgang der Mark an Sachleistungen noch weniger zu denken sei als zuvor, weil durch die von der deutschen Industrie etwa zu leistenden und von dem Reich zu bezahlenden Aufträge für den Wiederaufbau Frankreichs die Inflation ins ungeheure gesteigert werden würde. Inzwischen ist der Dollarpriß von 185 Mark auf etwa 1500 Mark gestiegen, um nicht zu sagen auf 2400 Mark, wie der Dollar vorübergehend notierte. Die bloße Gegenüberstellung dieser Ziffern zeigt, wie schal und

leer alle jene vermeintlichen Gründe waren, mit denen man die direkten Leistungen für die Wiederherstellung Nordfrankreichs zu verhindern wußte. Die Inflationsgefahr als Folge der Sachleistungen war ein Bluff. Ein ernsthafter Versuch zu Sachleistungen hätte gezeigt, daß eine derartige Herstellung wirtschaftlicher Beziehungen das Schutzmittel gegen Inflation in sich trägt. Aber es bedarf heute keines Beweises mehr, daß man Hindernisse an die Wand gemalt, die in Wirklichkeit nie bestanden, vor Gefahren Angst gemacht hat, die vor dem ersten Hauch der Tat in nichts zerrannen.

Am 5. September ist in der deutschen Presse der Vertrag zwischen dem Präsidenten der Confédération générale de réconstruction des régions dévastées, Guy Jean Marquis de Lubersac, und Hugo Stinnes über die Wiederaufbauarbeit für Nordfrankreich veröffentlicht worden. Mit einem Schlag ist damit eine immer wiederholte Behauptung aus der Welt geschafft worden, die nicht nur die Politik Deutschlands sondern auch die ganz Europas täglich und stündlich vergiftete: die Behauptung, daß Sachleistungen an Frankreich unmöglich seien, weil sie über unsere Kräfte gingen, und daß außerdem ein Sachleistungsvertrag gar nicht in Frage kommen könne, weil Frankreich ihn nicht wolle und alle solche Angebote ablehne. Alle Interessen Frankreichs widersprachen dieser Behauptung zwar ebenso wie die offenkundigen Bemühungen französischer Politiker und Wirtschaftskreise um das Zustandekommen dahingehender Vereinbarungen. Nichtsdestoweniger hielt man bei uns an den gegebenen Unterstellungen fest. Man sah sich dazu durch alles das veranlaßt, was direkt oder indirekt englische Politik vertrat oder glaubte unterstützen zu müssen.

Bei den geringen Lieferungen, die auf Grund des Wiesbadener Abkommens ausgeführt wurden, hatte es sich störend gezeigt, daß ihre Erledigung zusammenhanglos erfolgte. Die Zerlegung in Einzelbestellungen und die Trennung der einzelnen Bestellungen in Aufträge für Einzelprodukte erwies sich als unmöglich, wenn eine ernsthafte Durchführung der Wiesbadener Absichten in Betracht kam. Bei dem Vertrag der Confédération mit Stinnes ist als Vermittlungsstelle zwischen die französischen Besteller und die deutschen ausführenden Firmen die Aktiengesellschaft für Hoch- und Tiefbau in Essen, die zum Stinneskonzern gehört, gestellt worden. Der Vertrag sieht vor, daß die Gesellschaft »unter ihrer Verantwortung die Bestellungen gemäß den bestehenden Vorschriften der deutschen Regierung verteilen« soll, und die Gesellschaft verpflichtet sich »Bestellungen an solche deutsche Firmen zu geben, die die Confédération präsentieren möchte, unter dem Vorbehalt der Prüfung und Abnahme in puncto Beschaffenheit und Preis«. Die Aktiengesellschaft für Hoch- und Tiefbau behält sich ferner das Recht vor »sich unter ihrer Verantwortung mit anderen deutschen Firmen zusammenzutun, die für das Wiederaufbauwesen besonders erfahren sind«. Die deutschen ausführenden Firmen können die Finanzierung ihrer Aufträge entweder selbst bestimmen oder sich des Abkommens bedienen, das im Stinnesvertrag vorgesehen ist. Danach hat die Dresdener Bank sich zur Bereitstellung für die Finanzierung der Lieferungen nach Frankreich erboten, andere deutsche Großbanken werden wahrscheinlich zur konsortialen Beteiligung schreiten. Die Waren werden durch eine Kommission der Aktiengesellschaft für Hoch- und Tiefbau abgenommen, bei der die französische Organisation durch Kommissare vertreten sein wird. Die in Deutschland geprüften und abgenom-

menen Materialien dürfen in Frankreich nicht zurückgewiesen werden. Um allen Erschwerungen der Lieferungen durch Neuregelung des Zollwesens vorzubeugen, ist die Bestimmung vorgesehen, daß die deutschen Waren für die Reparation bei der Einfuhr nur den Minimalzoll zu tragen haben, und daß, wenn in der Zwischenzeit die französischen Zölle erhöht werden sollten, die Zolldifferenzen zu Lasten der französischen Besteller gehen. Von nicht geringerer Bedeutung ist die Vereinbarung, daß ein bestimmter Prozentsatz der monatlich von Deutschland an Frankreich zu liefernden Kohlenmengen freigegeben wird, ein Prozentsatz, der dem für die Fabrikation von Baumaterialien unbedingt notwendigen Verbrauch entspricht. Stinnes verpflichtet sich gemeinsam mit dem Rheinisch-Westfälischen Kohlsyndikat darüber zu wachen, daß die freigegebenen Kohlenmengen ausschließlich für die Verstärkung der Erzeugung der Sachlieferungen Verwendung finden.

Das sind die wesentlichsten Bestimmungen des Vertrags der Confédération mit Hugo Stinnes, der seiner Gesellschaft in dem Abkommen für die Ausführung der Sachlieferungen einen Aufschlag sicherte, der 6 % des Preises betragen darf, den die Aktiengesellschaft für Hoch- und Tiefbau in Deutschland für die zu liefernden Waren zahlt. Der Betrag dieses Aufschlags wird in die Summe mit einbegriffen, die Deutschland für die tatsächlichen Sachlieferungen gutgeschrieben wird. Das nämliche geschieht mit den Kosten, die aus Leistungen entstehen, die zur Finanzierung dieser Verträge mit einem Bankkonsortium unter Führung der Dresdener Bank vereinbart werden.

Wie nicht anders zu erwarten war, hat sich die Kritik im wesentlichen mit den Provisionsbedingungen des Vertrags befaßt. Nirgends aber, und das ist das Entscheidende, ist ein grundsätzliches Bedenken gegen den Sachleistungsvertrag als solchen erhoben worden. Wie Zunder fiel alles zusammen, was in 4 Jahren an Argumenten gegen jeden Sachleistungsversuch zusammengetragen worden ist. Allerdings, die Zentralkraft der Kampagne gegen eine deutsch-französische Zusammenarbeit, der Stinneskonzern, hat die Opposition eingestellt. Das ist gewiß ein nicht uninteressanter Beitrag zu der Bildung der öffentlichen Meinung in Deutschland. Aber das will nichts sagen gegenüber der außerordentlichen politischen und wirtschaftlichen Bedeutung des Abkommens, das sich abermals an den Namen Stinnes knüpft.

Aus dem Chor der Stimmen zum Abschluß dieses Vertrags muß notgedrungen die des Vorwärts einer ergänzenden Betrachtung unterzogen werden. Das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wandte sich am 6. September, in Übereinstimmung mit seinen Ausführungen am Tag vorher, anklagend gegen die privatkapitalistische Lösung des Problems des Wiederaufbaus Nordfrankreichs:

»In der Zeit, wo die Geldentwertung vernichtend auf den Lohnempfängern und Rentnern lastet, sichert sich die Industrie durch Privatvertrag ihren Gewinn am Wiederaufbau Nordfrankreichs, wie sie aus dem Völkermord selbst ihren privaten Vorteil zog ohne Rücksicht auf Front und Heimat. Eine ungeheure Welle der Erbitterung und Enttäuschung geht durch die Arbeiterschaft. Das Unternehmertum hat den Staat verleugnet, es war stärker als der Staat — der Staat, der in der Demokratie die Herrschaft des Volkes über sein Geschick sichern soll. Aber nicht das ist das Entscheidende. Solange wir ein privatkapitalistisches Unternehmertum, wie es jetzt wieder selbst in das kommunistische Rußland zollfrei importiert wird, haben, solange die Arbeiterschaft nicht ganz Herr ihres eigenen Geschickes ist, wird der taktische Erfolg einmal der einen, einmal der andern Seite zuneigen . . . Was am Wiederaufbaugeschäft des Herrn Stinnes so helle Empörung bis in das radikale

Bürgertum hinein auslöst, das ist die Tatsache, daß der tüchtige Geschäftspolitiker der Reparationen zugleich der Führer im Kampf gegen jede Erfüllungspolitik gewesen ist . . . Die Vorkämpfer der Erfüllungspolitik wurden mit Schmutz und Schande beladen, eine Meute wildgewordener Nationalisten wurde gegen sie gehetzt: die Erfüllung des Friedensvertrages als Politik war von den Stinnesleuten geächtet, die Erfüllung als Geschäft gilt für einen Dienst am Vaterlande. Kapitalistische Moral! . . . Der Vertrag ist unterschrieben, bringt sogar Vorteile für die Kohlenversorgung der am Wiederaufbau beteiligten Industrieunternehmen, er entlastet die Behandlung der Sachlieferungen an Frankreich von politischen Auseinandersetzungen, wofern er erst einmal Geltung erhalten hat. Aber er bleibt ein Geschäft, das nicht nur mit dem Fluche kapitalistischen Eigennutzes sondern auch mit dem Brandmal der Unwahrhaftigkeit gezeichnet ist.«

Ja, wer ist denn daran schuld, daß der Wiederaufbau Nordfrankreichs mit dem »Fluch kapitalistischen Eigennutzes« behaftet ist? Gewiß, die Wiedergutmachung des Zerstörten, die das deutsche Volk im November 1918 als seine sittliche Pflicht erkannt hat, sollte auch in ihrer Ausführung eine Sache der Volksgemeinschaft sein. Hier hätten die sozialistischen Parteien, in deren Händen nach dem November 1918 die ganze Macht in Deutschland lag, eine gemeinwirtschaftlich-sozialistische Regelung finden sollen. Für den Wiederaufbau Nordfrankreichs durch deutsche Arbeit sind die Sozialistischen Monatshefte schon vor dem endgültigen Zusammenbruch Deutschlands und dann mit sich steigernder Eindringlichkeit vom ersten Tag nach dem Waffenstillstand an eingetreten. Der Neuaufbau der verheerten Gebiete durch deutsche Arbeiter, der Ersatz des Vernichteten durch Lieferung deutscher Arbeitserzeugnisse: das wurde hier als der beste Weg zu einer allgemeinen Zusammenarbeit mit Frankreich, damit als das beste Mittel der Versöhnung der bisher feindlichen Völker auf dem Kontinent und so endlich als der Anfang der Bildung einer kontinentaleuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft bezeichnet. Das sollte ein sozialistischer Aufbau werden, und der deutsche Sozialismus war berufen ihn sofort in Angriff zu nehmen. Aber die Volksbeauftragten hörten die Stimme nicht, die hier immer wieder erhoben wurde, oder sie ließen es zum mindesten an der Energie fehlen, die notwendig war, wenn man die von interessierter Seite aufgerichteten Hindernisse gegen diesen sozialistisch-völkersolidarischen Aufbau beseitigen wollte. So ging die Zeit vorüber, in der die sozialistische Regierung, die damals vom Vertrauen des ganzen Volkes getragen war und alles hätte unternehmen dürfen, diesen sozialistischen Aufbau bewirken konnte. Die erste Regierung der deutschen Republik ebenso wie ihre Nachfolgerinnen, und mit ihnen der Reichstag und der Reichswirtschaftsrat sowie die industriellen Unternehmer- und Arbeiterverbände; alle haben hier versagt. Bloße platonische Anerbietungen konnten bei diesem schwierigen Werk und in der Situation, die nun einmal durch eine verkehrte Außenpolitik geschaffen war, nicht genügen. Hier mußte durch konkrete und spezialisierte Vorschläge gezeigt werden, daß man, den alten Weg verlassend, willens war eine deutsch-französische Kooperation herbeizuführen. Man scheute aber in Deutschland irgendeinen Schritt auf einen Weg, der in englisches Mißfallen führen könnte. Durch französische Initiative (Projekt Seydoux) kam es dann zu dem Wiesbadener Abkommen. Dieses mußte aber in seiner Isoliertheit, bei einer ihrer ganzen Tendenz nach entgegengesetzten Allgemeinpolitik wirkungslos bleiben. So verflossen 4 kostbare, nicht wieder einzubringende Jahre, in denen man sich den ständigen Mahnungen der Sozialistischen Monatshefte stillschweigend oder durch den Einwand entzog:

das (angeblich haßerfüllte) Frankreich wolle gar keine Zusammenarbeit mit Deutschland, wolle nur die Vernichtung des Deutschen Reichs und der deutschen Wirtschaft. So wurde der einzige Weg zur Rettung 4 Jahre hindurch nicht beschritten. Jetzt hat der Kapitalismus die Initiative ergriffen. Hat unsere Partei das Recht ihn gerade darum anzugreifen, daß er auf dem richtigen Weg ist? Wir sollten es vielmehr als unsere eigene Schuld erkennen, daß wir dem Kapitalismus die Lösung der Aufgabe überließen, die unsere Pflicht war. Der Stinnesaufbau bedeutet, daß das Gebot sachlicher Notwendigkeit endlich erkannt wird, und daß man den Anfang macht ihm zu genügen. In der deutschen Sozialdemokratie hat man, gegebenen Anregungen folgend, den Wiederaufbau Nordfrankreichs durch deutsche Arbeit wohl gelegentlich gefordert, aber die Partei hat ihn nicht gefördert. Vielleicht wird sich der Vorwärts dessen entsinnen, daß in seinen Spalten einmal zu lesen stand, daß wir uns nicht an dem französischen »Wiederaufbaupanama« beteiligen wollten. Bei solcher Stellungnahme ist es nicht zu verwundern, daß in der deutschen Arbeiterklasse ein besonderer Eifer zu der gedachten Lösung des Wiederaufbauproblems nicht entstehen konnte. Sollte nun der Stinnesvertrag unterbleiben, weil die eigentlich zur Herbeiführung solchen Abschlusses Berufenen sich nicht entschließen konnten? Ein sicherlich regierungstreuer Mann, der demokratische Reichstagsabgeordnete und ehemalige Reichsminister Gothein schrieb, in einem Aufsatz, der sich überaus einsichtsvoll mit den Erscheinungen des deutschen Wirtschaftslebens befaßte, am 25. August im Berliner Tageblatt:

»Wir können eben mit nichts anderm bezahlen als mit unseren Arbeitserzeugnissen, und es ist elender Lippendienst Erfüllungswillen mit großen Worten zu proklamieren, aber nicht die Konsequenz daraus in gesteigerter Arbeitsleistung zu ziehen. Demokratie ist nicht nur "Herrschaft des Volkes" sondern bedeutet im Volk das Verantwortungsgefühl für diese "Herrscherpflichten" zu erwecken.«

Hätte sich dieser Erfüllungswille, statt in »großen Worten«, in einer *Tat* geäußert, so hätte man es sich jetzt, sparen können über den »kapitalistischen Eigennutz« zu klagen. Denn Stinnes fand ja nur deshalb freie Bahn für seinen Vertrag, weil alles, was zu leisten war, von den Stellen, die das deutsche Volk und die deutsche Arbeit zu vertreten hatten, ungeleistet geblieben war. Über die Beweggründe, die Hugo Stinnes zu einem Wechsel seiner politischen und wirtschaftlichen Stellungnahme veranlaßten, Betrachtungen anzustellen ist müßig. Uns brauchen seine Motive nicht zu kümmern (wer darf übrigens sagen, daß er sie bei einem andern Menschen wirklich durchschaut?), wir haben lediglich auf die *sachliche Wirkung* seines Tuns zu achten. Daß, was geschehen mußte, so spät begonnen wurde, ist traurig und schlimm genug für das deutsche Volk, dem unendliches Leid hätte erspart werden können, wenn es nicht die 4 Jahre seit Kriegsende von maßgebenden Blättern, namentlich der Linken, in eine über jedes Maß verhetzende anti-französische Politik hineingetrieben worden wäre.

Was bei dem Wiederaufbau Frankreichs durch Deutschland unterlassen worden ist, wurde allein dem deutschen Volk, der deutschen Produktion entzogen. Alle Last des Nichtaufbaus ist schließlich auf uns selbst zurückgefallen. Denn der Wiederaufbau hätte die Zusammenfassung unserer eigenen produktiven Kräfte bedingt. Damit wäre die Wiedergewinnung der Schaffenskraft deutscher Wirtschaft eingeleitet worden, und jede Entfaltung im Dienst des Wiederaufbaus wäre zur Stärkung unserer Leistungsfähigkeit ge-

worden. Es gibt keinen andern Weg, den das deutsche Volk beschreiten kann, wenn es zur Ruhe gelangen will und das Verlangen hat die Wunden zu heilen, die der Krieg uns und der Welt geschlagen hat. Was an Vermögen, an Energieen, an guten Absichten verausgabt und verschleudert worden, was an Zeit verloren ist, kann kaum ermesen werden. Aber es ist nie zu spät das Richtige zu tun. Man wird bald auch erkennen, daß das Richtige Gutes zeugt und die Lösung der Aufgaben erleichtert, die dem deutschen Volk gestellt sind. Man wird wohl annehmen dürfen, daß die französischen Wirtschaftsverhandlungen mit deutschen Konzernen, die natürlich mit Genehmigung der französischen Regierung stattgefunden haben, recht wesentlich dazu beigetragen haben die Pariser Verhandlungen zu dem Ende gelangen zu lassen, das wir als Moratoriumsantrag der Reparationskommission kennen. Die Ordnung unserer Verhältnisse ist ein Problem der Steigerung der Produktivität unserer Arbeit; sie kann nie durch rechnerische Exerzitionen herbeigeführt werden. Die Steigerung der Produktivität unserer Arbeit ist Anfang und Schlußstein der Regelung unserer außenpolitischen Beziehungen. Und die Steigerung der Produktivität unserer Arbeit ist eine Voraussetzung der Gesundung unserer innenpolitischen Zustände.

Der Meldung von dem Abschluß des Wiederaufbauvertrags zwischen den französischen Wiederaufbaugenossenschaften und Stinnes folgte die Nachricht von Verhandlungen über den Abschluß eines deutsch-französischen Kalisyndikats. Außerordentlich viel bleibt der wirtschaftspolitischen Zusammenarbeit Deutschlands und Frankreichs zu erledigen übrig; aber jeder tatsächliche Fortschritt in dieser Linie soll freudig begrüßt werden, denn er bietet die Aussicht auf eine Rettung aus sonst unvermeidlichem Chaos.

In der deutschen Presse war am 25. August 1922 von amtlicher deutscher Seite durch das Wolffsche Telegraphenbureau eine Antwort auf 2 Reden des französischen Ministerpräsidenten Poincaré zu lesen, in der es hieß:

»Wenn man danach forscht, wer auf der Welt von der Markverschlechterung eigentlich Nutzen hat, findet man nur Frankreich und die französische Industrie. Diese Tatsache erklärt die sonst unverständliche französische Politik. Je mehr die Mark sinkt, desto billiger erhält Frankreich die deutsche Kohle.«

Wer den wirtschaftlichen Zusammenhängen nicht weltenfern steht, muß bei der Lektüre dieser Sätze geradezu körperliche Schmerzen verspüren; sie stellen die Dinge auf den Kopf, mit einem Aufwand von Verständnislosigkeit, für den es schlechthin keine Entschuldigung gibt. Um so bemerkenswerter ist der schon einmal erwähnte Umstand, daß selbst eine so präparierte öffentliche Meinung von einer Stunde zur andern ohne Widerstreben dem Beginn des Wiederaufbaus der verheerten Gebiete Frankreichs zustimmte. Diese Tatsache sollte endlich die vielen, allzu vielen verstummen machen, die jedem Verlangen einer fruchtbaren kontinentaleuropäischen Politik immer mit dem Einwand der angeblich nicht wegzuräumenden psychischen Hindernisse einer Annäherung beider Völker kommen. Man verschone uns endlich mit derlei "psychologischen" Betrachtungen.

Wie nach Wiesbaden wird vermutlich auch jetzt Großbritannien seine reichen Mittel gegen die Idee der gemeinschaftlichen deutsch-französischen Arbeit in Bewegung setzen. Nur weniger auffällig. Frankreichs politische Macht auf dem europäischen Kontinent, die durch seine, den Ausgang des Weltkriegs bestimmende militärische Leistung aufgerichtet wurde, ist durch seine

konsequent europäische Politik noch gewachsen und in diesen Jahren so befestigt worden, daß England auf dem Kontinent den entscheidenden Einfluß von früher nicht mehr hat. Die Konferenz von Genua hat das jedem, der sich nicht durch den traditionellen Glauben der deutschen Linkspublizistik an Englands Allmacht blind machen ließ, zeigen können.<sup>1</sup> Und was ihr folgte, bis herab zur letzten Entscheidung der Reparationskommission, hat diesen Tatbestand noch weiter demonstriert. Der kontinentaleuropäische Gedanke verleiht seinem Träger eine Macht, von der die deutsche konventionelle Politik, die von Ideen nichts hält, nur wenig ahnt. Und in der Beurteilung militärischer Situationen war Frankreich ohnehin stets England überlegen. Das eklatanteste Beispiel der letzten Jahre bot der polnisch-russische Krieg, als England, das den Bolschewismus unterstützte, die Bolschewisten schon in Warschau einziehen sah, während Frankreich, das den Unwert ihrer Kampfkraft sehr wohl kannte, mit leichter Mühe durch den General Weygand den Polen den Sieg brachte. Ein noch viel schwerer wiegendes Ereignis hat sich in den letzten Tagen vollzogen: der Zusammenbruch der griechischen Armee in Kleinasien und der Sieg der Türkei, der die Unterstützung Frankreichs galt, wie das Griechenland Konstantins nach der Beseitigung Veniselos' ein Werkzeug Großbritanniens war. In dem zähen Kampf, den England seit Jahren gegen Frankreich (und damit gegen die Einigung Europas) führt, hat Frankreich jetzt wieder einen großen und bedeutungsvollen Erfolg errungen. Daher wird England heute nicht so offen es unternehmen dürfen den Beginn der deutsch-französischen Zusammenarbeit so zu unterbinden wie dies unmittelbar nach Wiesbaden geschehen ist.

Von den deutschen Zeitungen, die Stinnes nahestehen, ist versichert worden, daß der Wiederaufbauvertrag mit den französischen Genossenschaften keinerlei antienglische Spitze habe. Diese Versicherung ist ohne jeden Zweifel glaubwürdig und sehr verständig. Es wäre auch sinnlos der deutsch-französischen Zusammenarbeit einen antienglischen Charakter zu geben. Bei aller Kenntnis der Gefahren, die die englische Politik für Deutschland und den europäischen Kontinent birgt, ist gerade in den Sozialistischen Monatsheften stets der Gedanke abgewiesen worden, als ob der gemeinschaftlichen Wiederaufbauarbeit durch Deutschland und Frankreich ein antienglischer Inhalt innewohne. Produktivitätspolitik schließt eben an sich jede Antipolitik aus; sie ist auf Leistung gestellt und kann deshalb stets nur eine Propolitik sein. In der Tat bedeutet, wie hier oft ausgeführt wurde, der Zusammenschluß des Kontinents auch eine Wohltat für das englische Volk, das, wenn es aufhört »Despot des Weltmarkts« zu sein, die in ihm ruhenden Schaffenskräfte voll zur Entfaltung bringen wird. Wenn irgendeine Macht die deutsch-französische Arbeit stören will, dann offenbart sie sich als Feind des Friedens und alles Lebens der europäischen Menschheit, das allein wert wäre gelebt zu werden. Wer würde wohl angesichts einer solchen Friedensfeindschaft das Friedenswerk aufgeben wollen? Für das deutsche Volk hieße das sich selbst zur Auflösung verurteilen: im Dienst einer fremden Macht. Will es das nicht, so hat es dafür zu sorgen, daß dem ersten Schritt auf dem richtigen Weg, den Private getan haben, nun eine Politik folgt, die die *Gemeinschaft* selbst diesen Weg, und diesen ganzen Weg, gehen läßt.

1) Siehe *Quesset* Ein Blick auf Genua und Ein Rückblick auf Genua, in den Sozialistischen Monatsheften, 1922 I, Seite 385 ff. und 486 ff.

## BRUNO BORCHARDT · EINIGE WORTE ZUR ARBEITSMORAL

**P**REDIGEN ist stets ein undankbares Geschäft. Nicht durch Worte wirkt man auf die Menschen sondern durch Handlungen, durch die Tat, durch das Beispiel. Doppelt undankbar ist es dem Arbeiter von der Moral der Arbeit zu sprechen in einer Zeit, in der sich der wildeste und zügelloseste Egoismus in allen Schichten des Volkes breitmacht, in den Schichten der Besitzenden in noch weit höherm Maß als in denen der Arbeiter. Besonders undankbar ist es auch den Arbeitern von der Notwendigkeit zu sprechen intensiver zu arbeiten und alle überflüssige Arbeit zu vermeiden in einer Zeit, in der der Segen der freien Wirtschaft so herrliche Blüten treibt. Wenn ich zum Beispiel einen Kaufmann erzählen höre, er hätte ein Geschäft abgeschlossen, bei dem ein freilich mäßiger Gewinn von einigen tausend Mark für ihn herauspringt, er hätte dazu aber auch tüchtig schuffen müssen, über 600 Briefe seien notwendig gewesen, bis die Sache perfekt wurde, so daß die Ware ins Ausland gesandt werden konnte, so kommt mir alles, was man von überflüssiger Beamtenschreiberei spricht, ganz gleichgültig vor gegenüber dieser verschwenderischen Schreibearbeit, die bei verständig geregelter Wirtschaft auf ein Hundertstel beschränkt werden könnte. Oder wenn ich es bei einem andern Kaufmann erlebe, daß er einen Waggon Ware kauft, der aus dem Ausland herangerollt wird, und dieser, ohne ausgeladen zu werden, sofort weiter verkauft wird (mit Hilfe eines Telephongesprächs und eines bestätigenden Briefes), und zwar mit einem Gewinn von 150 000 Mark, so bewundere ich hier allerdings die konzentriert geringe Arbeit, mittels derer große Werte aus dem Gesamtprodukt der Volkswirtschaft an eine einzelne Stelle geleitet werden. Aber es überkommt mich eine gewisse Scheu Arbeitern davon zu sprechen, sie sollten sich eines möglichst einfachen und sparsamen Lebens befleißigen und vor allem sich bemühen durch vermehrte und intensivere Arbeit, jeder an seinem Teil, zur Vermehrung des Gesamtergebnisses der deutschen Volkswirtschaft beizutragen.

Und doch geht es nicht anders. Man muß sich in erster Linie immer wieder an die Arbeiter wenden. Gewiß ist es richtig, daß der einzelne Arbeiter nur durch die Tatsache, daß er der Arbeiterklasse angehört, keineswegs dem einzelnen Bourgeois an Einsicht und Sittlichkeit überlegen ist; fehlen ihm doch seiner ganzen Erziehung und Klassenlage nach die sittigenden Elemente, die, wie man gesagt hat, Bildung und Muße verleihen. Aber ebenso richtig ist es, daß nur die Arbeiterklasse es ist, die die Zukunft auf ihren Schultern trägt, und daß sie von diesem Gefühl durchdrungen werden muß, das ihr als Klasse dann ein ganz anderes sittliches Gepräge aufdrückt als der Bourgeoisie, die ihre Ideale in einer versinkenden Vergangenheit sieht. Die Arbeiter müssen daher stets der Worte eingedenk sein, die Lassalle an sie gerichtet hat: »Es ziemen Ihnen nicht mehr die Laster der Unterdrückten, noch die müßigen Zerstreungen der Gedankenlosen, noch selbst der harmlose Leichtsinns der Unbedeutenden. Sie sind der Fels, auf welchen die Kirche der Gegenwart gebaut werden soll.«

Notwendiger als je ist die Aufrichtung an solchen Gedanken in der gegenwärtigen schlimmen Zeit, die uns immer deutlicher zum Bewußtsein bringt,



daß wir einen Krieg verloren haben, und zwar nicht einen gewöhnlichen Krieg sondern einen, wie ihn die Welt noch nicht gesehen hat, an dessen Folgen die ganze Welt noch lange schwer zu tragen haben wird, und die ihn verloren haben, am allerschwersten. Betrachtungen, wer an dem Kriegsausbruch schuld ist, und ob die Leiter der deutschen Politik eine größere oder geringere Schuld daran trifft, ändern an der Tatsache, daß wir besiegt sind und die Folgen unserer Niederlage zu tragen haben, nichts. Auch Mitleidsbeteuerungen aus angelsächsischem Mund (die jetzt leicht zu haben sind, nachdem England durch die Wegnahme unserer Kolonien, Schiffe usw. sich von vornherein den Löwenanteil genommen hat und nun auf Kosten Frankreichs gern großmütig ist) dürfen uns nicht über den Tatbestand hinwegtäuschen: daß die ungeheure, über jedes Maß hinausgehende Gesamtzerstörung der Kriegsjahre, der Verlust an Arbeitskräften durch Tod und Verkrüppelung, der Niederbruch der Wirtschaft durch Stillstand der Produktion, endlich auch die Umwertung der moralischen Werte in der Kriegs- und Nachkriegsperiode den europäischen Kontinent so von Grund aus verändert, seinen Wohlstand vernichtet, seine Kultur vermindert, seine Menschen physisch und psychisch heruntergebracht hat, daß diese Generation, die alles das geduldet und mitgemacht hat, nun die größten Opfer an ihrem eigenen Leben bringen, ihre geschwächten Kräfte bis zum Raubbau ausnutzen muß, um wenigstens der folgenden Generation neue Entwicklungsmöglichkeiten zu geben. Wir, als die Geschlagenen, müssen uns darüber klar werden, daß, wie wir auch über den Vertrag von Versailles denken. Proteste gegen ihn bei dieser Sachlage uns wenig helfen können, daß die uns beim Friedensschluß auferlegten Verpflichtungen uns nicht abgenommen werden, und daß wir auch nicht die Möglichkeit haben ihre Ausführung zu verweigern. Wie sollen wir sie aber leisten?

Schon in normalen Zeiten lebt eine Nation nicht von den aus der Arbeit aufgesammelten Vorräten, von Gold und angesammelten Sachwerten, sondern von den unmittelbaren Produkten der Arbeit. Unser durch den Krieg verarmtes Volk kann natürlich in keiner Weise mit Gold und Sachwerten zahlen, die es nicht hat, sondern nur mit den Produkten der Arbeit. Es muß daher vor allem darauf gesehen werden, daß das Arbeitsprodukt vermehrt wird. In welcher Weise das geschieht: ob durch Verlängerung der Arbeitszeit (Überschichten usw.), durch Intensivierung der Arbeit, durch Rationalisierung des Arbeitsprozesses (Taylorisierung), durch Verbesserungen der Betriebseinrichtungen oder durch alles das zusammen, das kann nur für jede Arbeit einzeln entschieden werden. Es wäre falsch hier ein allgemeines Schema aufzustellen. Es kommt eben darauf an das Optimum der Arbeitsenergie zu erreichen, und dies wird in der Regel durch eine Kombination einiger der eben genannten Methoden geschehen. Es wäre ebenso verfehlt zu denken: man brauchte bloß die Arbeitszeit beliebig zu verlängern, um ein beliebiges Mehrprodukt zu erhalten, wie es verkehrt ist anzunehmen, daß die Verkürzung der Arbeitszeit unter allen Umständen durch bessere Arbeit ausgeglichen wird. Die Gründe, die für die Verkürzung der Arbeitszeit sprechen, brauchen hier nicht wiederholt zu werden; sind sie doch für jeden Sozialisten eine Selbstverständlichkeit. Wer seinen Marx kennt, weiß, wie sehr seinerzeit das Gutachten des Professors Senior fehlgegriffen hat, der den englischen Fabrikanten bewies, daß bei der Durchführung der Zehnstundenbill ihr ganzer Profit zum Teufel ginge, weil in den ersten 10 Stunden

nur der Arbeitslohn und der notwendige Verschleiß der Maschinen erarbeitet würden, der Profit des Unternehmers daher erst in der 11. und womöglich 12. Stunde. Die Tatsachen, über die die Fabrikinspektoren berichteten, die Erfahrungen, die nicht nur in England mit der Zehnstundenbill sondern auch sonst mit der Verkürzung der Arbeitszeit in Fabrikbetrieben gemacht wurden, haben jenes Gutachten längst widerlegt. Aber ebenso darf nun nicht umgekehrt aus diesen Erfahrungen geschlossen werden, daß es auf die Länge der Arbeitszeit gar nicht ankomme. Es gibt eine Reihe von Betrieben, in denen mit der Verlängerung der Arbeitszeit tatsächlich die geleistete Arbeit wachsen, mit ihrer Verringerung sich verringern muß. Zum Beispiel die Verkehrsbetriebe. Die Arbeit des Fahrers oder Schaffners kann nur nach der Zeit gemessen werden; von einem Ausgleich durch intensivere Gestaltung der Arbeit kann hier nicht die Rede sein, bei einer Verlängerung der Arbeitszeit kann die selbe Wagenmenge von einer geringern Zahl von Arbeitern und Angestellten bedient werden. Auch bei der Fabrikarbeit muß zwischen solchen Tätigkeiten unterschieden werden, in denen der Arbeiter durch intensivere und zweckmäßigere Ausnutzung seiner Arbeitskraft innerhalb einer verkürzten Arbeitszeit es auf das selbe Produkt bringen kann wie in einer längern Arbeitszeit mit der durch sie bewirkten Erschlaffung, und solchen, bei denen der Arbeiter etwa an den Gang bestimmter Maschinen gebunden ist, und es überhaupt nicht in der Hand hat von sich aus eine Mehrleistung zu bewirken. Kurz, die Frage liegt hier nicht so, daß man sich für oder gegen das eine oder andere unter allen Umständen entscheiden kann. Erst eine sozialistische Wirtschaftsordnung, in der die sachlichen Gebote der Produktion allem andern voranstellen werden, jedes Erwerbs- und Ausbeutungsinteresse ausgeschaltet ist, wird das wirkliche Optimum der Arbeit in allen einzelnen Fällen erreichen können. In der kapitalistischen Gesellschaft wird dies Optimum durch die Klasseninteressen eine Trübung erfahren müssen. Aber auch hier, bei aller Unvollkommenheit, wird es sich darum handeln so viel und so zweckmäßig zu arbeiten, daß mindestens der Rohbedarf gedeckt wird. Das gilt schon für normale Zeiten. Das gilt aber erst recht für die jetzige Wiederaufbauperiode.

Die Vermehrung des Gesamtprodukts der Volkswirtschaft ist also die dringendste Forderung des Tages, so dringend, daß dagegen selbst seine Verteilung, so ungeheuer wichtig sie in sozialer, ethischer und allgemeinemenschlicher Beziehung ist, an Bedeutung zurücktritt. Der Kernpunkt der Ausbeutung liegt heute, bei der Warenknappheit, die dem Warenbesitzer ein Monopol gibt, weniger auf dem Gebiet der Distribution als auf dem der Produktion. Die Ungerechtigkeit der Verteilung der Güter im kapitalistischen System darf natürlich in keiner Weise verkleinert werden. Sie besteht darin, daß gerade diejenigen, die am intensivsten mit der Herstellung der Güter beschäftigt sind, den allergeringsten Anteil daran erhalten. Zuweilen hat man in der Vorkriegszeit gelegentlich nicht mit Unrecht gesagt, der Kapitalismus habe die Menschheit gelehrt Güter in schier unbegrenzter Menge herzustellen, eine der Hauptaufgaben des Sozialismus werde es sein diese Gütermenge auch in angemessener und für die Weiterentwicklung der Kultur wirksamen Weise zu verteilen. Es ist daher gewiß nicht angebracht die im Sinn des Sozialismus angemessene Verteilung aus dem Auge zu lassen und ruhig darüber hinwegzusehen, wie ein einzelner für Hunderttausende ohne jede Mühe zu sich heranzieht, wodurch der Anteil der Arbeiter entsprechend geschmälert

werden muß. Aber wir sollten uns nicht darüber täuschen, daß das gesamte zur Verteilung kommende Produkt in unserer schweren Nachkriegszeit nicht ausreicht, um auch bei gerechter und ganz im Sinn des Sozialismus erfolgreicher Verteilung auch nur einigermaßen einen Wohlstand der Nation zu begründen. Der Krieg hat eben verheerend gewirkt, so daß heute nicht daran zu denken ist, daß wir in schier ungemessener Weise Güter zu erzeugen imstande wären, und jeder Fortschritt der Technik, der eine Steigerung der Produktion ermöglicht, zur Verringerung der Arbeitszeit und zur Schaffung größerer Muße, zur Nutznießung von Kulturgütern für die arbeitenden Menschen benutzt werden könnte, wie es in einem sozialistischen Zeitalter als selbstverständlich gelten wird. Der Produktionsverfall Deutschlands, die Verringerung unserer Produktion gegenüber der Vorkriegszeit, die nicht etwa durch den Gebietsverlust verursacht ist sondern in dem Gebiet des heutigen Deutschen Reichs erschreckend zutage tritt, muß um so furchtbarer auf uns wirken, als wir aus unserer verringerten Produktion noch die gewaltigen Lasten des Vertrags von Versailles tragen müssen. Aber äußere und innere Reparation können wir eben doch nur durch Arbeit respektive mit den Produkten der Arbeit leisten. Daraus folgt die unausweichliche Pflicht die produktive Arbeit in jeder Weise zu vermehren.

Natürlich muß auch eine Menge von Arbeit ausgeführt werden, die nicht unmittelbar produktiv ist, die nicht unmittelbar Sachgüter erzeugt, aber doch nicht entbehrt werden kann. Das ist die gesamte bei der Verteilung der Produkte zu leistende Arbeit, also der gesamte Handel und Verkehr, wozu noch die Verwaltungstätigkeit kommt. Nun wird niemand daran zweifeln, daß unter sonst gleichen Umständen um so mehr erzeugt werden kann, je mehr Arbeitskräfte für die Erzeugung vorhanden sind, je weniger Arbeitskräfte der eigentlich produktiven Tätigkeit entzogen und an der Verteilung und Verwaltung beteiligt werden. Daraus ergibt sich, und zwar auch für jede normale Wirtschaft, ganz besonders aber für unsere am Abgrund stehende, daß die Verwaltungsarbeit möglichst rationell, das heißt mit möglichst wenigen Kräften geleistet werden sollte. Statt dessen haben wir in Deutschland an allen Verwaltungsstellen des Reichs, der Länder und der Gemeinden eine Überfülle von Beamten und Angestellten, nicht minder in allen öffentlichen Betrieben, in denen auch die Zahl der Arbeiter im allgemeinen erheblich höher ist als vor dem Krieg und trotzdem erheblich weniger geleistet wird. Was soll man zu der Tatsache sagen, die jetzt der ehemalige Minister Gothein gebührend hervorgehoben hat, daß in der Reichspost heute 100 000 Personen mehr beschäftigt sind als vor dem Krieg? Dabei ist das Reichsgebiet gegenüber dem, das vor dem Krieg von der Post versorgt wurde, nicht unerheblich verkleinert, und kein Mensch wird behaupten können, wohl auch nicht der Reichspostminister und seine höchsten Beamten, daß die Leistungen unserer Post auch nur annähernd mit denen vor dem Krieg verglichen werden können. Nun sollen, wie man hört, 25 000 Personen aus den Postbetrieben entlassen werden. Aber sofort wird auch hinzugefügt, daß sie in anderen Staatsverwaltungen untergebracht werden müssen. Man scheint also zu glauben, daß in vielen Verwaltungen noch zu wenig Personen beschäftigt sind. Jedem Versuch die öffentlichen Betriebe von überflüssigen Arbeitskräften, seien es Beamte, Angestellte oder Arbeiter, zu entlasten wird immer wieder entgegengehalten, man dürfe doch niemanden auf die Straße setzen. Auf diese Art unrationell geführte Betriebe rationell gestalten zu

wollen heißt doch wirklich nichts anderes als: Wir wollen den Pelz waschen, und sogar gründlich, aber naß darf er dabei unter keinen Umständen werden. Warum scheut man sich denn diese Kräfte in die unmittelbare Produktion zu überführen? Leiden wir denn an einer Übervölkerung, so daß wir zu viel Arbeitskräfte haben? Fast könnte man wirklich meinen, der Krieg hätte uns noch nicht genügend Menschenkräfte geraubt, es seien immer noch zu viele vorhanden, die, wie Malthus seligen Angedenkens sagte, gegen die Unterhaltsmittel drücken, so daß Krieg und Pestilenz notwendig seien, um Menschenleben zu vernichten und die Größe der Bevölkerung in ein richtiges Verhältnis zu ihren Unterhaltsmitteln zu setzen. Sehr treffend hat gegen diesen Malthusschen Unsinn Henry George den Unterschied zwischen menschlicher und tierischer Existenz hervorgehoben: Wölfe sowohl wie Menschen, führt er aus, leben unter anderm auch von Hühnern. Eine notwendige Folge einer starken Vermehrung von Wölfen in einem bestimmten Gebiet sei demgemäß eine entsprechend starke Abnahme der Hühner, die bis zur völligen Ausrottung gehen kann; vermehren sich aber die Menschen, so werden die Hühner, von denen sie leben, an Zahl nicht geringer, sondern sie vermehren sich ebenfalls, und zwar in noch stärkerer Weise, weil eben die Menschen nicht gedankenlos von dem leben, was die Natur darbietet sondern durch ihre Arbeit das Erträgnis steigern und regeln. Gerade die wichtigsten Produktionszweige können und müssen, wenn unsere Wirtschaft gesunden soll, noch sehr viel tüchtige Arbeitskräfte aufnehmen und Arbeit leisten, vor allem die Landwirtschaft, die Kohlenförderung und der Wohnungsbau. Geradezu erschreckend sind die Zahlen der Minderproduktion in der Landwirtschaft, der Minderförderung an Kohlen und der Minderleistungen in der Herstellung von Wohnungen. Durch eine gesunde Umschichtung der Bevölkerung, durch Abwanderung aus der unproduktiven Verwaltungstätigkeit in die produktive Herstellung von Sachgütern allein kann unsere Wirtschaft allmählich zur Gesundheit kommen.

Aber solchen Übergang scheut man. Wer einmal in einem Staatsbetrieb oder in einer öffentlichen Verwaltung beschäftigt ist, glaubt ein Anrecht darauf zu haben vom Staat, das heißt von der Volksgemeinschaft, dauernd versorgt zu werden, auch wenn seine Dienste in der Verwaltung gar nicht mehr gebraucht werden. Diese Anschauung wird genährt durch die Einrichtung der lebenslänglichen Anstellung der Beamten, die für unsere Zeit in keiner Weise mehr paßt, und die hoffentlich bei der Neuregelung des Beamtenrechts endlich beseitigt werden wird. Diese Anschauung kommt auch in der Überfüllung der sogenannten gelehrten Berufe und in der Forderung der Mitglieder dieser Berufe zum Ausdruck, daß der Staat sie bis zur Anstellung unterhalten und schließlich sie besolden müsse, auch wenn er keine Verwendung für sie habe. Gewiß ist es eine im allgemeinen Entwicklungsinteresse liegende Forderung, daß höhere Bildung jedem ermöglicht werden müsse. Aber es ist ganz unangebracht für jeden Höhergebildeten eine staatliche Versorgung zu beanspruchen; gerade im Gegenteil sollte man verlangen, daß jeder Höhergebildete, ehe er zu einer staatlichen Stellung gelangt, sei es als Lehrer, als Richter, als Verwaltungsbeamter, einige Dienstjahre in einem unmittelbar produktiven Betrieb zugebracht habe. Auch die in Gemeinden und Staatsbetrieben tätigen Arbeiter betrachten ihre Stellung gewissermaßen als ein Privileg, das sich nicht ändern dürfe, selbst wenn sich eine rationellere Gestaltung des Betriebs mit erheblich weniger Arbeitskräf-

ten durchführen läßt. Bei unserer Staatsumwälzung infolge unseres militärischen Zusammenbruchs waren sehr weite Kreise des Volkes von einer merkwürdigen Hoffnungseligkeit erfüllt, als ob für uns jetzt eine segensvolle Zeit anbrechen werde, nachdem die Ketten des alten Regimes gefallen. Solche Illusionen mußten natürlich bald zerrinnen. Aber erst nach und nach und sehr langsam wurde uns der ganze furchtbare Ernst unserer Lage klar; vielen unter uns, vielleicht den meisten, ist er es noch heute nicht. Der Friedensvertrag stellte für den Besiegten Verpflichtungen fest, deren Erfüllung die Anspannung aller wirtschaftlichen Kräfte noch über das in der Vorkriegszeit vorhandene Maß nötig macht. Das aber scheint man nicht zu begreifen oder begreifen zu wollen.

In jedem Gemeinwesen muß das Gesamtwohl über das des einzelnen gestellt werden, und je mehr die einzelnen von dem Bewußtsein durchdrungen sind, daß ihr eigenes Wohl dem Gesamtwohl unterzuordnen ist, um so besser wird es um das Gemeinwesen stehen. Die Arbeiter sind die Klasse der Zukunft, weil ihre Klassenlage sie zum Zusammenschluß drängt, und ihre Klassensolidarität gerade die Tugend ist, die auch dem Gesamtwohl zugute kommt. Heute aber sehen wir, daß das bloße Eigeninteresse, der Egoismus des Individuums und der Gruppe, sich auch bei den Arbeitern im Gegensatz zum Gesamtwohl breitmacht. Sonst wäre es vollkommen unverständlich, daß die Arbeiter in Gemeinde- und Staatsbetrieben das Reich, den Staat, die Gemeinde als den ihnen feindlichen Arbeitgeber ansehen, den sie niederzwingen und von dem sie durch Streiks bessere Arbeitsbedingungen herauspressen müssen als sie in Privatbetrieben bestehen. Dadurch wird die Allgemeinheit auf das schwerste betroffen. So wäre es zum Beispiel kaum nötig die Tarife der Berliner Straßenbahn dauernd bis zu einem für die Bevölkerung allmählich unerträglich werdenden Grad zu steigern, wenn die städtischen Straßenbahner auf Sondervorteile und Sondervergünstigungen (höhere Bezahlung der Sonntagsfahrten usw.) verzichten und sich zu längerer Arbeitszeit entschließen wollten, wodurch eben ihre Zahl nicht unerheblich verringert werden könnte. Der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband ist ja im Grunde der Idee einer Gewerkschaft entgegengesetzt. Denn diese will die Arbeiter einer Industrie zu einem Verband zusammenschließen. Hier aber werden die Arbeiter sehr verschiedenartiger Betriebe zusammengeschlossen, die nichts gemeinsam haben als den Arbeitgeber, und dieser Arbeitgeber ist der Vertreter der Gesamtheit, der in normalen Zeiten wohl sehr mächtig, heute aber, bei erschütterter Staatsautorität, ein besonders schwacher Arbeitgeber ist, dem daher Bedingungen aufgezwungen werden können wie keinem privaten Arbeitgeber, und der vor allem auch genötigt werden kann einmal in den Betrieben vorhandene Arbeiter weiter zu beschäftigen, selbst wenn die rationellere Gestaltung des Betriebs dadurch verhindert wird. In Wahrheit schädigen die Arbeiter sich selbst aufs allerschwerste, wenn sie in dieser Weise gegen das Interesse der Gesamtheit handeln; je unmöglicher die Gesundung der allgemeinen Wirtschaft gemacht wird, um so mehr leiden letzten Endes darunter auch die in den öffentlichen Betrieben tätigen Arbeiter, deren Wohl und Wehe eben doch unlöslich mit dem Wohl und Wehe der gesamten Volkswirtschaft verbunden ist. Eine innere Daseinsberechtigung hätte der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband, wenn er sich bemühte seine Mitglieder mit dem Bewußtsein zu erfüllen, daß sie *mehr* noch als alle anderen vor allem *Pflichten* gegen das Ge-

samtwohl haben, daß sie diesem vor allem Opfer bringen müssen. Mögen die Leiter des Verbandes sich dieser wichtigsten Aufgabe bewußt werden und sie zu erfüllen suchen, auch wenn sie sich dadurch den Unwillen vieler ihrer Mitglieder zuziehen. Es wird bald schon zutage treten, daß sie gerade dadurch in deren eigentlichem Interesse handeln.

Die Aufrichtung der Arbeitsmoral ist in erster Linie Aufgabe der Arbeiterorganisationen, die so nicht nur zu technischen sondern auch zu sittlichen Trägern der Produktion werden. Auch hier müssen die Besitzenden, die den Arbeitern mit gutem Beispiel vorangehen sollten, erst von diesen erzogen werden. Wo die besitzende Klasse versagt, muß die Arbeiterklasse sie vorwärtsdrängen. Sie hat das bereits getan, als sie für die Bourgeoisie die politische Freiheit errang, die für die Gesamtheit ist. Sie muß nun für die Gesamtheit die Pflicht aller einzelnen zum Schaffen feststellen, die eine notwendige Ergänzung jener politischen Freiheit ist, ja ihr erst eigentlich den Sinn gibt. Aber auch hier ist es mit bloßen, noch so berechtigten Vorwürfen gegen die anderen nicht getan. Die Arbeiterklasse muß bei sich selbst beginnen. Die Neubegründung der Arbeitsmoral ist jetzt ein wichtiger, vielleicht der wichtigste Dienst am Volk.

## MAX SCHIPPEL · AKKORDARBEIT UND ARBEITER-BEWEGUNG



**AKKORDARBEIT** ist Mordarbeit: Das war und ist zunächst weiter nichts als ein eindrucksvolles und beliebtes Schlagwort. Aber hinter Schlagworten, soweit sie sich lange Zeit unerschütterlich oder doch mit geringer Abschwächung erhalten, stecken gewöhnlich allgemeinere, obwohl vielleicht einseitige Beobachtungen und Denkergebnisse; etwa ähnlich wie in instinktiven Handlungen die Erfahrungen und Anpassungen ganzer vorangegangener und mitlebender Generationen zum Ausdruck kommen. Man soll also das volkstümliche Urteil über die Akkordarbeit nicht als vollkommen gleichgültig ansehen.

Man darf es aber erst recht nicht überschätzen. Denn neben der scharf verneinenden Theorie der Leitartikel und Versammlungen lief stets in breitem Strom eine überaus versöhnliche und anerkennende Praxis des wirklichen Arbeits- und Organisationslebens. Bei näherer Betrachtung wird man sogar finden, daß recht bedeutende Teile der deutschen und noch viel mehr der ausländischen Arbeiterbewegung nicht einmal mit der streng ablehnenden Theorie enger verbunden sein wollten, und die Praxis gestaltete sich in solchem Fall erklärlicherweise noch nachgiebiger.

Wer die Presse und Literatur, die Verhandlungen und Kämpfe der *ausländischen* Gewerkschaften aufmerksamer verfolgt, wird in der Tat sehr bald zu seiner Überraschung bemerken, daß hier *grundsätzliche* Verwahrungen, nach deutscher Art, gegen die unmittelbare Bestimmung des periodischen Lohnanspruchs nach dem sachlichen Arbeitsergebnis eine viel geringere oder so gut wie gar keine Rolle spielen, ja daß dem Stücklohn häufig ziemlich vorbehaltlos Vorzüge zugesprochen werden, vom Standpunkt des Arbeiterinteresses selber aus. Je nach den besonderen Berufen und Berufsarbeiten beurteilt man natürlich auch hier, seit jeher und immer von neuem, *von Fall zu Fall*, ob für die Sicherung eines angemesseneren Verhältnisses zwischen

Anstrengung und Entlohnung, für die Schaffung und Wahrung der Grundlagen der kollektiven Lohnregelung und noch für manche andere gebilligte und erstrebte Zwecke (die Güte des Erzeugnisses, beispielsweise die Solidität und Gefahrlosigkeit bei Bauten) der Zeit- oder der Stücklohn die zweckmäßigste oder unter Umständen die einzige befriedigende Handhabe bietet. Liebgewordene Überlieferungen und Gewohnheiten sind dabei neben den nackten Produktionsstatsachen niemals ganz ohne Einfluß. Aber im großen und ganzen kommt es niemandem in den Sinn als allgemeingültiges Prinzip die ausnahmslose Verneinung und Beseitigung des Leistungslohns verkünden zu wollen.

Für *Amerika* ist meines Wissens kein ernster Beobachter jemals zu einem andern Eindruck gelangt, aber zusammenfassendere Darstellungen stehen mir augenblicklich nicht zu Gebote. Für *England*, also für das kapitalistisch älteste Land und das gewerkschaftlich am längsten frei und selbständig sich betätigende Volk, liegen bei den Webbs und bei ihrem Nachfolger Cole die ausdrücklichen Bestätigungen dieser Auffassung vor. Bei den Webbs ist aus einer längeren Darlegung in der Hauptsache zu entnehmen:

»Bezeichnenderweise ist der Standardlohnsatz, an dem die große Mehrheit der Gewerkvereiner festhält, keine bestimmte Summe für die Stunde sondern eine Liste von Stücklohnpreisen. In welcher Ausdehnung diese Stücklohnlisten im Land in Kraft sind, ist wenig bekannt. Sogar Leute, die von den ausführlichen Tonnagesätzen der Eisenarbeiter, Stahlschmelzer und Kohlenbergleute und den komplizierten Listen der Baumwollindustrie gehört haben, die zusammen die Lohnzahlung eines Drittels der Gewerkereinswelt regeln, vergessen oft die zahlreichen anderen Gewerbe, in denen (wie bei den Schneidern, Stiefelarbeitern, Setzern, Böttchern, Korbmachern, Bürstenmachern) die von den Unternehmern und Arbeitern unterzeichneten, periodisch revidierten Preislisten schon seit Anfang des Jahrhunderts bestehen. In allen diesen Fällen nimmt der Standardlohnsatz die Form eines Schemas von Stücklohnpreisen an . . . Die folgende Tafel zeigt, daß eine große Mehrheit von organisierten Gewerben entweder an der Zahlung von Stücklöhnen festhält oder sie bereitwillig anerkennt [folgt eine eingehende Statistik, nach der 1894 49 Gewerkvereine mit 573 000 Mitgliedern »auf Stücklohn bestehen«, weitere 24 Gewerkvereine mit 140 000 Mitgliedern sowohl Stücklohn wie Zeitlohn »bereitwillig anerkennen«, während nur 38 Gewerkvereine mit 290 000 Mitgliedern vom Zeitlohn ausgehen] . . . In diesen Tabellen fällt uns vor allem auf, daß wir in den Gewerben, deren Arbeiter entweder durchaus auf Stückerarbeit bestehen oder sie bereitwillig annehmen, die reichsten und mächtigsten Gewerkvereine finden. Den Gewerkvereinen der Bergleute und Baumwollarbeiter, die gegen jeden Versuch Zeitlöhne einzuführen sofort streiken würden, kommt an Macht und Ausdehnung nur der der Kesselschmiede und Eisenschiffbauer gleich, die die Stückerarbeit für den größten Teil ihrer Lohnkontrakte zur Basis nehmen. Die Gewerkvereinsbeamten denken gar nicht daran gegen die Stückerarbeit zu protestieren . . . Es ist falsch zu behaupten, daß die Gewerkvereine sich gegenüber der Stückerarbeit als solcher ablehnend verhalten; tatsächlich nimmt die Majorität der Gewerkvereiner dieses Lohnzahlungssystem bereitwillig an oder verlangt es sogar entschieden.«<sup>1</sup>

**M**AS die mehr oder weniger bewußten Gegenströmungen in der deutschen Klassenbewegung der Arbeiter anlangt, so könnte man zunächst auf die früher und bis zur Gegenwart so überaus volkstümlichen Vorstellungen über die Abfindung der Arbeiter in einer als Endziel vorschwebenden *sozialistischen Zukunftswirtschaft* hinweisen. Ob man hier, wie früher so häufig, mehr an Rodbertus oder Schäffle anknüpfte, oder ob man sich lieber in Marxscher Sprechweise

<sup>1</sup>) Siehe *Webb Theorie und Praxis der englischen Gewerkvereine I /Stuttgart 1898/*, Seite 252, 254, 256, 270. Weiter sehe man bei *Cole An Introduction to Trade Unionism /London 1918/* den Abschnitt *Standard rates and payment by results*, Seite 62 ff.

gefiel: empfehlenswert und vorbildlich schien immer wieder die Aufstellung eines stündlichen oder täglichen Leistungsdurchschnitts, verkörpert in einem materiellen Niederschlag, und Berechnung und Abstufung des Arbeitsentgelts je nach der geringern oder stattlichern Summe dieser tatsächlichen Ergebnisse, nicht nach den individuell aufgewendeten Zeiteinheiten. Die beste Verwirklichung des sozialistischen Gerechtigkeitsideals erblickte man durchaus nicht in der Vergütung nach der individuell verbrauchten Zeit sondern in der Proportionalität von sachlichem Arbeitsergebnis und Einkommenszuweisung. War zuweilen das Gerechtigkeitsgefühl, das Mitempfinden für die von Natur und in Erziehung Vernachlässigten, hiervon nicht ganz befriedigt, so trieben, wie man gern hervorhob, übergeordnete Zweckmäßigkeitserwägungen um so mehr zu einer gewissen Prämiiierung der Tüchtigen und Eifrigen und zur Anspornung des Leistungswetteifers. Die bekannten Marxschen, sich auf die Bildung des Warenwerts beziehenden Vorstellungen über die zur Produktion einer Ware im Durchschnitt notwendige Arbeitszeit, über die Höherwertung des Stunden- oder Tageserzeugnisses komplizierterer oder leistungsfähigerer Arbeit wurde fast immer auf die sozialistische Einkommensregelung übertragen gedacht: auf den qualitativ oder quantitativ leistungsfähigern Arbeiter sollte, seinem Produktionswert entsprechend, ein höherer Einkommenswert entfallen. Die Rodbertussche Normalarbeitstagsutopie war insoweit erst recht ein nach allen Seiten durchgeführtes Stücklohnsystem:

»Nachdem der normale Zeitarbeitstag in jedem Gewerk (respektive zu 6, 8, 10 oder 12 Zeitstunden) festgestellt worden, muß auch noch in jedem Gewerk das normale *Arbeitswerk* solchen Zeitarbeitstages festgesetzt werden, das heißt, muß diejenige Quantität Werk oder Leistung normiert werden, die ein mittlerer Arbeiter, bei mittlerer Geschicklichkeit und mittlerm Fleiß, während eines solchen Zeitarbeitstages in seinem Gewerbe zu liefern imstande ist. Diese Quantität Werk oder Leistung repräsentierte in jedem Gewerk das gleiche normale Arbeitswerk eines normalen Zeitarbeitstages und konstituierte damit auch in jedem Gewerk den normalen *Werkarbeitstag*, mit anderen Worten wäre das, was jeder Arbeiter eines Gewerks in seinem normalen *Zeitarbeitstage* liefern müßte, damit er einen *vollen Arbeitstag*, das ist einen normalen *Werkarbeitstag* bezahlt oder bescheinigt erhielte. Hätte er in dem vollen normalen Zeitarbeitstage seines Gewerks doch nur das halbe normale Tageswerk geleistet, so würde er auch nur einen halben normalen *Werkarbeitstag* gelohnt bekommen; hätte er anderthalb Normalwerk darin geliefert, so würde er auch anderthalb Tage gelohnt bekommen . . . Ein normaler *Werkarbeitstag* nimmt das Prinzip des Stücklohns in sich auf.«<sup>2</sup>

Mit den weitergreifenden Rodbertusschen Illusionen und Projekten hat die deutsche Sozialdemokratie niemals das geringste gemein gehabt; die vorgeschlagenen Bemessungen und Abstufungen des Arbeitseinkommens waren ihr jedoch, ähnlich wie die gleichartigen Ausmalungen Schöffles, in seiner Quintessenz und seinem Bau und Leben durchaus geläufig und sympathisch und dienten ihr sogar lange Zeit als Unterlage für die eigenen Zukunftsschilderungen. Alle damaligen Entwürfe von sozialistischen Utopieen schwelgten förmlich in den wagehalsigsten Tüfteleien, wie, in unverkennbarer Verallgemeinerung und Verklärung des Akkordlohnprinzips, Produktenwerte und Arbeiterguthaben und -einkommen restlos genau in Einklang zu setzen seien.

Ein Nachklang dieser geistig eigentümlich belebten, im wesentlichen versunkenen Zeit ist es, wenn Gewerkschaftsblätter noch immer gar nicht selten die verhängnisvollen Wirkungen der Akkordarbeit in der kapitalistischen

2) Siehe *Rodbertus-Jagetzow Briefe und sozialpolitische Aufsätze II* /Berlin 1881/, Seite 554 ff.



Gegenwart den befriedigenden und entwicklungsfördernden Folgen in der werdenden sozialistischen Wirtschaftsordnung schroff gegenüberstellen:

»Es läßt sich sehr wohl denken, daß ein Lohnsystem, das unter der Alleinherrschaft des Unternehmertums in den Arbeitsbetrieben im höchsten Grade verdammenswert war, unter veränderten Verhältnissen, zumal wenn das weitestgehende Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in Betriebe durchgeführt worden ist, ganz anders beurteilt werden muß. Eine grundlegende Veränderung im Wesen unserer Wirtschaftsweise bringt notwendigerweise auch eine Veränderung des Lohnsystems mit sich. Darüber kann bei verständigen Menschen gar kein Zweifel bestehen, daß die Akkordarbeit, die früher eine Schädigung der Arbeiterinteressen bedeutete, zu einem Segen werden kann, wenn unser wirtschaftliches Leben im Sinne des Sozialismus und der Demokratie neu geregelt worden ist.«<sup>3</sup>

Manches an dieser Unterscheidung ist unbestreitbar richtig. Ein zu höheren Arbeitsleistungen anspannendes »Lohnsystem« (man gestatte die gleiche Bezeichnung für 2 an sich wesensungleiche Wirtschaftsvorgänge) wirkt zweifellos vollkommen anders: solange Arbeiter willkürlich gegeneinander ausgespielt werden können, solange unter dem Druck schrankenloser Schleuderkonkurrenz seitens der Arbeiter höhere Arbeitsleistungen und Wertschöpfungen ausschließlich oder in erster Linie dem Mehrwert des Kapitals zugute kommen; oder wenn die Mehrleistung, wie in der sozialistischen Idealvorstellung, allein oder überwiegend dem Arbeitseinkommen zufließt.

Von der alten zur neuen Sozialordnung führt jedoch, wie man mehr und mehr in allen Parteirichtungen zugesteht, kein plötzlicher, toller Riesensprung, sondern eine lange Stufenreihe von allmählichen, obwohl zeitweise außerordentlich beschleunigten Übergängen, die durchzusetzen Aufgabe der Gewerkschaften ist. Mit wachsender gewerkschaftlicher Organisation wird es offensichtlich immer schwieriger und mit der Zeit ganz unmöglich Arbeiter durch Arbeiterschleuderkonkurrenz schachmatt zu setzen; Produktivitätssteigerungen brauchen keineswegs mehr in Arbeiterentlassungen zu enden, und Produktionsmehrleistungen können recht wohl den arbeitenden Massen ganz oder zum Teil zugelenkt werden. Muß oder vielmehr *kann* in dieser Übergangszeit die Stellungnahme zur Akkordarbeit die alte bleiben? Liegt es nicht nahe, daß mit dem anschwellenden Einfluß der Arbeiter viele Gefahren und Befürchtungen wie von selber verschwinden werden?

**S**CHON lange und bis zu einem gewissen Grad seit Anbeginn steht daher die gewerkschaftliche Praxis auch in Deutschland mit der grundsätzlichen Kriegserklärung gegen die Akkordarbeit keineswegs in vollem Einklang, und vielfach verweigert man heute sogar dem traditionellen Schlagwort auch in der deutschen Arbeiterbewegung jede Reverenz.

Daß der 1. Gewerkschaftskongreß 1892 in Halberstadt einer Resolution aus Tabakarbeiterkreisen: die Forderung der möglichsten Beseitigung der Akkordarbeit in alle Statuten der einzelnen Organisationen aufzunehmen, ohne jede Debatte zustimmte, wissen wohl die wenigsten Gewerkschaften noch, obwohl der Beschluß formell noch heute gültig sein mag. Huldigen Gewerkschaften heute noch auf der 1. Seite ihrer Fachblätter in Leitartikeln dem alten Programmpunkt, so schließt dies durchaus nicht aus, daß sie auf der 2. und 3. Seite triumphierend Tarifverträge abdrucken, die (kollektive

<sup>3</sup>) Siehe den Leitartikel der Deutschen Böttcherzeitung vom 22. November 1919: Die Akkordarbeit früher und jetzt. Den auch sonst ganz interessanten Artikel brachten zu gleicher Zeit verschiedene Gewerkschaftsblätter, so der Töpfer vom 1. November 1919.

Abkommen der Tabakarbeiter nicht ausgeschlossen) ganz und gar auf dem Akkordsystem aufgebaut sind. Die Buchbinder sind gewiß radikal und haben Leitung und Verwaltung nach Kräften gereinigt, aber an ihren Tarifverträgen merkt man dies nicht: sowohl im eigentlichen Buchbindergewerbe wie in der Kartonnagenindustrie machen die Akkordarbeiter nach wie vor einen ganz erheblichen Prozentsatz aus. Ähnlich liegt es bei den Schneidern, bei den Textilarbeitern, bei denen, wie ihr Fachorgan am 26. August 1921 mitteilte, »auch heute noch mit wenig Ausnahmen im Akkord gearbeitet wird«. Hue wies für die Bergarbeiter vor 2 Jahren fast mit einer Art Entrüstung zurück, daß sie die Akkordarbeit abgeschafft hätten und nicht mehr im Akkord arbeiten wollten.<sup>4</sup>

Große, umsichtig geleitete Gewerkschaften wie die der Holzarbeiter und der Fabrikarbeiter beschränken daher den Kampf gegen die Akkordarbeit mit voller Überlegung auf Gebiete, wo die Arbeitstreiberei bestimmte Gefahren erzeugt, für die ein anderes Gegengewicht bislang noch nicht gefunden ist. Die Holzarbeiter bezeichnen die Akkordarbeit an den unfallhochgefährlichen Holzbearbeitungsmaschinen besonders für weibliche und jugendliche Arbeiter als bedenklich. Andererseits schrieb Fr. Fischer /Stuttgart/ über die normaleren Arbeitsverhältnisse im Tischlergewerbe:

»Die Frage, ob Lohn- oder Akkordarbeit die vorteilhafteste Entlohnungsform sei, hat in der Gewerkschaftsbewegung immer eine große Rolle gespielt. Solange die Organisationen noch schwach waren, hatten sie wenig oder gar keinen Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, so daß die Höhe der Akkordpreise fast ausschließlich vom Unternehmer oder dessen Beauftragten bestimmt wurde. Das Schlagwort "Akkordarbeit ist Mordarbeit" war tatsächlich die richtige Bezeichnung dieser Entlohnungsform . . . Welche Umwälzung hat sich auf diesem Gebiet durch zähe Gewerkschaftsarbeit vollzogen. Die §§ 30 bis 38 des Reichsmantelvertrags brachten für ganz Deutschland die Akkordverhältnisse in bestimmte Formen . . . Die Akkordarbeit soll und darf nicht eine Entlohnungsform sein, bei welcher in hartem Konkurrenzkampf unter den Arbeitern selbst dem Unternehmer Gelegenheit gegeben wird die Löhne zu drücken. Mit Genugtuung können wir konstatieren, daß die Akkordkommissionen in vielen Betrieben dieser Aufgabe in mustergültiger Weise gerecht wurden. Das Schlagwort "Akkordarbeit ist Mordarbeit" hat seine Berechtigung verloren. Die Akkordarbeit ist vielmehr, dank der gewerkschaftlichen Schulung unserer Kollegen, zur gerechten Entlohnungsform geworden.«<sup>5</sup>

Ähnlich haben die Fabrikarbeiter für die chemische Industrie ihre Sonderbedenken, die sie in durchaus sachlicher, eine Verständigung nicht ausschließender Weise vertreten. Sonst ist der Akkordarbeit in den Tarifverträgen dieser wichtigen und eigenartigen Gewerkschaft ein umfassendes Wirkungsfeld eingeräumt, und ihr Gewerkschaftsorgan wandte sich wiederholt offen gegen die grundsätzliche Verneinung des Leistungslohns:

»Durch die Revolution haben die Arbeiter und ihre Organisationen größeren Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse gewonnen. Wenn durch diesen Einfluß die oben gekennzeichneten Auswüchse und Schäden der Akkordarbeit ausgeschaltet werden können, liegt kein Grund vor die Akkordarbeit grundsätzlich abzulehnen. Da es im Interesse der gesamten Volkswirtschaft liegt die Arbeitsleistung zu steigern, und die Arbeiter ein Interesse daran haben ohne Überanstrengung ihrer Körperkraft ihren Lohn über den Durchschnitt hinauszuhoben, was nur durch Akkordarbeit möglich sein dürfte, fallen die Interessen der Arbeiter mit denen der Allgemeinheit zusammen. Diese Erkenntnis hat sich auch in der Nachkriegszeit durchgerungen; denn die Akkordarbeit nimmt bereits wieder einen breiten Raum in der Produktion ein.«<sup>6</sup>

4) Siehe Hue Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Bergbau, in der Neuen Zeit, 1919-1920 I, Seite 473 ff.

5) Siehe Fischer Etwas über Akkordarbeit, in der Holzarbeiterzeitung vom 29. Juli 1922.

6) Siehe Akkord- und Prämienarbeit in der chemischen Industrie, im Proletarier vom 25. Februar 1922.

»Es ist richtig, daß in der Vorkriegszeit die Gewerkschaften sich im allgemeinen ablehnend gegen die Akkordarbeit verhielten. Das hatte aber seine guten Gründe. 1. hatte damals die Arbeiterschaft wenig oder gar nichts mitzureden bei der Festsetzung der Akkordlohnsätze, und 2. hatten wir auf fast allen Gebieten der Warenherzeugung Vorräte aufgehäuft. Heute ist das wesentlich anders. Wir haben Mangel an Gütern überall, haben aber auch die Möglichkeit und das Recht sowohl das bei Akkordarbeit zu leistende Arbeitsquantum als auch die Höhe des Akkordlohnes mitzubestimmen. Die ganze Akkordfrage ist also unter ganz anderen Gesichtspunkten zu betrachten als früher . . . Wir kommen also zu dem Schluß: Die Akkordarbeit prinzipiell abzulehnen ist falsch, weil 1. nicht jede Akkordarbeit für die Arbeiterschaft nachteilige Folgen hat, weil 2. viele Arbeiter nicht gewinnen sondern verlieren würden, und weil 3. gegenwärtig Warenmangel auf allen Gebieten herrscht. Dagegen wäre die Akkordarbeit grundsätzlich abzulehnen überall dort, wo sie Leben und Gesundheit der Arbeiterschaft bedroht, und dann, wenn sie (in bestimmten Berufsweigen) die Arbeitslosigkeit fördert.«<sup>7</sup>

Selbst im Reichsrahmentarif für die chemische Industrie lautet deshalb der § 8 durchaus versöhnlich und entgegenkommend: wo die Akkordarbeit Gefahren für die Gesundheit in sich birgt, dürfe sie »nur mit Zustimmung der gesetzlichen Vertretung der Arbeiterschaft« geleistet werden.

Wie weit im Wandel der Zeiten und Umstände die Emanzipation von dem alten, dereinst fast souverän herrschenden Schlagwort innerlich fortgeschritten ist, ließ sich zuweilen aus an sich nebensächlichen Äußerlichkeiten schließen. Konnte doch das Landarbeiterorgan bereits an leitender Stelle ruhig schreiben: der Stücklohn sei »von jeher die gerechteste Entlohnungsform für den Arbeitnehmer gewesen«; was früher angesichts vorübergehender Auswirkungen gegen den Akkordlohn mit Recht hätte gesagt werden können, »das fällt jetzt vollkommen weg«.<sup>8</sup> Und es kam sogar vor, daß linksstehende Blätter allen Zweifeln, ob Deutschland trotz allen Reparationsmehrleistungen zurzeit mit dem Achtstundentag auszukommen vermöge, bedenkenlos mit dem Einwand begegneten: die Akkordarbeit verbürge durchaus die notwendige Intensivierung der Arbeit, die Gleichleistung bei verminderter Arbeitszeit.<sup>9</sup> Früher hätte sich eine solche Entgleisung, wenn sie überhaupt denkbar gewesen wäre, furchtbar gerächt; diesmal gaben verschiedene Parteiblätter die Beweisführung, deren (in bestimmten Grenzen) berechtigter Kern nicht zu verkennen ist, zustimmend in aller Seelenruhe wieder. Schlicke, allerdings nicht als Leiter des Metallarbeiterverbands sondern in seiner Verdorbenheit und Verworfenheit als Reichsarbeitsminister, befürwortete schon 1919 die allgemeine Einführung der Akkordarbeit als Mittel zur Hebung der Produktion. Sogar die Sozialisierungskommission des Reichs empfahl für die dringende Reorganisation des verlotterten Eisenbahnbetriebs: »Prämien und Akkorde sind weiter auszubauen.«<sup>10</sup>

**N**UR leise jedoch klingt, wie schon das oben Gesagte ergibt, in der gewerkschaftlichen Stellungnahme zur Akkordarbeit die große, heute über Deutschlands Schicksal endgültig entscheidende *Produktionsfrage* wieder. »Da es im Interesse der gesamten Volkswirtschaft liegt die Arbeitsleistung zu steigern . . . wir haben Mangel an Gütern überall«, hieß es bei den Fabrikarbeitern. Die Landarbeiter betonten mitunter lebhaft ihre Aufgabe die deutsche Agrar-

<sup>7</sup> Siehe den Leitartikel des Proletariats vom 3. Januar 1920: Zur Frage der Akkordarbeit.

<sup>8</sup> Siehe Stücklohn oder Zeitlohn?, im Landarbeiter vom 21. November 1919.

<sup>9</sup> Siehe *Büchel* Sozialdemokratie und Achtstundentag, in der Chemnitzer Volksstimme vom 25. und 28. April 1922.

<sup>10</sup> Siehe *Schippel* Die Eisenbahnfrage, in den Sozialistischen Monatsheften, 1922 I, Seite 83 ff.

produktion bis in die Nähe der Selbstversorgung zu steigern und die dafür geeignetste Lohnform\* zur Anerkennung und Anwendung zu bringen:

»Diese wünschenswerte Entwicklung der Lohnformen in der Landwirtschaft läßt die Einführung des Akkordlohns im persönlichsten Interesse des Arbeiters erscheinen.«<sup>11</sup>

Dieses Produktionsinteresse ist bei unseren Gewerkschaften erst im allmählichen Erwachen und Sichdurchringen, und doch sollte es bei unseren verzweifelten deutschen Zuständen längst im Vordergrund stehen, nicht nur bei den Fragen des Lohnsystems. Wie will man als berufenste Vorkämpfer der Wirtschaftsdemokratie an der Produktionsgestaltung mitwirken, wenn man die Grundlinien unserer jüngsten unglückseligen Produktionsentwicklung noch nicht einmal klar erkennt? Was helfen zuletzt alle Künste und Klügeleien der Verteilungspolitik, der Auseinandersetzungen des Lohns mit dem Mehrwert, wenn man, das Kapital so gut wie die Arbeit, bald nichts mehr zu teilen haben wird außer dem gemeinsamen Schicksal der verschiedenen Klassen aller niedergehenden Völker? Was besagt, für das Kapital wie für die Lohnarbeit, der größere oder kleinere Einkommensanteil, wenn die Gesamtproduktion, aus der allein der persönliche Verbrauch neben der Produktionserneuerung und -erweiterung gespeist werden kann, zu einer mitleiderregenden Karikatur des ehemaligen Gedeihens entartet und zusammenschrumpft?

Ein Volk, das fast 4 Jahre nach dem Kriegsende so gut wie keine Arbeitslosigkeit und Brachlegung der Arbeitskräfte kennt und das (nach Berücksichtigung aller Gebietsverluste) dennoch kaum viel über die Hälfte seiner frühern Friedensproduktion schafft<sup>12</sup>, kann sich in seiner Not und Erschütterung nicht in erster Linie auf die Unfähigkeit und den frevlen Leichtsinns seiner ehemaligen politischen Oberschicht berufen, und ebensowenig auf die hemmenden Ketten seiner Friedensverträge und auf Nücken und Tücken seiner Dränger. Es steht eben entweder unmittelbar vor einer ungeheuren innern Umkehr und Erneuerung, vor einem Sichaufraffen zu vollkommen veränderter Arbeits- und Produktionsauffassung, oder es taumelt rettungslos seinem Untergang entgegen.

Gelangen wir in Deutschland wieder zu anderen Arbeitsleistungen, so wird wahrscheinlich der Leistungslohn (payment by results nennen es die Engländer ebenso unbefangen wie bezeichnend) diese Entwicklung nach aufwärts beschleunigen helfen.



11) Siehe den in Note 8 erwähnten Artikel.

12) Siehe Schippel Der Produktionsverfall Deutschlands, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, Seite 713 ff. Zu dem dabei erwähnten Artikel Heims Volk in Not!, in der Vossischen Zeitung vom 17. Juli 1922, ist unterdes ein ebenso charakteristischer Artikel Gotheins getreten: Die Forderung der Stunde, im Berliner Tageblatt vom 24. und 25. August 1922. Manchen Leser wird hier der Hinweis verblüfft haben, daß das selbe Deutschland, dessen Kohlenbilanz nach außen hin vor dem Krieg mit etwa 400 Millionen Goldmark im Jahr aktiv war, im letzten Juni und Juli wahrscheinlich 40 und 45 Millionen (Goldmark) allein an England für Steinkohlen bezahlen mußte, wegen unseres Förderungsverfalls. »Die Ablehnung unseres Stundungsgesuches bezüglich der Julirate der Reparationszahlungen von 32 Millionen Goldmark (eigentlich 50 Millionen: 18 waren auf ausgeführte Sachleistungen verrechnet) hat den katastrophalen Sturz unserer Valuta hervorgerufen. Aber die Bezahlung von 40 bis 45 Millionen für englische Steinkohle übt genau dieselbe Wirkung auf die fortschreitende Entwertung aus. Ja, eigentlich eine noch schlimmere, da Hand in Hand mit unserer ungenügenden Kohlenversorgung die Leistungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie auf dritten Märkten zurückgeht.« Am 31. August ließ auch der Wirtschaftspolitische Ausschuß des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats »einstimmig« einen Notschrei über Deutschlands Produktionsverfall in die Öffentlichkeit gehen.

# WILHELM ENGLER · DER DEUTSCHE PARTIKULARISMUS UND DAS DEUTSCHE REICH

**N**ACH der Ermordung Rathenaus erkannte die große Mehrheit des deutschen Volkes, daß nicht nur der Bestand der deutschen Republik und das Leben ihrer Repräsentanten bedroht seien, sondern darüber hinaus der Bestand Deutschlands als Kultur-nation. Bis weit in die Kreise der Rechtsparteien hinein verschloß man sich daher nicht der Notwendigkeit Maßnahmen gegen die Mörderorganisationen zu billigen. Aber auch in diesem Moment der Gefahr offenbarte sich der deutsche Zersplitterungsgeist. Nicht nur in Bayern, auch in anderen Ländern waren Wächter auf ihren Posten, um die Hoheitsrechte der Länder zu schützen. Es besteht aber ein großer Unterschied zwischen den Föderalisten in den nichtbayrischen Ländern und den Partikularisten Bayerns. Die Verhandlungen über die Gesetze zum Schutz der Republik haben gezeigt, daß man in allen Ländern, bei aller föderalistischen Gesinnung, in Zeiten der Not bereit ist die Reichsinteressen über alles andere zu stellen. In Bayern aber stellen die maßgebenden Kreise ihre politischen Interessen und Ziele über das Reichsinteresse, und bei vielen Bayern fällt es einem schwer den Versicherungen ihrer Reichstreue Glauben zu schenken.

Die Vorgänge in Bayern können nur richtig verstanden werden, wenn man etwas weiter zurückgreift. Die bayrische Dynastie hat im Lauf der Jahrhunderte dem Reich immer und immer wieder Schwierigkeiten bereitet. Die bayrischen Herrscher trachteten immer nach einer dominierenden Stellung in Deutschland und waren somit die Rivalen der Habsburger und der Hohenzollern. Der Verlauf des Krieges von 1866 hat das bayrische Selbstgefühl tief verletzt, weil der Preuße, der in bayrischen Erzählungen und Witzen immer der Unterlegene ist, diesmal obenauf war. Bei der Reichsgründung machte der bayrische König nur widerwillig mit, und er sicherte sich allerlei Reservatrechte. Unter dem Schlagwort "Gegen Preußen!" wurde auch nach 1871 Stimmung gegen das Reich gemacht. Ich weiß aus meinem mehrjährigen Aufenthalt in Bayern, wie dort in Wort und Schrift alles Preußische herabgesetzt wurde. Auch unsere Genossen haben es nicht immer verschmäht in Volksversammlungen mit einigen gegen Preußen gerichteten Sätzen die Stimmung etwas zu verbessern. Unsere Genossen meinten natürlich das "junkerliche" Preußen, den "Hort der Reaktion"; die anderen meinten das Preußen, aus dem die sozialistischen und gewerkschaftlichen "Hetzer" kamen. Die Ausbreitung der Gewerkschaften fand in Bayern ein großes Hindernis an der Tatsache, daß die zentralen Spitzen der Gewerkschaften fast alle in Preußen ihren Sitz hatten. Keine Partei, auch nicht die sozialdemokratische, machte in Bayern Reichspolitik. Alle bürgerlichen Parteien ließen sich von preußenfeindlichen Strömungen treiben. Unter den Katholiken wurde der Preußenhaß noch durch den in Preußen geführten Kulturkampf verstärkt. Das bayrische Volk wurde in den Glauben versetzt und in diesem Glauben immer mehr bestärkt, daß Bayern durch den Anschluß an das Reich große Opfer gebracht hätte und immerfort bringe. Bayern mußte preußisch werden, damit die Preußen "etwas zu fressen" haben. Im Volk erzählte man sich, dem König Ludwig sei versprochen worden, es würde mit der Kaiserwürde in Deutschland abgewechselt werden, und Bayern sei dann

um diese Würde betrogen worden; selbst der Tod dieses Königs wurde mit dieser Sache in Verbindung gebracht. Niemals, auch heute noch nicht, hört man etwas davon, daß Bayern erst mit der Reichsgründung seinen wirtschaftlichen Aufschwung nehmen konnte. Für alle unangenehmen Erscheinungen wurde Preußen, und mit ihm das Reich, verantwortlich gemacht. Alles, was vom Reich kam, wurde herabgesetzt. So die Sozialgesetzgebung; man hat seinerzeit Bauern und Handwerker gegen die Arbeiterversicherung aufgehetzt. Bayern hatte und hat noch immer die Führung gegen alle Einheitsbestrebungen in Deutschland. Die blinde Voreingenommenheit gegen Berlin geht nun so weit, daß man in Bayern heute den Berlinern von gestern die Führung gegen die jetzige Berliner Regierung überantwortet, ohne zu merken, daß es die gleichen Leute sind, auf die man früher so kräftig geschimpft hatte. Den Berlinern zum Trotz wurde Bayern wieder monarchistisch. Die preußischen Monarchisten, die sich unter dem Schutz der bayrischen Regierung so wohl fühlen, brauchen nur zu sagen, es handle sich um die bayrischen Reservatrechte, und sie haben die Unterstützung dieser Kreise. Leider hat der Konflikt mit Bayern so geendet, daß er für das Reich einer verlorenen Schlacht gleichkommt. Die bayrischen Regierungskreise haben sich mit der gewonnenen Schlacht begnügt, weil ihnen der Zeitpunkt für die endgültige Auseinandersetzung nicht günstig erschien. Ich will die Reichstreue des Grafen Lerchenfeld nicht anzweifeln, aber er war in diesem Kampf nicht der Führer sondern der Getriebene, der vielleicht nur deshalb auf dem Posten blieb, um Schlimmeres zu verhindern. Die Treiber waren die Monarchisten; monarchistische Blätter, wie die Süddeutsche Zeitung, haben den Ausgang auch als Sieg gefeiert. Der Ausgang der Sache muß nicht nur alle Republikaner sondern alle, denen die Einheit des Reichs am Herzen liegt, mit tiefem Bedauern erfüllen. Der Vorgang zeigt uns aber auch die nationale Unzuverlässigkeit der Rechtsparteien. Wie hätten diese über Vaterlandsverrat geschrien, wenn wir etwa im August 1914 die Umwandlung der monarchischen Staatsform in die republikanische verlangt hätten. Sie aber scheuen sich nicht, den Kampf für ihre monarchistischen Ziele zu einer Zeit zu führen, wo der Bestand des Reichs nicht viel weniger in Gefahr ist als 1914, wo das Deutsche Reich unter einer so starken außenpolitischen Spannung steht, daß es einen Kampf im Innern nicht führen kann. Ihre parteipolitischen Ziele stehen ihnen offensichtlich höher als das deutsche Vaterland. Von der Regierung Kahr wurde die reichsfeindliche Agitation etwas mehr, von der jetzigen Regierung etwas weniger gefördert. Bei der so erzeugten Stimmung hatte die bayrische Regierung immer ein Pressionsmittel zur Hand, um in Berlin die eigenen partikularistischen Forderungen durchzusetzen, und im Land konnte man für alle Schwierigkeiten die Reichsregierung verantwortlich machen. Auch die jetzige bayrische Regierung setzt sich in ihrer Mehrzahl aus Monarchisten und bayrischen Separatisten zusammen. Man kann doch nicht annehmen, daß sie nicht sieht, welche Gefahren sie für das Reich heraufbeschwört.

Die jetzige bayrische Regierung hat die Stimmungsmache gegen das Reich auch dadurch gefördert, daß sie gar nichts getan hat, um dem bayrischen Volk zum Bewußtsein zu bringen, welche Vorteile es von seiner Zugehörigkeit zum Deutschen Reich hat. Daß Bayern nur wenig Nahrungsmittel an andere deutsche Länder abgibt, sei hier nur festgestellt. Ebenso die Tatsache, daß die Sommergäste jedes Jahr ein hübsches Stück Geld in Bayern

lassen; an manchen Orten würde es lange Gesichter geben, wenn die einmal ausblieben. Bayern hat seit dem Krieg große Straßenbauten und Kulturarbeiten ausgeführt, die nicht ausgeführt worden wären, wenn nicht das Reich Hunderte von Millionen an Zuschüssen in Form von produktiver Erwerbslosenfürsorge gegeben hätte. Bayern könnte ebensowenig wie Baden seine großen Kraftwerkbauten ausführen, wenn nicht auch in Norddeutschland für Hunderte von Millionen Obligationen gekauft werden würden. Ohne die weitgehende finanzielle Hilfe des Reichs könnte weder der Neckar noch der Main schiffbar gemacht werden. Diese Leistungen des Reichs werden in anderen Ländern anerkannt, in Bayern aber von allen maßgebenden Kreisen und der Presse totgeschwiegen. So etwas darf eben der Bayer nicht wissen. Ein Schweizer hat kürzlich ganz richtig geschrieben, man riskiere eine Tracht Prügel, wenn man echte Bayern darauf hinweise, daß Bayern in seiner Versorgung mit Kohle und Eisen doch auf Preußen angewiesen sei. Diese Stimmungsmache, Taktik der Beeinflussung und Verschweigung hat dahin geführt, daß weite Kreise der bayrischen, namentlich der südbayrischen Bevölkerung vom Reich hinweg wollen. Das zeigt sich jetzt deutlich in der Agitation gegen die mit dem Reich getroffene Vereinbarung. Die gründliche Auseinandersetzung mit Bayern, der diesmal noch ausgewichen wurde, wird daher dem Reich nicht erspart bleiben.

Die Sonderstellung, die Bayern in so vielen Dingen einnimmt, wird auch für die anderen Länder mit der Zeit unerträglich. Bayern will im Reich, in allen Dingen, die alle angehen, ein kräftiges Wörtlein mitreden, wo etwas zu vergeben ist, will es sein gutes Teil, in Bayern aber soll keine Reichsinstanz etwas zu sagen haben, auch nicht beim Bau der Wasserstraßen, obwohl das Reich den größten Teil der Finanzlasten zu tragen hat. Die Verwaltung der Eisenbahnen hat sich Bayern auch vorbehalten, nur das Defizit hat das Reich zu tragen. Der Standpunkt Bayerns schafft dem Reich auch in den anderen Ländern Schwierigkeiten. Denn schließlich wollen diese dem Reich auch nicht mehr geben als Bayern. Bayern ist der Stützpunkt für alle partikularistischen Bestrebungen, und neben Bayern ist aus dem letzten Konflikt auch der dem Reich abträgliche Partikularismus (der nicht mit dem föderalistischen Gedanken zu identifizieren ist) Sieger geblieben.

**W**ER sich mit der Geschichte des deutschen Volkes beschäftigt, wird immer wieder auf die Tatsache stoßen, daß die innere Zerrissenheit zu allen Zeiten Unglück brachte und vorhandenes Unglück verschärfte. Im Volk wollte sich, abgesehen von bestimmten kleinen Schichten, ein deutsches Nationalgefühl nicht so recht entwickeln. Daher überließ man die Führung der deutschen Geschichte, das deutsche Land selber, wie Heine mit allzu viel Recht spottete, der »sanften Hut von 36 Monarchen«. Den Fürsten aber stand ihre Selbständigkeit höher als das Reichsinteresse. Daher konnte im Zentrum des Festlands kein starkes Deutschland erstehen. Lange vor England hatten sich die Hansestädte auf friedlichem Weg Weltgeltung verschafft. Dieser vielversprechende Anfang für einen Welthandel, der Deutschland zum größten Kolonial- und Handelsstaat hätte machen können, fand aber keinen Rückhalt an dem dynastisch zerrissenen Deutschland, das so hinter das kleine Holland zurücktreten mußte. Erst unter dem Druck der wirtschaftlichen Entwicklung kam 1871 ein Deutsches Reich zustande, und dieses

auch wieder unter Ausschluß der Deutschösterreicher. Das neue Reich war ein Fürstenbund mit all seinen Mängeln, der wieder kein richtiges Nationalgefühl aufkommen ließ. Die Reichsangehörigen waren eben nicht Reichsbürger sondern Bürger in irgendeinem Bundesstaat; man war nicht Deutscher sondern Preuße, Sachse, Hamburger, Bayer. Man versuchte den Partikularismus der Einzelstaaten mit der Verschiedenheit der Stammeseigenschaften, der Kultur, mit historischen Rechten und dergleichen zu begründen. Mit Unrecht. Die Stammesdifferenziertheit kann den Partikularismus nicht rechtfertigen. Wo ist denn ein rassenreiner Bundesstaat, oder wo ist ein Volksstamm ganz in einem Bundesstaat zusammengefaßt? Bei Württemberg kann man noch am ehesten von Stammeseinheit sprechen, aber auch dort gibt es Franken und Allemannen. Und Schwaben gibt es die Menge in Bayern, zum Teil geben sie sich als "echte Bayern". Dort gibt es aber außer den Bayern und Schwaben auch Franken. In dem kleinen Baden gibt es Allemannen, Franken und Schwaben. In Mittel- und Norddeutschland ist das Durcheinander nicht geringer. Die Grenzen zwischen den Stammesgebieten sind meistens verwischt, und wenn man von Dialektunterschieden absieht, bestehen in der Hauptsache eingebildete und durch die staatliche Trennung anezogene Unterschiede. Schon bei der Völkerwanderung, später in den vielen Kriegszügen und nicht zum wenigsten durch die Ab- und Zuwanderung sind die Stämme so vermischt, daß nirgends ein reiner Stamm zu finden ist. Kulturelle Unterschiede bestehen; aber sie kommen weniger aus den Stammeseigentümlichkeiten als aus der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung, die eben durch die staatliche Zerrissenheit verschieden war. Die Geschichte lehrt uns, auf jedem Blatt, daß durch die staatliche Zerrissenheit große Gebiete nicht nur politisch von Deutschland getrennt wurden sondern dem Deutschtum ganz verloren gingen. Die deutsche Nation als Ganzes zusammengefaßt wäre stark genug gewesen sich zu behaupten und durchzusetzen. Statt aber die Deutschen zu einigen, hat man fremde Völker zu unterjochen versucht. Es besteht in Deutschland zwischen einem Nord- und Süddeutschen kein größerer Unterschied als zwischen einem Bretonen und einem Südfranzosen. Die Franzosen haben trotzdem einen Nationalstaat, und der einzelne Franzose hat einen nationalen Charakter, der auch in der größten wirtschaftlichen Not nicht wankend wird. Auch die Italiener haben in wenigen Jahrzehnten aus staatlicher Zerrissenheit einen festgefühten Nationalstaat geschaffen. Die Deutschen aber lernen weder aus der Geschichte noch aus den Ereignissen der Gegenwart. Sonst wäre nach dem Krieg mit den dynastischen Einrichtungen gründlich aufgeräumt worden.

Die größte Stärkung hat in der sogenannten Revolutionszeit der Partikularismus allerdings durch die politische Unkultur erfahren, die in Berlin von den Unabhängigen und Kommunisten zutage gefördert wurde. Leider hat vor allem Eisner in München partikularistische Politik gemacht. Und unsere Genossen in den Landesregierungen, besonders in der preußischen, haben auch nicht immer die richtige Reichspolitik getrieben. Der Zeitpunkt, wo man mit einem Schlag und mit Zustimmung der großen Mehrheit des Volkes ein einheitliches Deutsches Reich hätte schaffen können, wurde verpaßt. Jetzt müssen andere Wege gegangen werden. Aber nicht die Wege, die der § 18 der Reichsverfassung zeigt. Es ist ein unglücklicher Gedanke die notwendige Neugliederung des Reichs durch Volksabstimmungen vornehmen zu lassen. Man stelle sich vor, welches Maß von Verhetzung allein in das



niedersächsisches Gebiet getragen würde, wenn man darüber abstimmte, ob Hannover wieder ein selbständiges Land mit Staatshoheit werden soll, ob Braunschweig, Oldenburg, Bremen selbständig bleiben, oder ob sie zu Hannover oder zu Preußen kommen sollen. Da müssen doch die einen kräftig auf Preußen schimpfen, die anderen auf Hannover, die dritten die Bedeutung ihrer bisherigen Staaten hervorheben. Von dieser Agitation würden dann wahrscheinlich auch noch die beiden lippischen Staaten und das zwischen herum liegende preußische Gebiet erfaßt werden. Infolge des ungeschickten Verhaltens des preußischen Staates dem Stadtstaat Hamburg gegenüber würde eine preußenfeindliche Agitation auch dort Boden finden. Nachher könnte der Tanz in Hessen-Nassau und anderen Gebieten losgehen. In all den neugegründeten Staaten müßten dann, um ihre Notwendigkeit zu beweisen, Unterschiede geschaffen werden. Statt zur Einheit würden wir immer weiter auseinanderregiert. Aufgabe der Sozialdemokratie ist es in nachhaltiger, unausgesetzter Agitation den Reichsgedanken zu stärken, immer weitere Schichten dahin zu bringen, daß sie sich zuerst als Deutsche und nochmals als Deutsche und dann erst als Angehörige eines Landes fühlen. Dann wird es möglich sein immer mehr die Gesetzgebung durch das Reich auszuüben. Das Landesrecht wird immer mehr hinter das Reichsrecht zurücktreten. Dadurch wird auch eine immer größer werdende Einheitlichkeit in der Verwaltung erzielt. Wenn erst das Volk will, müssen auch die Länderregierungen folgen. Viel wird es dabei auf die preußische Regierung ankommen. Gibt Preußen an das Reich ab, was zur wirklichen Reichseinheit notwendig ist, dann ergeben sich auch in den anderen Ländern, mit Ausnahme von Bayern, keine großen Schwierigkeiten. Der Reichstag muß eine Körperschaft einsetzen, die Vorschläge für eine Neugliederung macht. Das entscheidende Wort muß aber der Reichstag haben. Über einen solchen Vorschlag kann dann auch eine Volksabstimmung stattfinden, aber nicht über Vorschläge beliebiger Agitatoren. Es wird sich auch niemand vergewaltigt fühlen, weil er überall dem Deutschen Reich angehört, und die Verhältnisse im wesentlichen überall die gleichen sind.

Niemand in Deutschland wünscht einen starren Zentralismus, wohl aber braucht das deutsche Volk auch eine wirkliche deutsche Einheit. Die Länder sollen als innerstaatliche Organisationen bestehen bleiben. Die Staatsverwaltung und die Durchführung der Gesetze soll weitgehend dezentralisiert werden. Die Reichsgewalt muß aber über allem stehen. Die Gesetzgebung für alle wichtigen Gebiete des staatlichen Lebens muß einheitlich sein. Die Hoheitsrechte der einzelnen Länder müssen so weit auf das Reich übergehen, als es notwendig ist, um einen wirklichen Nationalstaat zu schaffen. Die Hauptarbeit hat dabei die Sozialdemokratie zu leisten. Arbeiter, Angestellte und der größte Teil der Beamten sind heute schon reichsdeutsch gesinnt. Nichts ist so geeignet uns auch unter den jungen Akademikern Anhang zu gewinnen, als wenn wir eine im guten Sinn reichsdeutsche Politik treiben. Wir müssen dem Volk klar machen, daß wir nichts verlieren, wenn wir Rechte der Länder an das Reich abgeben, daß wir aber als Deutsche gewinnen. Wir geben ein Arbeitsgebiet im Land auf und gewinnen das Recht der Mitarbeit für das ganze Reich. Und das Deutsche Reich hat die Mitarbeit des ganzen deutschen Volkes nötig, wenn es aus der finstern Gegenwart in eine lichtere Zukunft kommen soll.



## PAUL KAMPFFMEYER · SOZIALISMUS, PRODUKTIONSGEDANKE UND KLASSENKAMPF

**J**EDEN geschulten Sozialdemokraten, der in einer hochgesteigerten Produktivität der Arbeit eine notwendige Voraussetzung des Sozialismus sieht, müssen die von Max Schippel hier vorgeführten Zahlen, die den starken Verfall der deutschen Produktion dartun<sup>1</sup>, wahrhaft alarmieren. Also schon, um uns aus den bloßen Nöten und Ängsten unserer Tage herauszuarbeiten, herauszuarbeiten im buchstäblichen Sinn des Worts, müssen wir den ganzen Produktionsprozeß auf die Erzielung höherer Produktionserträge einstellen. In ganz anders verstärktem Maß aber, wenn wir weit über die beängstigenden Zustände der Gegenwart auf die wirtschaftliche Fundamentierung einer, den "Wohlstand für alle" gewährleistenden sozialistischen Zukunftsordnung lossteuern. Und dieses Ziel stellt uns ja jetzt das neue Görlitzer Programm vor Augen. Es spricht von einer fortschreitenden Umformung der gesamten kapitalistischen Wirtschaft und von einer Steigerung der Produktionserträge, um die Menschheit zu höheren Formen sittlicher Gemeinschaft emporzuführen.

Der demokratische Sozialismus ist seit 1918 in Deutschland in eine neue, höhere Entwicklungsphase getreten: in die Phase der bewußten, planvollen Umbildung der Wirtschaft und Gesellschaft. Der Sozialismus des Jahres 1922 ruft die sozialdemokratische Arbeiterschaft zu der großen Aufgabe der Lösung des sozialistischen Problems als eines *gesellschaftlichen Produktionsproblems* auf. Die Güterproduktion ist heute nicht eine aus dem Interessenkreis des sozialistischen Arbeiters völlig herausfallende Frage, die der kapitalistischen Klasse zur Lösung allein überlassen werden kann; sie ist zu einer Lebensfrage des sozialistischen Proletariats geworden.

Das Erfurter Programm des Jahres 1891 betrachtete die Steigerung der Produktivität der menschlichen Arbeit als das Resultat des unbewußten kapitalistischen Akkumulations- und Monopolisierungsprozesses, eines ohne den Willen der Gesellschaft erfolgenden wirtschaftlichen Vorgangs. Dieser Prozeß kann allerdings rein unbewußt, mechanisch, durch Klassenkampfaktionen der Arbeiterschaft gesteigert werden. So war nach Marx der Streik häufig ein Mittel zur Vervollkommnung der Produktionsinstrumente und damit zur Hebung der Ergiebigkeit der Arbeit. »Man könnte«, so führt Marx aus, »eine ganze Geschichte der Erfindungen seit 1830 schreiben, die bloß als Kriegsmittel des Kapitals wider Arbeiteremeuten ins Leben traten. Wir erinnern vor allem an die selfacting mule, weil sie eine neue Epoche des automatischen Systems eröffnet.«<sup>2</sup> Wider ihren Willen und zu ihrem eigenen Nachteil hoben also die Arbeiter in ihren Streikbewegungen die Produktivität der Arbeit. Dieses unbewußte und die Arbeiterschaft schwer schädigende Verfahren der Produktionssteigerung gehört im allgemeinen einer Epoche der völligen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Ohnmacht der Arbeiterklasse an. Die auf eine Hebung der Produktivität der Arbeit hinauslaufenden Streiks schlugen ja stets fehl und waren Klassenkampfaktionen, die in Wirklichkeit Senkungen der proletarischen Widerstandskraft herbeiführ-

1) Siehe Schippel Der Produktionsverfall Deutschlands, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, Seite 713 ff.

2) Siehe Marx Das Kapital I, 4. Auflage /Hamburg 1890/, Seite 401.

ten. Sie nach Möglichkeit auszuschalten war und mußte eine Hauptaufgabe einer zielklaren Arbeiterklassenpolitik sein. Wer heute noch behauptet, die Hebung der Produktion sei keine die Interessen der Arbeiterschaft *direkt* berührende Angelegenheit sondern dürfe höchstens als eine nicht erstrebte *Nebenerscheinung* des Klassenkampfes betrachtet werden, verkennt völlig die heutige Situation des Proletariats.

Seit dem Krieg, namentlich aber seit der Novemberumwälzung, hat sich eine in die Augen springende Änderung in der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Machtstellung der sozialistischen Arbeiterschaft vollzogen. Diese Änderung kommt recht handgreiflich in der Bildung der heutigen Koalitionsministerien zum Ausdruck. An die Stelle einer ausgesprochen bourgeoisen Klassenpolitik ist eine proletarisch-bürgerliche Koalitionspolitik getreten. Die Notwendigkeit dieser Politik begründet Karl Kautsky direkt schlagend in seinem neuen Programmbuch.<sup>3</sup> Heute ist nach ihm ein gewisser Gleichgewichtszustand der Klassen eingetreten. Das Proletariat vermag nicht politische Herrschaft allein zu gewinnen, aber seine Position ist zu stark, als daß irgendeine bürgerliche Klasse ihre Herrschaft im Gegensatz zum Proletariat behaupten könnte. »In diesem Stadium«, so fährt Kautsky wörtlich fort, »würde durch das Streben nach einer reinen Klassenregierung jede geordnete Staatsverwaltung und damit auch ein gedeihliches ökonomisches Leben ganz unmöglich. Staat und Gesellschaft und alle ihre Teile, das Proletariat mit inbegriffen, müßten in die äußerste Notlage geraten.« Kautsky streicht den Satz des Marxschen Programmbriefs, der die politische Diktatur des Proletariats als die politische Übergangsperiode bezeichnet, und ersetzt ihn durch diesen Passus: »Zwischen der Zeit des rein bürgerlich und des rein proletarisch regierten demokratischen Staates liegt eine Periode der Umwandlung des einen in den andern. Dem entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Regierung in der Regel eine Form der Koalitions politik bilden wird.« Mit Recht nennt Kautsky den Politiker blind für die Zeichen der Zeit, der heute noch grundsätzlich die Koalitions politik verwirft. In dem heutigen politischen Machtverhältnis der Klassen spricht sich nun aber das wirtschaftliche Machtverhältnis eben dieser Klassen aus. Die sozialistische Arbeiterklasse konnte die politische Macht nicht ergreifen und vor allem nicht dauernd festhalten, weil sie die wirtschaftliche Macht, die wirkliche Herrschaft über die Produktion, nicht erobern konnte. Man kann heute von einer gewissen wirtschaftlichen Gleichgewichtslage der bürgerlichen und proletarischen Klassen reden. Jede einseitig diktatorische ökonomische Herrschaft nur *einer* Klasse würde, um den vorher zitierten Kautskyschen Satz zu gebrauchen, »ein gedeihliches ökonomisches Leben ganz unmöglich« machen. Die ökonomische Macht der Arbeiterschaft, verkörpert besonders in den freien Gewerkschaften, kann sich schon auswirken und wirkt sich schon in der Gestaltung der Produktion aus. Zur Steigerung der Produktionserträge legten sich zum Beispiel die frei organisierten Bergarbeiter Übersichten auf. Angesichts der bedrängten Notlage auf dem Kohlenmarkt schrieb Heinrich Löffler im Vorwärts: »Das erstrebenswerte Ziel ist *die Produktion im eigenen Lande so zu steigern*, daß jede Kohleneinfuhr überflüssig ist. Es ist Deutschland ganz unmöglich auf längere Zeit die selben Kohlenmengen einzuführen, die es in den letzten Monaten einführen

3) Siehe *Kautsky Die proletarische Revolution und ihr Programm* (Stuttgart 1922).

mußte, um der dringendsten Kohlennot abzuhelpfen. Das würde auf die deutsche Handelsbilanz ungeheuerlich einwirken. Außerdem benötigt Deutschland die geringen, ihm noch verbleibenden Mittel zur Einführung von Nahrungs- und Futtermitteln sowie Rohstoffen, die es in seinem Lande nicht besitzt. Die *Bergarbeiter* des größten deutschen Kohlenbeckens: des Ruhrreviers, haben sich wiederholt mit der Frage der Mehrproduktion von Kohle befaßt. Letzthin noch in einer Vertrauensmännerkonferenz des Bergarbeiterverbandes. Hier wurde durch einen einstimmigen Beschluß die *Bereitschaft* zum Eintritt in Verhandlungen bekundet, in welchen, wenn möglich, ein Abkommen zur Leistung von *Überarbeit* vereinbart werden soll. Aus dem Beschluß spricht der Wille der armen deutschen Republik beim wirtschaftlichen Aufbau behilflich zu sein, die eigenen Kräfte über das vorgeschriebene Maß der bestehenden Arbeitszeit hinaus in den Dienst der Volksgemeinschaft zu stellen.<sup>4</sup> Hier klingt hell der Gedanke gemeinnütziger Produktionspolitik an, ein Gedanke, der nur konsequent auf die Wirtschaftsgebiete ausgedehnt werden muß, in denen die »arme deutsche Republik« dringend der aufbauenden Kräfte der deutschen Arbeiterschaft bedarf. Die Produktionssteigerung, die Hebung der Produktivität der Arbeit, ist bei dem heutigen Stand der wirtschaftlichen Machtverhältnisse der Klassen nicht mehr dem unregelmäßigen Spiel ökonomischer Gegensätze, wirtschaftlicher Klassenkämpfe zu überlassen. Ebenso wie der Klassenkampf eine greifbare Realität ist, ist es auch das Zusammenwirken der Klassen. Zusammenwirken der Klassen zum Zweck der Lösung bestimmter Gemeinschaftsaufgaben ist alles andere als eine schon von vornherein vorhandene gleichsam im Wesen der Gesellschaft liegende "Harmonie" der Klassen, wie sie einst von manchesterlich-liberalen Gewerkschaftstheoretikern wahrheitswidrig ausposaunt wurde. Die sozialistisch organisierte Arbeiterschaft würde, wenn sie mit einem umfassenden Plan einer systematischen Steigerung der gesellschaftlich notwendigen Produktion und einer durchgreifenden Beschneidung aller gemeinschädlichen oder überflüssigen Erzeugnisse hervorträte und für diese auch große Opfer brächte, nicht nur die äußerst bedrängte Gesellschaft retten sondern auch die Sympathieen der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung gewinnen und die festen Grundlagen einer sozialistischen Wirtschaft schaffen.

Die deutschen freien sozialistischen Gewerkschaften haben am 24. August 1922 mit dem Reichskanzler Rücksprache genommen, um den »Zusammenbruch« der »Gesamtwirtschaft« zu verhindern. Der Produktionsgedanke beherrscht also ihren, der Gemeinschaft dienenden Plan. Sie haben sich im Dienst der Wohlfahrt Deutschlands über den proletarischen Klassenkampfgedanken erhoben und anerkennen über ihm die Interessen der »Gesamtwirtschaft«. Dazu sind vor allem Maßnahmen zur *Steigerung der Gesamterzeugung* Deutschlands notwendig. Wenn sie *diese* bewirken, erweisen sich die Gewerkschaften als das, wozu sie heute in erster Linie berufen sind: als Hauptträger der nationalen Produktion. Dem kommenden Parteitag der deutschen Sozialdemokratie ist es hoffentlich beschieden gemeinsam mit den Gewerkschaften einen entscheidenden Schritt zur systematischen Steigerung der Produktionserträge und damit zur Anbahnung der gemeinnützigen Wirtschaft des Sozialismus zu tun.

4) Siehe *Löbner* Deutschlands Kohlenversorgung, im Vorwärts vom 23. August 1922.

## HEINRICH PEUS · FRUCHTBARE DEMOKRATIE

**M**AN sagt: Die Menschen sind das Produkt ihrer Verhältnisse, ihr Geist und ihr Wille gestalten sich so, wie ihre äußeren Lebensbedingungen es ermöglichen. Anscheinend eine auf Schritt und Tritt sich bestätigende Wahrheit. Und doch darf sie nur bis zu einem bestimmten Grad für wahr genommen werden, um nicht zur Unwahrheit zu werden. Denn jeder hat den Trieb in sich und bestätigt ihn auch die Dinge anders zu gestalten als sie selber wollen. All unser bewußtes Streben wäre sinnlos, wenn wir uns nicht die Kraft zutrauen dürften sie so zu gestalten, wie wir sie wollen. Wir sind nicht allmächtig, aber wir sind mächtig, wir können um so mehr, je mehr wir uns ein klares Bewußtsein davon verschaffen, wie die Dinge werden, und je mehr wir im Vertrauen auf unser Können uns gewöhnen so zu handeln, wie es nötig ist, damit sie möglichst nach unserem Willen geformt werden. Zweifellos sind falsche Begriffe, die wir uns von den Dingen machen, ein gewaltiges Hemmnis für dies rechte Tun.

So ist auch ein falscher Begriff vom Wesen der Demokratie heute noch ein schweres Hindernis für nützlich Wirken einer wahren Demokratie. Die meisten Menschen stellen sich unter der Demokratie nichts anderes vor als ein recht radikales Wahlrecht, überhaupt einen Zustand, der ihnen vor allem viel Recht einräumt. Es ist begreiflich, daß man im Volk die Demokratie und die Republik wesentlich unter dem Gesichtspunkt des größern *Rechts* ansieht. Denn solange die Monarchie und das Klassenwahlrecht bestanden, drängte sich in die Vorstellung hauptsächlich der Gedanke des mindern Rechts ein. Mehr Recht zu bekommen schien das alleinige Ziel zu sein. Heute haben wir das ersehnte Recht. Aber was nun? Wir können als Volk unser Leben einrichten wie wir wollen. Wir liegen wie wir uns betten. Nun drängt sich dem denkenden Demokraten eine ganz andere Empfindung auf: die Empfindung nicht sowohl des Rechts als vielmehr der *Pflicht*. Die Revolution hat uns, mit dem Recht, das sie uns gegeben, vor allem eine Pflicht auferlegt. Sowohl dem Staat als auch der Gesellschaft gegenüber muß im Volk eine andere Stimmung platzgreifen als sie bisher bestanden hat. Dieser Staat ist nicht mehr der uns grundsätzlich feindselige Staat, und diese Gesellschaft mag faktisch noch so sehr kapitalistisch-ausbeuterisch sein, wir haben sie so zu behandeln, als sei sie grundsätzlich sozialistisch, und es fehle ihr nur noch die praktische Möglichkeit es zu sein, weil der sozialistische Aufbau in den Dingen wie in den Menschen seine Zeit braucht. Wir haben uns Staat und Gesellschaft gegenüber ganz positiv zu verhalten, uns für beide völlig verantwortlich zu fühlen. Wir können diese Verantwortung gar nicht stark genug betonen. Es gibt nur zu viele noch unter uns, die über die Zustände, unter denen sie wie wir alle leiden, rasonieren, ohne sich jemals die Frage vorgelegt zu haben, was sie eigentlich selber schon getan haben, um sie zu bessern. Vor allem gehört zur echten Demokratie, daß jeder alles dazu beitrage die Produktion der Gesellschaft zu steigern, sie denkbar ertragreich zu gestalten. Wir sind uns bisher noch viel zu wenig dessen bewußt, daß wir zum reichsten Leben nicht nur dadurch kommen, daß wir an unserm Teil aus der Krippe für alle recht viel *herausnehmen*, sondern daß alle dafür sorgen, daß recht viel *hinein* kommt. Die bisherige kapitalistische Gesellschaft hat ganz allgemein Men-

schen gezüchtet, die nur unmittelbar an sich denken und die Gesellschaft nur als Organ für ihre persönlichen Zwecke ansehen. »Der Mann muß hinaus ins *feindliche* Leben, muß wirken und streben, muß pflanzen und schaffen, *erlisten, erraffen*, muß wetten und wagen das *Glück* zu erjagen.« Die Familie ist sein Mittelpunkt, ihre Erhaltung ist sein Ziel, die Gesellschaft ist nur das Beutefeld, in das er hinauszieht. An die Stelle dieses individualistisch-familienegoistisch denkenden Menschen muß der Sozialist treten, der nicht nur eine äußere *Sachordnung* erstrebt sondern auch anders gestimmte *Menschen* will, die der neuen sozialistischen Ordnung die notwendigen Dienste leisten können. Der Sozialdemokrat hat darauf zu sehen, daß die Menschen nicht im Widerspruch mit den Dingen bleiben. Dahingegen muß er die Belehrung und Erziehung wünschen, die den Menschen mit seiner Situation in Übereinstimmung bringen möchte. Unsere Situation erheischt, daß wir Menschen haben, die gemeinnützig denken, die sich zum Ziel setzen die Produktion fürs Ganze so sehr wie möglich zu fördern. Solange der Sozialismus sich auf die bloße Aufstellung von Forderungen beschränkt, aber da versagt, wo er selber an der Macht ist, wird er dem Kapitalismus unterlegen sein. Nur wenn der Sozialismus produktiv mehr leistet als der Kapitalismus, kann er über diesen siegen.

Und das muß jeder Sozialist und Demokrat in zwiefacher Weise zu erreichen suchen. Einmal muß die sozialistische Produktion, wie sie in dem, auf der organisierten Käufermacht sich aufbauenden Genossenschaftswesen möglich ist, mit aller Macht zur Entfaltung gebracht werden. Man nehme zum Beispiel die Brotherstellung. Sie kann vom Getreide her unter Ausschaltung aller Energievergeudung denkbar sparsam aufgebaut werden. Heute gibt es noch unzählige, die Produktion unnötigerweise belastende Kleinbetriebe, die die Brotkonsumenten längst hätten ausschalten sollen. Freilich gehört dazu auch Kapital. Die Konsumvereine bekommen heute eine gewaltige Zahl neuer Mitglieder, die aber zumeist kein Betriebskapital einbringen; ohne dieses ist jedoch eine erfolgreiche Beschaffung ihres Bedarfs gar nicht möglich, und das um so weniger, je weniger auch die alten Mitglieder für das nötige Betriebskapital zu sorgen pflegen. Vor dem Krieg war ein Anteilkapital von 40 Mark der gewöhnliche Betrag. Bei einer Verhundertfachung der Preise wäre also ein Anteil von 4000 Mark erforderlich. Die allermeisten Vereine bleiben aber hinter diesem notwendigen Anteil weit zurück. Die Mitgliedschaften zeigen selten, daß sie ein Bewußtsein ihrer Pflicht der Kapitalbeschaffung haben. Sie klagen darüber, und mit Recht, daß das Privatkapital sie gewaltig bewuchere. Dagegen gibt es aber nur *ein* Mittel: Das ist der Ersatz des Profitkapitals durch soziales Kapital, das auf Verzinsung verzichten kann und nur seine eigene Ergänzung fordern muß. Man muß von Sozialisten und Demokraten fordern können, daß sie diese Notwendigkeit begreifen und demgemäß wirtschaftlich handeln! Und mag die Aufbringung dieses sozialen Kapitals noch so schwer sein, sie muß mit größter Energie geleistet werden, denn nur auf diese Weise kann es zu einer erfolgreichen sozialistischen Produktion kommen. Dabei ist es natürlich auch notwendig, daß alle in dieser genossenschaftlichen Produktion Tätigen das Ziel verfolgen nicht sowohl nur selber möglichst gut dazustehen als vielmehr die Produktion des Betriebs denkbar erfolgreich zu gestalten. Solange diese auf Steigerung der Produktion gerichtete Gesinnung nicht herrschend wird, kann der Sozialismus keine moralischen Eroberungen machen. Die Genos-

senschaften aber haben ihrerseits sich auch dessen bewußt zu zeigen, daß sie den sozialistischen Produktionsgeist in ihren Betrieben, in ihren Angestellten wie ihren Arbeitern mit allen Mitteln zu entwickeln bemüht sind.

Aber auch in den kapitalistischen Betrieben müssen Sozialisten und Demokraten sich heute zum Ziel setzen sozialistischen Produktionsgeist lebendig zu machen. Das Betriebsrätesystem bietet dazu noch besondere Anregung. Ja, die Betriebsräte gewinnen im selben Maß ihre moralische Existenzberechtigung nur, als es ihnen gelingt positiv-sozialistischen Produktionsgeist in ihren Betrieben lebendig zu machen. Der Gegensatz gegen den Kapitalismus muß seinen Ausdruck in einer verständigen sozialistischen Mitarbeit finden. Nichts ist unfruchtbarer als der moralisierende Krakeel gegen den Kapitalismus. Dahingegen ist zwar nicht leicht, aber äußerst wertvoll die planmäßige Infizierung der kapitalistischen Produktion mit sozialistischem Geist. Man vergesse nie, daß der Kapitalismus der Vater des Sozialismus ist, daß alle systematische kapitalistische Organisation Vorarbeit, unentbehrliche Vorarbeit für den Sozialismus ist. Man wird auch immer die Erfahrung machen, daß zielbewußte Kapitalisten und wahrhaft zielbewußte Sozialisten, die nicht schimpfen sondern schaffen, sich am besten verstehen. Nicht der beschränkte Kleinkrauter, sondern der große Kapitalist steht dem Sozialismus am nächsten. Es ist auch gar nicht schwer das der Arbeitermasse begreiflich zu machen, man muß nur den Mut haben die Wahrheit zu sagen und dem kindischen Entrüstungssozialismus, der im Kapitalisten immer nur eine moralische Bestie erblickt, entgegenzutreten. Von diesem Standpunkt aus müssen wir es auch lernen mit den politischen Parteien zu arbeiten, die den fortschrittlichen Kapitalismus vertreten. In unserer Welt können ja auch unter den Kapitalisten nur diejenigen wahrhaften Erfolg haben, die mit der Zeit mitgehen und es verstehen mit den auf positive Förderung der Produktion bedachten Sozialdemokraten gemeinsam zu arbeiten. Zuletzt muß ja doch das Ziel sein an die Stelle haßerfüllter Interessenkämpfe gemeinsame wirtschaftliche Arbeit zu setzen. Das bedeutet keine Verschleierung der Gegensätze, keine charakterlose Vermischung, sondern umgekehrt eine wirtschaftlich klare und scharfe Auseinandersetzung, die dem Willen erst ein klares Ziel gibt. Nur so kommen wir sowohl innerhalb der einzelnen Nation wie auch innerhalb der Völker zu jenem Gemeinschaftsgeist in der Arbeit, der begreift, daß auch auf dem Gebiet der Produktion der Krieg, der Unfriede verzehrt, während die Gemeinschaftsarbeit, die die verschiedenen Grundsätze, ohne sie aufzugeben, in das jeweilig mögliche Verhältnis zu einander setzt und sie so in der Praxis wirken läßt, die wahrhaft fortschrittliche und fruchtbare ist.

Die Partei muß auf dem bevorstehenden Parteitag, bei größtem Bemühen die Einigkeit der sozialdemokratischen Arbeiterschaft wiederherzustellen, doch diesen positiven Schöpfergeist stärkstens in den Vordergrund rücken und den Parteigenossen zum Bewußtsein bringen, daß diese auf keinerlei mögliche Fruchtbarkeit verzichtende positive Arbeit auch die wahrhaft radikalste ist. Nur wenn die Partei sich dem Volk als solche erweist, die unmittelbar die Welt zu seinen Gunsten umgestalten will, und nur wenn die Partei dazu alle Kräfte im Volk aufruft und in Aktion bringt, kann sie hoffen nützliche Arbeit zu leisten und das Volk für sich zu begeistern. Für bloß negative Kritik ist die Zeit viel zu ernst geworden.



# ANNA SIEMSEN · DIE SOZIALDEMOKRATIE IM KAMPF UM DIE WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE STELLUNG DER FRAU

**R**ÜCKHALTLOS und grundsätzlich sind die sozialistischen Parteien für die Frauen eingetreten, konsequenter als irgendeine bürgerliche Partei. Und die Frauen vergalten ihnen das, indem sie gleichgültig abseits oder im Lager der Rechten standen. Darüber klagt man, darüber wundert man sich. Mit Unrecht, scheint mir. Die Frauen sind gleichgültig oder reaktionär infolge ihrer Lage. Es ist ein Gebot der Gerechtigkeit und sozialer Einsicht für sie einzutreten. Es ist ebenso sehr ein Gebot politischer Klugheit.

Der 9. November 1918 hat den deutschen Frauen die politische Gleichstellung gegeben, die Verfassung stellte ihre gleichen staatsbürgerlichen Rechte fest. Das ist viel. Aber es ist zunächst mehr eine ideelle Forderung als eine Tatsache. Das zeigen die fortlaufenden Kämpfe in den Parlamenten um das Recht der unehelichen Mutter, das Recht der Beamtin, die Mutterschutzgesetze. Unser wirklich mittelalterliches Eherecht ist noch unberührt. Alle Ausnahmebestimmungen gegen die weibliche Prostituierte bestehen fort. Und wo selbst durch Verfügung die Gleichstellung der Frau ausnahmsweise durchgeführt wird, da widersetzt man sich fromm und fröhlich. Der preußische Unterrichtsminister verfügt, daß eine Lehrerin bei ihrer Heirat im Dienst zu belassen sei. Die Rheinische Schulvereinigung des Preußischen Städtetags beschließt ausdrücklich sich darum nicht zu kümmern. Und die rheinischen Städte setzen ihre verheirateten Lehrerinnen auf die Straße und pfeifen auf den Minister. Das ist ein Beispiel. Im wirtschaftlichen Leben steht die Sache noch böser. Nicht nur die Ungleichheit der Gehälter und Löhne ist schwer zu tragen, schlimmer ist die verschärfte Krise und steigende Arbeitslosigkeit, die die Arbeit der Frau überhaupt gefährden und einen rücksichtslosen Konkurrenzkampf der Geschlechter entfesseln. Gerät aber eine Frau in eine leitende Stellung, so wird es nicht nur den reaktionären Männern oft bedenklich schwer sie dort anzuerkennen oder nur zu ertragen. Kurz, formale Gleichberechtigung ist eine schöne und kostbare Sache, des Kampfs und der Mühe wert; wie weit sie von wirklicher Gleichstellung entfernt ist, das erleben wir tagtäglich.

Dieser Lage gegenüber gibt es 2 sehr einfache Einstellungen. Die eine fordert unterschiedslose Gleichstellung, nicht nur gleiches Recht, gleiche Unabhängigkeit und gleichen Lohn, auch gleiche Arbeit auf allen Gebieten der Wirtschaft und Gesellschaft; die andere folgert aus der sehr augenscheinlichen Andersartigkeit der Frau, daß es besser sei die alten patriarchalischen Zustände (»Mulieres in ecclesiis taceant«) wiederherzustellen. Die letzten haben zweifellos die Erfahrung für sich, daß die Frauen in einem bemerkenswerten Maß gestellten Aufgaben gegenüber versagt haben, daß sie verständnislos vor einer großen Entwicklung stehen, sich von Schlagworten und unklaren Gefühlen umnebeln lassen, und daß nichts, aber auch gar nichts bisher von jenen Prophezeiungen eingetroffen ist, die vom Eintritt der Frauen in die Politik eine Ära der Gerechtigkeit und Güte erwarteten. Bisher kopieren die Frauen Männerpolitik, und Kopieen pflegen schlechter zu sein



sogar als schlechte Originale. Die Frauen zeigen, kurz gesagt, alle Fehler einer unterdrückten Klasse, woraus zu schließen ist, daß man der Unterdrückung ein beschleunigtes Ende bereiten sollte. Diese Unterdrückung aber ist eine doppelte: sozial und dadurch bedingt wirtschaftlich, nachdem die politische Gleichberechtigung als wunderliche Vorwegnahme der Entwicklung erreicht ist.

Die soziale Abhängigkeit der Frau ist bedingt durch die heutige Form der Ehe und ihre Begleiterscheinungen: die Ächtung der unehelichen Mutterschaft und die Prostitution. Solange die Frau rechtlich und wirtschaftlich vom Mann abhängt, solange ihre Stellung in der Gesellschaft durch ihr Verhältnis zum Mann bestimmt ist, so lange ist es sinnlos von ihr Selbständigkeit und Sachlichkeit zu verlangen. Der Mann muß so lange Zentrum ihres Daseins sein. »Sie trachtet, daß sie dem Mann gefalle«, wie Paulus von Tarsos vor fast 2000 Jahren sagte. Die Entwicklung, die die Familie als Wirtschaftseinheit unaufhaltsam zerstört, hat hier schon tiefgehend geändert. Aber »Gesetz und Recht«, die fortgeerbt, hindern und trüben. Diese Umgestaltung ist unbedingtes Erfordernis. Damit soll und kann natürlich nicht in den biologischen Sachverhalt eingegriffen werden, der die Geschlechter von einander abhängig macht, und der in das Leben der Frau weit mehr bestimmend eingreift als in das des Mannes. Es gilt nur die natürlichen Phänomene der Ehe, Mutterschaft und Familie von ihrer geschichtlichen Zufälligkeit zu scheiden und Rechtsformen für sie zu finden, die einer geänderten Gesellschaftslage entsprechen. Das wird allerdings nur möglich sein, wenn man praktisch, nicht durch Redensart, anerkennt, welche gewaltige gesellschaftliche Aufgabe die Frau durch ihre Mutterschaft erfüllt. Heute, da die Gesellschaft diese Aufgabe: Erzeugung, Unterhalt und Erziehung der jungen Generation, wissentlich von sich abschiebt, ohne die Mutter in irgendeiner Weise sicherzustellen, bringt gerade die Tatsache ihrer Mutterschaft die Frau in wirtschaftliche Abhängigkeit. Sie verfällt in Not, wenn sie nicht den Schutz und die Botmäßigkeit eines Mannes sucht. Die Würde der Mutter ist heute zwar viel gepriesen, aber in Wirklichkeit selten vorhanden. Die Frau zur Mutterschaft befreien: das umfaßt eigentlich alle Befreiungs- und Gleichheitsprogramme. Es umfaßt auch das Geheimnis, wie die Frau von ihrer heutigen Unzulänglichkeit erlöst werden kann. Es heißt nicht den Frauen gleiche Aufgaben und gleiche Rechte geben sondern ihr Recht auf ihre besondere Aufgabe ihr sichern.

Damit ist nicht irgendein Frauenrecht verneint. Ich meine nur, daß alle politische Gleichberechtigung, alle Erziehungsreform, alle Zulassung zu Studien, Ämtern, Berufen nicht verfängt, solange die Kernfrage nicht gelöst ist: der Frau ihr Recht auf Mutterschaft zu sichern. Geschieht das, so fällt alle Gefahr der "Gleichmacherei". Die Frau wird sich dann ihre Aufgabe schon richtig suchen. Es fällt aber auch all der Druck, der heute die Frau trotz der formalen Gleichberechtigung entwürdigt und entstellt. Aber diese Frage ist in einer Gesellschaft wie der heutigen nicht lösbar. Man kann sich ihrer Lösung nur schrittweise nähern, ebenso schrittweise wie die Gesellschaft den Weg von kapitalistischer Konkurrenz zu sozialistischer Solidarität durchläuft. Aufgabe der Sozialdemokratie ist in Erkenntnis des Ziels das Höchstmaß des im Augenblick Erreichbaren zu erstreben.



# RUNDSCHAU

## ÖFFENTLICHES LEBEN

Genossenschaftsbewegung / August Müller

**Deutsches Genossenschaftsgesetz** Das deutsche Genossenschaftsgesetz ist eins derjenigen deutschen Gesetze, die Gutes gewirkt haben, weil sie sich auf ihren unmittelbaren Zweck beschränkten und keinerlei Nebenabsichten, wie Umsturzbekämpfungen und dergleichen mehr, verfolgten. Einige von Abneigung gegen die Konsumvereine diktierte Bestimmungen des Gesetzes ändern an diesem Gesamturteil nichts; diese Bestimmungen sind in der Hauptsache wirkungslos geblieben. Das Genossenschaftsgesetz ist aber in einer Zeit entstanden, in der man nur mit kleinen Genossenschaften zu rechnen hatte, deren Geschäftsführung leicht zu überblicken war. Von der Entstehung großer Genossenschaften mit Millionenumsätzen und zahlreichen Zentralinstituten ahnte man damals noch nichts. Diesen konnte das Genossenschaftsgesetz nicht mehr gerecht werden, und so wurde der Wunsch nach seiner Revision rege. Das geschah schon vor dem Krieg. Wenn aber damals nicht nachdrücklicher auf Erfüllung gedrängt wurde, so nur deshalb, weil die Befürchtung nicht von der Hand zu weisen war, eine Revision des Genossenschaftsgesetzes könne leicht mit politischen Bestrebungen verquickt werden. In der deutschen Republik sollte das zwar nicht mehr zu befürchten sein, aber es gab doch andere Hindernisse, die sich einer umfassenden Durcharbeitung des Gesetzes und einer Anpassung seiner Bestimmungen an die neue Zeit und ihre Bedürfnisse entgegenstellten. So erstrebte man denn in Genossenschaftskreisen vor allem die Durchführung der dringlichsten Reformen und vertagte die Gesamtreform auf Zeiten, denen der Beruf zur Gesetzgebung mehr inneohnt als der heutigen.

Am 1. Juli 1922 wurde eine Art von genossenschaftlichem Notgesetz erlassen. Das Gesetz ändert den § 1 dahin ab, daß nicht mehr der gemeinschaftliche Geschäftsbetrieb vorhanden sein muß, wenn man sich in genossenschaftlicher Form an Gesellschaften oder Personenvereinigungen beteiligen will, sofern nur gemeinnützige Bestrebungen verfolgt werden. Auch die im § 1 des Genossenschaftsgesetzes aufgeführten Zwecke müssen nicht notwendigerweise vorgesehen

sein, wenn nur der Zweck an sich ein wirtschaftlicher, und die Gemeinnützigkeit der Bestrebungen unzweifelhaft ist. Diese Bestimmung erleichtert bestimmte Bestrebungen in genossenschaftlicher Form, trägt so der immer wachsenden Anwendung der Genossenschaftsform Rechnung. Am wichtigsten ist aber der neue § 43a, der bestimmt, daß bei Genossenschaften mit mehr als 10 000 Mitgliedern die Generalversammlungen aus Vertretern zusammengesetzt werden müssen; bei Genossenschaften mit mehr als 3000 Mitgliedern kann das Statut die Vertretergeneralversammlung vorsehen. Damit ist der Übelstand beseitigt, daß große Genossenschaften keine ordnungsgemäßen Generalversammlungen mehr abhalten konnten, weil sich das durch die allzu große Zahl der Mitglieder verbot. Weitere Bestimmungen behandeln die Auflösung, Verschmelzung und Liquidation der Genossenschaften. Sie verfolgen vor allem den Zweck die sehr häufig vorkommenden Zusammenschlüsse von Genossenschaften zu erleichtern. Mancherlei strittige Fragen sind bei dieser Reform unerledigt geblieben, zum Teil wohl deshalb, weil unter den Genossenschaffern selbst keine einheitliche Auffassung bestand. So ist die Bestimmung, wonach Konsumvereine nur an Mitglieder verkaufen dürfen, eine Ausnahmebestimmung zuungunsten der Konsumvereine, nicht aufgehoben worden. Aber die Konsumvereine legen selbst keinen großen Wert auf die Beseitigung der Vorschrift, weil sie tatsächlich den Konsumvereinen eher genützt als geschadet hat. Jedenfalls sind aber diejenigen unzeitgemäßen Bestimmungen des Genossenschaftsgesetzes, die allmählich der Entwicklung des Genossenschaftswesens die größten Schwierigkeiten in den Weg legten, nunmehr beseitigt worden.

**Deutscher Konsumgenossenschaftstag 1922** Wie üblich, haben auch in diesem Jahr die Konsumvereine den Reigen der Tagungen der großen Genossenschaftsverbände eröffnet. Der Zentralverband deutscher Konsumvereine tagte in der Zeit vom 19. bis zum 21. Juni in Eisenach. Seinem Geschäftsbericht seien folgende Angaben entnommen: Die Zahl der angeschlossenen Genossenschaften beträgt 1364 mit 2 843 805 Mitgliedern, 7462 Verteilungsstellen, 343 Zentrallagern und 42 554 beschäftigten Personen. Der Um-

satz im eigenen Geschäftsbetrieb beläuft sich auf 7 689 361 000 Mark, der Wert der Eigenproduktion auf 1 071 546 000, der Warenbestand auf 934 237 000 Mark, der Grundbesitz stand mit 175 186 000 Mark zu Buch. Die Geschäftsguthaben betragen 205 869 000 Mark, die Reservefonds 49 097 000, die sonstigen Fonds 71 505 000, die Anleihen und Spareinlagen 784 899 000, die Hypotheken 93 780 000, die Hausanteile 75 538 000, die Erübrigung belief sich auf 84 155 000 Mark. Gegenüber dem Jahr 1920 ist die Mitgliederzahl um 119 000 gestiegen, der Umsatz im eigenen Geschäft um 3 473 627 000, der Wert der Eigenproduktion um 510 639 000 Mark.

Auf der Tagung in Eisenach kam es bei den Begrüßungsansprachen der fremden Gäste zu einer kleinen Sensation. Als der Vertreter der Genossenschaften Georgiens seine Ansprache an die Versammelten richtete, hielten es 2 Vertreter des bolschewistischen Zentrossojus in Moskau mit ihren Anschauungen von Lebensart für vereinbar die gastgebende Versammlung dadurch zu stören, daß sie gegen die Worterteilung an den Vertreter Georgiens protestierten. Sie behaupteten, die Genossenschaften Georgiens würden durch sie selbst vertreten. Der Zwischenfall wurde aber durch den Nachweis erledigt, daß vom Internationalen Genossenschaftsbund vorläufig noch eine besondere georgische Genossenschaftsbewegung anerkannt wird. Das hatte den Exodus der beiden Bolschewisten zur Folge, was indessen von der großen Mehrheit nicht weiter schmerzlich empfunden wurde. Im Anschluß an die Berichterstattung des Vorstands nahm man eine Resolution an, die die Preisentwicklung bedauerte, Fortsetzung der Brotgetreidewirtschaft und Sicherung der Kartoffelversorgung durch Lieferungsverträge sowie Sicherung der Zuckerversorgung, wenn nicht anders durch behördliche Eingriffe und erhöhte Einfuhr, forderte. An diesem Beschluß berührt der Hinweis auf die erhöhte Einfuhr etwas merkwürdig. Es hätte viel näher gelegen eine zweckmäßigere Verwendung der Ernte zu verlangen, denn die Menge des geernteten Zuckers war sogar noch etwas höher als unser Friedensverbrauch. Gegen die Auferlegung der Umsatzsteuer auch für die genossenschaftlichen Umsätze wurde Protest erhoben. Eine weitere lange Resolution beschäftigt sich mit den bevorstehenden Verhandlungen über einen Reichsrahmentarif für Bäcker und Transportarbeiter. Nach einem Referat

über die Bedrückung der Genossenschaften durch die Verbände der Fabrikanten und Händler stimmte man ferner einer Resolution zu, in der die »Macht der Kartelle« betont und »mit Entrüstung« festgestellt wurde, daß auf Veranlassung des Großhandels die Warenbesitzer ihre Monopolstellung benutzen, um die Großeinkaufsgesellschaft auszuschalten. Von der beim Reichswirtschaftsministerium eingesetzten Kartellkommission hofft man, daß sie Maßnahmen vorschlägt, um diese Mißstände abzustellen. Die üblichen Wahlen bildeten den Schluß der Verhandlungen.

An den Genossenschaftstag schloß sich die Generalversammlung der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine. Nach ihrem Geschäftsbericht beträgt die Zahl der Gesellschafter 1026. Der Warenumsatz stieg auf 2 406 892 000 Mark, das bedeutet eine Steigerung von 78% gegen das Vorjahr. Für 66 765 000 Mark Waren wurden von anderen Genossenschaften bezogen, darunter 25,5 Millionen von der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine und 28 Millionen von landwirtschaftlichen Genossenschaften. In den 17 Fabriken der Großeinkaufsgesellschaft wurden für 234 785 000 Mark Waren hergestellt. Als neues Unternehmen ist die Fischindustrie Altona, eine Fischkonservenfabrik, hinzugekommen. Auch auf dieser Generalversammlung klagte man über Bestrebungen der Kartelle die Konsumvereine auszuschalten. Besondere Beschlüsse sind nicht gefaßt worden. Die Generalversammlung der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine hatte ebenfalls rein geschäftsmäßigen Charakter und bietet keinen Anlaß zu besonderen Bemerkungen.

Auf die Geschäftsergebnisse des Zentralverbands deutscher Konsumvereine wird man noch einmal an der Hand des Jahrbuchs zurückkommen müssen. Hier mag noch erwähnt werden, daß die Konsumgenossenschaftliche Rundschau vom 26 August 1922 einen Aufruf bringt, der geradezu sensationell wirkt. Er ist von Heinrich Kaufmann geschrieben, trägt die Überschrift Schiff in Not! Der drohende Zusammenbruch! und endet mit den Worten: »Rettet die deutsche Genossenschaftsbewegung!« Wie Kaufmann mitteilt, haben die Konsumgenossenschaften ihr Betriebskapital zugunsten ihrer Mitglieder ausverkauft. Es sollen darum höhere Warenpreise verlangt und die Beitrittsbedingungen für neue Mitglieder verschärft werden; außerdem verlangt Kaufmann Erhöhung aller Geschäftsan-

teile auf 2000 Mark und Einkassierung dieses Betrags durch zuverlässige Hauskassierer gegen eine entsprechende Entschädigung. Daß die Geldentwertung den finanziellen Stand der Genossenschaften sehr ungünstig beeinflusst hat, ist bekannt. Hoffentlich ist aber jener Artikel um des Eindrucks willen, der erzielt werden soll, besonders drastisch verfaßt.

#### Preußische Zentralgenossenschaftskasse

Die Preußische Zentralgenossenschaftskasse hielt am 13. Juni eine Sitzung ihres Gesamtausschusses ab. Im 27. Geschäftsjahr, das am 31. März 1922 endete, hat sich ein verstärkter Kreditbedarf herausgestellt, der besonders in der letzten Zeit von geringerem Zustromen der Einlagen begleitet war. Trotzdem ist das Zentralkreditinstitut der preußischen Genossenschaften imstande gewesen allen Anforderungen gerecht zu werden. Die Bilanzsumme der Anstalt betrug am Jahreschluß 2 042 332 585,21 Mark, gegen 1 096 134 476,06 Mark am 31. März 1921. Der Gesamtjahresumsatz stieg von 115 266 815 264,72 auf 142 938 372 063,96 Mark. Gegen das Vorjahr stiegen die Pfanddarlehen von 229 376,49 auf 61 306 176,24 Mark, die Forderungen in laufender Rechnung von 13 959 657,79 auf 41 359 626,66 Mark. Es wird die unbedingte Notwendigkeit besonders betont in den Einzelgenossenschaften Haftsumme und Geschäftsanteil wesentlich zu erhöhen. Die Erhöhung des staatlichen Grundkapitals der Kasse auf  $\frac{1}{2}$  Milliarde Mark ist beschlossen worden. Der Rohgewinn stieg von 14 038 119,21 auf 25 589 955,91, der Reingewinn von 5 112 501,46 auf 5 580 688,37, die Verwaltungskosten von 8 401 884,75 auf 14 774 935,03 Mark (76%).

#### Hamburg: Produktion

Der Geschäftsbericht der Produktion in Hamburg für das Jahr 1921 spiegelt sowohl die Schwierigkeiten, unter denen die Konsumgenossenschaften zu leiden haben, wider, als auch das stete Anwachsen dieser bedeutenden, vielseitigsten und am großzügigsten geleiteten Konsumgenossenschaft Deutschlands. Sie brachte es im Jahr 1921 auf 134 541 Mitglieder. Die Gesamtumsatzsumme beträgt 475 Millionen. Neben einer Exportabteilung, die neu eingerichtet wurde, betreibt die Produktion eine Bäckerei, eine Mühle, eine Schlachtereie mit Konservenfabrik, eine Molkerei, eine Nahrungsmittelfabrik, eine chemische Abteilung, eine Möbelfabrik, 2 Kaufhäuser, eine Kohlenabteilung, einen landwirtschaftlichen Be-

trieb mit Brennerei, eine Bauabteilung, eine Ziegelei und verschiedene technische Nebenbetriebe. Beschäftigt werden 2435 Personen. Eine Sparkasse und die Einrichtung verschiedenartiger Fonds ermöglichen der Produktion die Überwindung der Schwierigkeiten, die infolge der Kapitalknappheit für viele Konsumvereine als naturnotwendige Folge der Geldentwertung entstanden sind. Von der Bedeutung des Schlachtereibetriebs der Produktion legt ein mit vielen Illustrationen versehener Artikel über die Konservenfabriken der Produktion in Hamburg in der Zeitschrift Deutsche Industrie, Deutsche Kultur Zeugnis ab. Es dürfte kaum noch einen größeren, vielseitigern und eigenartigern Schlachtereibetrieb als den der Produktion geben.

#### Tagungen

Der Reichsverband deutscher Konsumvereine tagte vom 22. bis zum 24. Juni in Würzburg. Dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß dem Verband 451 Genossenschaften angeschlossen sind. Er betreibt als Zentralinstitut eine Großeinkaufszentrale und eine Verlags- und Versicherungsgesellschaft. Die Mitgliederzahl belief sich auf 584 000 bei den Konsumgenossenschaften und einige Hundert bei den übrigen Verbandsvereinen. Der Umsatz belief sich auf 803 198 000 Mark. Dazu tritt ein Umsatz der Produktivgenossenschaften von 3 394 000, der Großeinkaufszentrale von 237 559 000, und der Verlags- und Versicherungsgesellschaft von 1 535 000 Mark. Die selbstproduzierten Waren hatten einen Wert von 56 741 000 Mark. In allen Zweigen der Verbandstätigkeit ist eine erhebliche Steigerung festzustellen, mit der alleinigen Ausnahme der Produktivgenossenschaften, deren Umsatz zurückging. Auch im Geschäftsbericht dieser Organisation wird auf die ungenügende finanzielle Basis der Konsumgenossenschaften hingewiesen. Auf den Kopf der Mitglieder gerechnet ergibt sich nur ein Geschäftsanteil von 46,87 Mark. Es wird daher eine Erhöhung der Anteile auf 1000 Mark verlangt und vorgeschlagen, daß diese in kürzester Zeit zur Einzahlung gelangen. Die Tagung des Reichsverbands nahm erst den Geschäftsbericht entgegen. Dann wurde ein Referat über die Konsumgenossenschaften in Staat und Wirtschaft gehalten. Man forderte vom Staat Befreiung der Genossenschaftsbewegung von allen noch bestehenden Hemmungen, von den Verbrauchern aber energische Unterstützung und Förderung der Konsum-

mentenorganisation. Ein weiteres Referat über den kommenden wirtschaftlichen Niedergang behandelte die Aufgaben der Konsumgenossenschaften in der Krisis. Zu diesem Punkt wurde eine Resolution angenommen, die Stärkung der Kapitalkraft und Erhöhung der Wirtschaftlichkeit der Betriebe sowie die Erziehung der Mitglieder zur Genossenschaftlichkeit und Erweiterung der Kenntnisse der genossenschaftlichen Verwaltungsbeamten in organisationstechnischen Fragen verlangte. Nach Erledigung der Wahlen fand der Genossenschaftstag sein Ende.

**Kurze Chronik** Die *konsumgenossenschaftliche Presse* hat im 1. Vierteljahr 1922 einen bedeutenden Aufschwung genommen. Das Konsumgenossenschaftliche Volksblatt zählte 904 000 Leser, die Konsumgenossenschaftliche Rundschau 18 244, und außerdem wurden 2900 Exemplare des Internationalen Genossenschaftsbuletins bezogen. Es ist zu befürchten, daß die Ungunst der gegenwärtigen Verhältnisse diese Entwicklung unterbrechen wird. ◊

Unter dem Druck der Verhältnisse wenden sich auch die *Studenten* in immer größerer Zahl praktischer Genossenschaftsarbeit zu. Der Deutsche Studentendienst von 1914, der während des Krieges eine umfassende Fürsorgetätigkeit ausübte, ist der Träger der genossenschaftlichen Selbsthilfebestrebungen der Studenten. Man bemüht sich den Studentengenossenschaften eine feste Unterlage zu geben, indem man den Lehrkörper der Hochschulen, ihre Verwandten und frühere Studierende in Bezugsgenossenschaften zusammenführt, denen sich die Studenten anschließen. Solche Wirtschaftsgenossenschaften bestehen bis jetzt in Berlin, Stuttgart, Rostock, München, Würzburg, Freiburg, Karlsruhe, Dresden, Münster und Leipzig. Vielfach sind diese Genossenschaften bestrebt über eigentliche Konsumgenossenschaften hinauszuwachsen und gemeinsame Speiseeinrichtungen sowie Studentenheime entweder sich selbst anzugliedern oder doch zu fördern. Erfreulich ist, daß die ganze Bewegung von sozialetischen und sozialpädagogischen Gedanken stark durchtränkt ist.

#### Literatur

Das Genfer *Internationale Arbeitsamt* hat in seinem Jahrbuch als 5. Teil einen besondern Abschnitt herausgegeben, der das Genossenschaftswesen behandelt. Er ist zum Preis von 3,50 Mark auch gesondert zu beziehen. Das Internationale Ar-

beitsamt hat mit dieser Arbeit einen dankenswerten Versuch unternommen. Von 31 Ländern werden die vorhandenen Genossenschaftsverbände aufgezählt, ihre Adressen, ihre Zeitschriften, die Zahl der Einzelgenossenschaften und die Mitgliederziffern sowie die Zugehörigkeit zu einer internationalen Organisation. Überflüssig ist in dieser Zusammenstellung die namentliche Angabe des Hauptrepräsentanten des Verbandes in seiner Zentrale. An ihrer Statt hätte man gern etwas über die wirtschaftliche Tätigkeit der Genossenschaften erfahren. Es ist allerdings zuzugeben, daß dieser Wunsch nur schwer erfüllbar ist, weil die Zusammenfassung der Leistungen der Genossenschaften in eine Umsatzsumme schwierig, zum Teil sogar unmöglich ist. Es wird aber doch nichts anderes übrig bleiben, als eine Geldsumme zur Illustrierung der wirtschaftlichen Tätigkeit des betreffenden Verbandes einzusetzen, selbst auf die Gefahr hin damit keine ganz richtige Vorstellung von der Bedeutung der Genossenschaften zu vermitteln. Über die Großeinkaufsgesellschaften und ihre Bedeutung sind sich die Verfasser der Zusammenstellung offenbar nicht ganz im klaren gewesen; in den meisten Fällen werden sie den selbständigen Verbänden gleichgestellt und mit ihnen zusammen aufgeführt. An sich ist es auch erwünscht, daß in solchen Zusammenstellungen die Großeinkaufsgesellschaften erwähnt werden. Sie sind aber nicht in allen Ländern den Verbandsorganisationen gleichzustellen, gehören diesen vielmehr meistens als Mitglied an. Bei jener Methode kommen die Länder zu kurz, die, wie die Schweiz und Dänemark, keine vom Verband streng getrennte Großeinkaufszentrale eingerichtet haben. Im großen und ganzen darf man aber dem Internationalen Arbeitsamt für seine Zusammenstellung dankbar sein. Da der Internationale Genossenschaftsbund in London seit dem Weggang Hans Müllers kein Jahrbuch mehr erscheinen läßt, fehlt es an Zusammenstellungen über die Genossenschaftsinternationale, und es ist erfreulich in der vorliegenden Zusammenfassung einen allgemeinen Überblick zu besitzen. Er ist besonders auch deshalb wertvoll, weil er die Zeit nach dem Krieg behandelt. Bei einer Wiederholung dieser Aufstellung wäre es aber dringend erwünscht, wenn der Versuch gemacht werden würde, was diesmal nicht geschehen ist, auch die wirtschaftliche Bedeutung der Genossenschaften in geeigneter Weise zu illustrieren.

Frauenbewegung / Meta Corssen

Cauer †

Am 3. August starb in Berlin Minna Cauer, fast 81 Jahre alt. Eine Bahnbrecherin im Kampf um die Freiheit der Frauen, die bis zuletzt ihre Kampfesglut und ungetrübten Blick für Gegenwart und Zukunft bewahrt hat. Sie wurde am 1. November 1841 in einem märkischen Pfarrhaus geboren. In Berlin trat sie als Gattin des Stadtschulrats Eduard Cauer in Beziehung zu führenden liberalen Politikern. Von der Beschäftigung mit politischen und geschichtlichen Problemen aus wandte sie sich nach dem Tod ihres Mannes der Frauenbewegung zu, in deren vorwiegend auf Bildungs- und Erwerbsfragen gerichtete Bestrebungen mit ihrem Eintritt eine starke politische Note trat. Gleiches Recht auf allen Gebieten für ihr Geschlecht zu erringen, vor allem ihm den Weg zur Mitarbeit am staatlichen Leben freizumachen war das Ziel, dem sie in jahrzehntelangem, unermüdlichem, mit Leidenschaft und Hingabe geführtem Kampf die Frauenbewegung zuzuführen strebte. Im Jahr 1888 gründete sie den Verein Frauenwohl, der zum Ausgangspunkt der radikalen Richtung in der bürgerlichen Frauenbewegung wurde; 31 Jahre stand sie an seiner Spitze, 1902 wurde unter Umgehung des Vereinsgesetzes, das damals noch den Frauen den Anschluß an politische Organisationen verbot, der Verein für Frauenstimmrecht gegründet, der sich dann nach Aufhebung dieser Bestimmungen 1908 in ganz Deutschland ausbreitete. Er sammelte um seine Fahnen alle bürgerlichen Kämpferinnen für politische Gleichberechtigung und hatte Jahre lang schwer gegen den Widerstand der Rechten in der Frauenbewegung zu kämpfen, die das Stimmrecht oder das offene Eintreten dafür ablehnte. Von den Vertreterinnen dieses rechten Flügels ist Minna Cauer auch persönlich fast bis an ihr Lebensende angefeindet, ja beinahe gehaßt worden, und sie hat oft schwer unter dieser Feindschaft gelitten. Minna Cauer war durchaus Gefühls-mensch. Sie war eine Fanatikerin der Freiheit, und dieser glühende Freiheitsdurst ließ sie die politische Abhängigkeit der Frauen als eine Verletzung ihres Menschenrechts empfinden. Sie kannte keine taktischen Bedenken, "Alles oder nichts!" war ihre Parole auch in der Politik. Darin ruhte ihre persönliche Stärke, aber freilich zuwei-

len auch ihre politische Schwäche. So trennte sie sich von der von ihr selbst geschaffenen Stimmrechtsbewegung, als in der Zeit der Kämpfe um das preußische Wahlrecht die Tendenz durchdrang statt des allgemeinen gleichen Wahlrechts für die Frauen nur das auch für die Männer geltende zu fordern; ein aus der damaligen politischen Situation heraus durchaus berechtigter Entschluß, für Minna Cauer aber ein Abfall vom Prinzip, eine Fahnenflucht, die ihr als das schlimmste Unrecht erschien. Auch in der allgemeinen Politik war Cauer nicht eigentlich Realpolitikerin. Auch hier entströmte ihr Wollen vor allem warmer humanitärer Empfindung, und wie viele Frauen glaubte sie mit dem Feuer ihrer Begeisterung und Beredsamkeit die altruistischen Triebe der Menschen wecken, in ihnen das gleiche Feuer der Friedensliebe entzünden zu können. So wirkte sie aus ihrer eigenen Natur heraus als Pazifistin, und im Gegensatz zu der Mehrzahl der deutschen Frauen hat sie sich auch während des Weltkriegs niemals auch nur im leisesten von nationalistischen Strömungen mitreißen lassen. In ihrer Zeitschrift, der Frauenbewegung, in der sie von 1895 an bis zu ihrem Eingehen 1920 ihre Ideen verfocht, trat sie stets für Frieden und Völkerversöhnung ein, während des Krieges fortdauernd durch die Zensur gehemmt. Und als der Novemberumsturz die Forderung, für die sie ihr Leben lang gekämpft hatte, erfüllte, wies sie den Frauen den Kampf für den Pazifismus als letztes und höchstes Ziel der Politik. Ihr Interesse erschöpfte sich im übrigen durchaus nicht in der Stimmrechtsbewegung. Schon 1889 hatte sie den Kaufmännischen Verband für weibliche Angestellte, die erste bedeutende weibliche Berufsorganisation, gegründet; 1893 schuf der Verein Frauenwohl die Mädchen- und Frauengruppen für soziale Hilfsarbeit, die eine große Zahl Frauen für diese gewannen. Cauer gehörte auch zu den ersten, die die öffentliche Erörterung des Sittlichkeitsproblems forderten. Sie hatte das wärmste Interesse und Verständnis für den Emanzipationskampf des Proletariats und war in ihrem Herzen von jeher Sozialistin. Wenn sie sich der Partei nicht offiziell anschloß, so geschah dies, weil sie mit deren, wie ihr schien, philosophisch materialistischer Gesinnung nicht mitgehen konnte. Aber stets war sie für ein Zusammengehen mit den Sozialdemokratinnen in bestimmten Fragen zu haben;

wie umgekehrt auch diese sie fast als eine der Ihrigen betrachteten. Der Zeichen der Zustimmung und Verehrung, die ihr von dieser Seite zuzingen, hat sie sich stets besonders gefreut.

Minna Cauer, der neben all ihrem Wirken noch immer Zeit und Interesse für ihre Freunde wie für alle Hilfsbedürftigen blieb, wurde Liebe und Freundschaft in höchstem Maß zuteil. Was sie ihren Freunden war, das zeichnet in ergreifenden Worten in einer kleinen Gedenkschrift für ihre Freunde ihre Schülerin und langjährige Mitarbeiterin Else Lüders. Minna Cauers Name wird in der deutschen Frauenbewegung nicht vergessen werden können; sie gehört zu ihren historischen Gestalten.

**Gesetzgebung** Der *deutsche* Reichstag hat das Gesetz angenommen, das die Frauen zum Schöffen- und Geschworenennamt zuläßt. Eine Frau darf die Berufung ablehnen, wenn die Fürsorge für ihre Familie ihr die Ausübung der Funktion erschwert. Das Gesetz bestimmt, daß mindestens 1 Schöffe ein Mann sein muß.

Das Gesetz über Änderung der Wahlen nach der Reichsversicherungsordnung, das am 28. April 1922 veröffentlicht wurde, gibt den Frauen die gleichen Rechte in der sozialen Versicherung wie den Männern. In den ehrenamtlichen Vertretungen der Arbeitgeber und der Versicherten bei den Versicherungsbehörden und Landesversicherungsanstalten hatten die Frauen bisher nur ein aktives Wahlrecht; jetzt können sie selbst zu Beisitzern gewählt werden und bei der Entscheidung von Streitigkeiten, die aus der Durchführung der Versicherung entstehen, mitwirken.

Die Rechte der verheirateten Beamtinnen sind trotz ihrer verfassungsmäßigen Festlegung in Wirklichkeit immer noch nicht klargestellt. Das Reichsgericht hat die Bestimmung des bayrischen Volksschulgesetzes, daß das Dienstverhältnis der Lehrerinnen mit der Eheschließung erlösche, für reichsverfassungswidrig erklärt. Darauf sind zwischen dem Reichsministerium und den Landesregierungen Verhandlungen über die Weiterbeschäftigung verheirateter Lehrerinnen angeknüpft worden, die noch nicht zum Abschluß gekommen sind. Sie veranlaßten eine vorläufige Verfügung des preußischen Kultusministers vom Januar 1922, nach der den an öffentlichen Schulen endgültig angestellten Lehrerinnen einseitigen nicht gekündigt werden darf, während sie früheren Erlassen zufolge

nur auftragsweise und widerruflich weiterbeschäftigt werden konnten.

Am 14. Juni wurde im preußischen Landtag das Hebammengesetz mit den Stimmen aller Parteien außer denen der Kommunisten angenommen. Es bestimmt, daß neben frei praktizierenden Hebammen dort, wo sie nicht ausreichen, Bezirkshebammen angestellt werden müssen. Der Grundsatz der freien Hebammenwahl wird aufrechterhalten. Außerdem werden die Entschließungen des Ausschusses, die eine Beihilfe für bedürftige Hebammen im Alter von mehr als 65 Jahren und eine reichsgesetzliche Regelung des Hebammenwesens fordern, angenommen.

Der *belgische* Senat hat einem Gesetzentwurf zugestimmt, der den Frauen nach Abschluß des juristischen Studiums das Recht gibt die Advokatur auszuüben.

In *Holland* nahm die Zweite Kammer mit 41 gegen 36 Stimmen einen sozialdemokratischen Antrag auf Zulassung der Frauen zum Richteramt an. Allerdings hat der gegenwärtige Justizminister erklärt, daß er einen dahingehenden Gesetzentwurf nicht einreichen werde, so daß die Verwirklichung der Entschließung von der Dauer des jetzigen Ministeriums abhängt.

**Wahlrecht** Im *deutschen* Reichstag ist am 19. Dezember 1921 eine Novelle über die Kauf-

mannsgerichte verabschiedet worden, die den Frauen auch das passive Wahlrecht zu den genannten Gerichten verleiht.

In der *Schweiz* hat sich eine Volksabstimmung mit großer Mehrheit gegen das Frauenstimmrecht entschieden.

In *Belgien* hat der Minister des Innern einen Gesetzentwurf eingebracht, der den Frauen das passive Wahlrecht zu den Provinzialvertretungen gibt. Die Mitglieder der linksliberalen Fraktion in Kammer und Senat haben sich fast einstimmig gegen die Einführung des Frauenstimmrechts erklärt.

Ein Gesetzentwurf will den Frauen *Hollands* das allgemeine Wahlrecht geben. Die Republikanische Partei in *Spanien* beschloß für das Frauenwahlrecht einzutreten, obgleich ein Teil der Mitglieder die Befürchtung äußerte, daß die Reaktion dadurch gestärkt werden könnte.

Die Petition der Lady Rhondda, die als Pair in das *englische* Oberhaus aufgenommen werden wollte, ist von der Kommission für die Wählbarkeit zum Oberhaus abschlägig beschieden worden, weil Frauen zur Pairwürde nicht zugelassen werden könnten. Dagegen ist im Unter-

haus mit 208 gegen 60 Stimmen ein Antrag angenommen worden, der allen Frauen, die über 21 Jahre alt sind, das Wahlrecht gibt, sie also den Männern gleichstellt.

Nach dem neuen Frauenstimmrecht, das in *Ungarn* auf dem Verordnungsweg eingeführt ist, sind wahlberechtigt 1. die Frauen, die 30 Jahre alt sind, 6 Volksschulklassen absolviert haben, seit 10 Jahren Staatsbürger und 2 Jahren seßhaft sind; 2. diejenigen, die 4 Jahre die Volksschule besucht haben, verheiratet und Mutter von 3 lebenden Kindern sind oder von ihrem eigenen Vermögen leben oder einen selbständigen Lebensunterhalt haben; 3. die Frauen unter 30 Jahren, die eine Hochschule besucht haben. Die Wirkung dieser Bestimmungen ist, daß die Arbeiterinnen zum größten Teil vom Wahlrecht ausgeschlossen werden.

Der Senat in Bukarest nahm mit großer Stimmenmehrheit einen Gesetzentwurf an, der den *rumänischen* Frauen das Wahlrecht zum Gemeinderat bewilligt.

In *Griechenland* stellte der Premierminister den Frauen die Gewährung der politischen Rechte in sichere Aussicht. In *Amerika* wurde eine Bewegung eingeleitet, die das Ziel hat auch den 3 Millionen "farbiger" und "halbfarbiger" Frauen das Stimmrecht, das die "weißen" Frauen schon haben, zu verschaffen. Die Einführung des Frauenstimmrechts in *Japan* ist im Parlament mit 249 gegen 137 Stimmen abgelehnt worden.

In den *indischen* Präsidentschaften Madras und Bombay haben die Frauen das Stimmrecht erhalten.

Am 1. April wurde im Parlament der *Südafrikanischen Union* die Einführung des Frauenstimmrechts mit 55 gegen 51 Stimmen abgelehnt.

#### Tagungen

Es sollen hier noch kurz die Berichte über die wichtigsten Tagungen des letzten Jahreszeitraums, 1921-1922, nachgetragen werden.

Der *Bund deutscher Frauenvereine* hielt vom 5. bis zum 8. Oktober 1921 seine Generalversammlung in Köln ab. Die Umgestaltung des Familienrechts auf der Grundlage der Gleichberechtigung der Geschlechter wurde eingehend beraten. Man forderte Regelung der Angelegenheiten des ehelichen Lebens durch Über-einkunft, Erteilung der elterlichen Gewalt an Vater und Mutter und Ermöglichung der Ehescheidung bei Zerrüttung der Ehe auch auf einseitigen Antrag. Referate über die Familie als sittliche Erziehungsmacht, Familie und Jugend-

wohlfahrt betonten den Wert der Familie; ihre Aufgabe der Jugenderziehung solle die Allgemeinheit nur übernehmen, wenn die Familie versagt, und der Einzelhaushalt sei, auch wenn er wirtschaftlich unrationell ist, wegen des erzieherischen Wertes der Hausarbeit beizubehalten. Für die Mädchenbildung verlangte man Zugang zu allen Bildungsanstalten, Ausbau der Mädchenschulen (im besondern Ausgestaltung des Lyzeums zu einem Bestandteil des höhern Schulwesens, der Mittelschule als Vorbereitung für praktische Berufe mit Übergang zur Frauenschule, Wegfall des Oberlyzeums), Koedukation nur für den Fall, daß gesonderte Mädchenbildungsanstalten nicht geschaffen werden können, und schließlich ausschlaggebenden Einfluß der Frauen in Schulleitung und Ordinariaten. Ein besonderes Referat hob die Wichtigkeit der staatsbürgerlichen Erziehung gerade für die Mädchen hervor. Besprechungen von Berufsberatung und Berufsbildung führten zu einer Resolution, in der gegen die Minderbewertung der weiblichen Arbeit, besonders bei den Reichsbeamten, scharf protestiert wurde. Zu neuen Einsichten hat die neue Lage im Deutschland der Nachkriegszeit die Hauptvertretung der deutschen Frauen noch nicht gebracht.

Vor dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Görlitz wurde dort am 17. September 1921 eine *deutsche sozialdemokratische Frauenkonferenz* abgehalten. Sie erörterte die sozialen Aufgaben der Frau in den verschiedenen Zweigen der Fürsorge. Die Mitarbeit der sozialdemokratischen Frauen an bürgerlichen Frauenvereinen wurde grundsätzlich abgelehnt, sie sollen sich dem Ausbau der öffentlichen Wohlfahrtspflege widmen. Außerdem wurde eine Reihe von Beschlüssen, meistens auf Antrag der Münchener Vertreterinnen, gefaßt, die zum Teil dem Reichstag zuzugingen: Man forderte von der Regierung Aufhebung der Bestimmungen gegen weibliche Beamte, die uneheliche Kinder haben, ferner Annahme des internationalen Übereinkommens, das vom Arbeitsamt des Völkerbunds zur Versorgung und Versicherung der arbeitenden Mütter vorgeschlagen und von verschiedenen auswärtigen Staaten angenommen ist. Dem Zentralbildungsausschuß überwies man unter anderm die Anregung die Lehrbücher in den Schulen von jeder Art Kriegsverherrlichung zu reinigen. Auf der Konferenz der *sozialdemokratischen Frauen Österreichs*, die im November 1921 im Ottakringer Arbeiterheim



stattfinden, wurden entschiedene Maßnahmen zur Entlastung der Frau im Haus durch Zentralisation der Hauswirtschaft unter Hinweis darauf gefordert, daß sonst die Frage der gleichen Entlohnung männlicher und weiblicher Arbeit überhaupt nicht zu lösen sei.

Vom 15. bis zum 22. Mai 1922 fand im Haag eine Sitzung des Vorstandes und der Ausschüsse des *Internationalen Frauenbundes* statt, an der sich zum erstenmal nach dem Krieg der Bund deutscher Frauenvereine wieder beteiligte. Die deutschen Vertreterinnen, die sich von der Tagung des Bundes in Kristiania ferngehalten hatten, weil sie, solange Deutschland nicht im Völkerbund sei, nicht mit den Frauen der Siegerländer zusammenarbeiten wollten, sich dann aber, da auf dieser Tagung die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund gefordert wurde, zur Wiederaufnahme der Beziehungen entschlossen, wurden mit großer Herzlichkeit aufgenommen. In dem Ausschuß für Frieden und Schiedsgericht regte Marie Elisabeth Lüders an, daß die Nationalbünde bei ihren Regierungen für die Einsetzung eines neutralen Ausschusses zur Untersuchung der Vorgeschichte des Krieges eintreten sollten; der Vorschlag wurde von der französischen Vertreterin Avril de Sainte-Croix und ihrer belgischen Kollegin unterstützt.

ist eine Frau als *Pfarrgehilfin* angestellt worden. ◊ Zur *Bürgermeisterin* wurde in Fairport im Staat New York Anny Kaukonen, eine gebürtige Ungarin, gewählt. Sie ist erst 25 Jahre alt, hat sich während ihrer Studienzeit als Helferin im Sanitätsdienst des Krieges betätigt und dann den Doktorgrad erworben. ◊ Am 30. Juni hatten die *freien Gewerkschaften* Deutschlands 1 694 598 weibliche Mitglieder, neben 6 284 633 männlichen. Die Zunahme der organisierten Frauen war im letzten Quartal relativ viel stärker als die der Männer. ◊ Am 16. September wird *Helene Simon* 60 Jahre alt. Die Heidelberger Universität ehrte sie durch Verleihung der Würde eines Ehrendoktors. Helene Simon ist über die Grenzen Deutschlands als Sozialpolitikerin und Schriftstellerin bekannt. Ihr Buch über Robert Owen ist die vorzüglichste Quelle über den großen Utopisten. Hervorragend in dem psychologischen Urteil über ihre Helden wie in der Schönheit der Darstellung ist auch ihr Werk William Godwin und Mary Wollstonecraft. Ganz in das sozialpolitische Gebiet fällt die Studie *Schule und Brot*, durch die Helene Simon die Bewegung für die Schulspeisungen einleitete; ihr ist deren Durchführung bei uns zu danken. In zahlreichen Aufsätzen in Schmollers Jahrbüchern und sozialpolitischen Zeitschriften setzte sie sich mit verschiedenen sozialpolitischen Problemen auseinander. Den Lesern der Sozialistischen Monatshefte ist sie noch besonders dadurch bekannt geworden, daß sie hier im Jahr 1919 die Rundschau Sozialpolitik bearbeitete. In den letzten Jahren widmete sie ihre Haupttätigkeit dem Gebiet der Kriegshinterbliebenenfürsorge; von 1915 bis 1918 war sie die Geschäftsführerin des Arbeitsausschusses der Kriegerwitwen- und -waisenfürsorge. Auch jetzt noch gehört sie dem Reichsausschuß der Kriegsbeschädigten- und -hinterbliebenenfürsorge an. Auf ihren Arbeitsgebieten ist sie eine ausgezeichnete Sachkennerin. Dazu zeigen ihre Schriften und ihr persönliches Auftreten eine tiefe Herzenswärme und innige Anteilnahme an menschlichem Leiden. Helene Simon ist zwar nicht eigentlich Frauenrechtlerin; doch hat sie ihr Interesse, besonders für die psychologischen Fragen, die sich aus dem Frauenproblem ergeben, ebenfalls bekundet, und zwar in dem wertvollen Buch, das sie mit Adele Gerhard zusammen verfaßte: *Mutterschaft und Arbeit*. Wir dürfen von ihr noch manche Gabe erwarten.

#### Totenliste

Am 1. März starb in Berlin die Ärztin *Marie Kaufmann-Wolf* im Alter von

44 Jahren. Sie war in Alzey geboren, studierte nach ihrer Verheiratung Medizin und widmete ihre Lebensarbeit wissenschaftlichen Forschungen auf dem Gebiet der Haut- und Geschlechtskrankheiten, von denen eine, die Soormykoxy, nach ihr benannt worden ist. Sie war an der Berliner Charité angestellt, seit 1914 als Oberarzt und Vorsteherin der Frauenstation der Dermatologischen Abteilung, und bewahrte in ihrer praktischen Wirksamkeit stets eine warme hilfsbereite Menschlichkeit. Mit der Frauenbewegung blieb sie in lebendiger Beziehung und vertrat, speziell auf dem Gebiet der Sittlichkeitsbestrebungen, ihre Forderungen mit großem Nachdruck.

#### Kurze Chronik

An der Universität Köln ist eine neue *Privatdozentin*, Ermentrude von Ranke,

auf Grund der Habilitationsschrift *Die Kölner Handelsbeziehungen im 16. und 17. Jahrhundert* zugelassen worden. Ihr Spezialgebiet ist Verfassungs- und Kultur- sowie Wirtschaftsgechichte. ◊ In Jena

## Literatur

Das Weiberbuch von Hans W. Fischer /München, Albert Langen/ ist, obgleich es seinen Eingangssätzen nach Sinn und Wert des Weibes begründen zu wollen scheint, doch nur eine Sammlung geistreicher Feuilletons, in denen mit einzelnen guten Beobachtungen und treffenden Bemerkungen sehr viel willkürliche Konstruktionen durcheinandergewirbelt sind. Was von vornherein eine wirkliche Lösung unmöglich macht, ist der Standpunkt, den der Verfasser zu der Frage einnimmt. Er fragt nicht nach dem Wesen der Frau sondern nach ihrer Bedeutung für den Mann, nach der Wirkung, die sie auf ihn ausübt. Wenn gleich zu Anfang und auch an anderen Stellen entschieden die Gleichwertigkeit des Weibes gegenüber dem Mann bejaht wird, so ist das nur Schein; in Wirklichkeit fehlt in dem ganzen Buch jede Achtung vor dem Menschlichen in der Frau. Der Mann betrachtet hier die Frau nur als Objekt eines, wenn auch verfeinerten sinnlichen, ästhetischen Genusses (ihre höchste Lebensform ist der Tanz) oder, wenn es ihm gefällt, sie als »im Reich der Kreatur«, im »Metaphysischen« wurzelnd anzusehen, als Substrat seiner Spekulationen; neben den brutalen Verdammungsurteilen über Frauen, die die gewünschte Einheit von Seele und Materie in ihrer Person nicht herstellen können, wirken die Verhimmelungen des vollendeten Weibes unecht. Alle Begriffsbestimmungen über den Unterschied der Geschlechter (der Wert des Mannes beruht auf der Leistung, der des Weibes auf dem Sein usw.) sind schematisch und ohne Wert. Es versteht sich, daß der Verfasser die »Weiberbewegung« nicht ernst nimmt. Dennoch stimmt er all ihren Forderungen zu, weil die Berufstätigkeit der Frauen als Konkurrenz für den Mann diesem vielleicht ein heilsamer Ansporn sein werde und im übrigen hübschen, reizenden, schlanken Mädchen nicht weiter schaden sondern unter Umständen ihren Reiz erhöhen könne. ◊ Die kleine Schrift *Camilla Jellinek's* Frauenbewegung /München, Parcus/ bietet eine gute, knappe Orientierung über die Entwicklung und den jetzigen Stand der Frauenbewegung. Sie ist angelegentlichst zur Lektüre und Weiterverbreitung zu empfehlen; namentlich auch unter den jungen studierenden oder berufstätigen Mädchen, die die Früchte der Frauenbewegung ernten, ohne von ihrem Werden, ihrer Bedeutung, der Arbeit, die an sie gewandt wurde, eine Ahnung zu haben.

## WISSENSCHAFT

Exakte Naturwissenschaften / Ernst Lau

Physik und  
Metaphysik

Der normale Physiker beschäftigt sich durchaus mit den Gesetzmäßigkeiten der endlichen physikalischen Gegebenheit. Aber die Verknüpfung mit erkenntnistheoretischen und metaphysischen Problemen bleibt bestehen, und gerade umfassende Geister versuchen oft vom Boden der Physik aus in diese Gebiete vorzustößen. Meist jedoch mit wenig Glück und wenig dauerndem Erfolg, wie die Beispiele Fechner, Oliver Lodge und andere lehren. Fechner und Oliver Lodge fanden hauptsächlich ihren Weg zu der Spekulation von der Frage des Verhältnisses des Geistes zu den physikalischen Qualitäten, und sie kamen dadurch zu einer Zentralfrage der heutigen Metaphysik.

Eine nicht weniger wichtige Frage steht heute stark zur Diskussion; die Frage nach dem Weltanfang. Der konkrete Ausgangspunkt der Überlegungen ist die Tatsache des "geringen" Alters der großen Mehrzahl der Fixsterne. Friedrich Nölke /Bremen/ hat sich neuerdings über diese Fragen in der Zeitschrift für Physik geäußert. Die überwiegende Zahl der Fixsterne ist noch in leuchtendem Zustand. Diese Tatsache ist ungemein auffällig. Wäre nämlich unser Fixsternsystem unendlich alt, so müßten die Energieunterschiede längst ausgeglichen sein, und wir dürften nur erkaltete Sterne vor uns sehen. Ja, man kann noch weiter gehen: Auch die Materie müßte sich infolge der Radioaktivität auflösen, und wenigstens die Elemente hohen Atomwichts müßten verschwunden sein. Nichts von alledem ist der Fall.

Unlängst wurde in dieser Rundschau (1922 I, Seite 362 f.) bereits der Versuch Walter Nernsts besprochen diesem Dilemma zu entgehen. Er postulierte die Neubildung von Atomen hoher Ordnungszahlen aus dem Äther, herangerufen durch Absorption des Lichts. Ernst Wiechert dagegen, der sich auch mit diesen Fragen beschäftigt, nimmt eine Rückströmung von Ätherenergie auf die Sterne an. Nernst und Wiechert sind einig darin, daß man eine Antwort auf die durch das Entropiegesetz nahegelegte Frage finden müsse. Beide sind sich einig, daß man annehmen müsse, das Universum sei als "ewig" anzusehen, es sei also kein Schöpfungsakt aus dem Entropiegesetz zu postulieren. Nölke stimmt ihnen im letzten Punkt bei, lehnt aber aus erkenntnistheoretischen Gründen die gan-

ze Frage ab. »Das, was die Welt war, als das Erkennen noch in raum- und zeitlosem Schlummer lag, und was sie sein wird, wenn es einst ausgelöscht ist, kann nicht mehr Gegenstand der Forschung sein.« Er glaubt sich dabei auf Kant berufen zu können. Diese Formulierungen Nölkes sind so unklar, daß man keine Antwort bekommt, wie weit die Forschung vordringen darf, und wo sie haltmachen muß. Sind zum Beispiel geologische Altersschätzungen von Gebirgen noch erlaubt? Sind geologische Mutmaßungen über die Entwicklung der Lebewelt noch erlaubt? Wo liegt die Grenze? Die Fragestellungen der oben genannten Forscher sind vollkommen berechtigt. Fragen, auf die man keine Antworten findet, sind nicht aus dem Bereich der Wissenschaft zu verbannen. Sonst käme man zu einer traurigen Versumpfung. Auch eine Fragestellung, auf die sich keine Antwort findet, gibt schon einen Hinweis. An der Grenze der Physik schlummern ernste metaphysische Fragen, die gewiß nicht aufzuklären sind, deren man sich aber wohl bewußt bleiben muß. Mag man vielleicht auch sagen: Ignoramus et ignorabimus. Ignorieren darf man die Fragen dennoch nicht.

#### Physik und Erkenntnistheorie

Es soll hier nicht etwas Systematisches über den Zusammenhang zwischen

Physik und Erkenntnistheorie gesagt sondern im wesentlichen nur eine historische Beobachtung über das Verhalten der Physiker zur Erkenntnistheorie gegeben werden. Liest man in den Schriften der Physiker der letzten und vorletzten Generation, so findet man oft überaus emphatische Äußerungen über die Geltung der Naturgesetze. Allein die Tatsache, daß es überhaupt Gesetze gibt, die immerdar gelten, erhob den Physiker zu platonischen Gedanken über immer gültige Normen, die etwa die Natur ebenso beherrschten wie die geometrischen Axiome im Kantischen System unser Denken.

Je ausgebreiteter jedoch die Forschung, je feiner die Methodik des Experiments durchgebildet wurde, um so mehr wurde eine andere Tatsache zu einem ständigen Erlebnis der Forscher: nämlich die, daß sich bei sehr vielen Gesetzen Abweichungen finden ließen, kurz, daß alles nicht so glänzend stimmt, wie man es sich im ersten Augenblick gedacht hat. Dieses Erlebnis führte, übertrieben gewertet, zum Positivismus oder, wo das Erlebnis nicht systematisch ausgewertet

wird, zu einem chronischen Mißtrauen gegen die Richtigkeit unseres Wissens. »Heute haben wir überhaupt weniger Respekt vor Dogmen in der Physik«, so äußerte sich M. von Smoluchowski auf dem Naturforschertag von 1912. Es ist auch nur ein Symptom für die charakterisierten Erscheinungen, wenn Nernst in seiner Rektoratsrede sagte, »daß es der menschlichen Forschung bisher nicht gelungen ist auch nur ein einziges strenges Naturgesetz ausfindig zu machen, und daß wir daher zweifellos den Boden der Erfahrung verlassen, wenn wir die Existenz vollkommen strenger Naturgesetze, wie es zum Beispiel Laplace tat, ohne weiteres als gegeben voraussetzen. Ob die allgemeineren Folgerungen, die daraus gezogen wurden, alle richtig sind ist zweifelhaft. Nernst glaubt die Abweichungen daraus erklären zu können, daß wir im Experiment stets statistische Phänomene vor uns haben, deren einzelne Komponenten sich der Einsicht entziehen. Charakteristisch ist, daß hiermit die Abweichungen begründet werden. Das Kausalitätsprinzip wird damit in voller Strenge aufrechterhalten. Allerdings, dem Forscher wird eine volle Übersicht über jede Einzelheit nicht mehr zugetraut. Damit wird das Kausalitätsprinzip zu einem Ideal, das den Forscher zwar dauernd leitet, aber das er niemals verwirklicht. Ich möchte bei dieser Gelegenheit die Vermutung aussprechen, daß derartige Gedanken besonders auftauchen müssen, wenn das Nahwirkungsprinzip zur Geltung gebracht wird. Wenn Fernwirkungen zum Beispiel bei der Gravitation und den elektrostatischen Anziehungen beständen, dann wäre eine vollständigere kausale Erfassung der Vorgänge möglich. Wenn aber nur Nahwirkungen auftreten können, so haben alle meßbaren Vorgänge eine unendliche Zahl von Teilvorgängen als Voraussetzung, von denen jeder einzelne allen möglichen Störungen ausgesetzt sein kann, ohne in der Messung zum Ausdruck zu kommen, und dann haben wir in der Tat nur statistische Phänomene vor uns.

#### Stereoskopisches Sehen

Seit längerer Zeit hat man auf dem Gebiet des stereoskopischen Sehens wieder zu forschen begonnen. Die alte Anschauung, die von Wheatstone begründet und von Hering und Hillebrand vervollkommen worden war, läßt sich kurz etwa so zusammenfassen: Man kann durch die Mitte der beiden Netzhäute ein Koordinatenkreuz legen. Punkte mit gleichen

Koordinaten auf den beiden wird man identische Punkte nennen. Werden nun alle identischen Punkte gleichartig gereizt, so entsteht ein ebenes Bild, werden sie so gereizt, daß gleichartige Reize auf nicht identische Punkte treffen, so entstehen stereoskopische Bilder. Im Verfolg dieser Anschauungen stellte sich zunächst durch Versuche von Helmholtz heraus, daß zweifellos nicht Punkte mit gleichen Koordinaten als identisch zu bezeichnen sind. Die einander zugeordneten identischen Punkte zeigten vielmehr in ihren Koordinaten gewisse systematische Abweichungen. Über die weitere Frage, wie die Netzhautbilder ihre Elemente zum Vergleich bringen, bestand noch Unklarheit. Man machte sich zwar einige Gedanken darüber, ohne sie jedoch experimentell prüfen zu können.

Neuerdings ist es dem *Bearbeiter dieser Rundschau* gelungen wenigstens etwas Licht in dieses Dunkel zu bringen. Er wurde zunächst dadurch aufmerksam, daß eigene Versuche und besonders die Versuche von Jaensch nicht exakt mit den obigen Theorien in Einklang zu bringen waren. Jaensch hat eine so große Zahl von schwer analysierbaren Abweichungen von dem geforderten stereoskopischen Sehen entdeckt, daß man zu der Überzeugung kommen mußte, hier liegt ein tieferer gemeinsamer Grund vor. Der Verfasser hat folgenden Versuch vorgenommen. Er hat beiden Augen die Zöllnersche Täuschung gezeigt. Die parallelen Linien, die schräg schraffiert wurden, waren für beide Augen kongruent, aber die Schraffierung war bei jedem Auge etwas verschieden von der des andern Auges. Die Täuschung hatte so für beide Augen einen etwas verschiedenen Grad. Es zeigte sich nun, daß bei binokularer Betrachtung die parallelen Linien auch räumlich schräg zu stehen schienen. Damit ist der Beweis erbracht, daß das stereoskopische Sehen unabhängig von den Netzhautelementen ist, vielmehr erst zustande kommt, wenn jedes Auge selbständig die Form des Gegenstands erfaßt hat. Differenzen zwischen den Formen oder Gestalten der beiden Augen werden dann stereoskopisch gesehen.

#### Feinstrukturkonstante

Die empirische Grundlage der Bohrschen Atomtheorie bildet die Spektrallinienreihe des Wasserstoffs, die ungefähr durch die von J. J. Balmer aufgestellte Formel  $\nu = N \left( \frac{1}{n^2} - \frac{1}{m^2} \right)$  beschrieben wird;  $\nu$  bedeutet dabei die Schwingungszahlen,  $N$  ist

die sogenannte Rydbergsche Konstante und hat den Wert 109677,69, für  $n$  ist der Wert 2 einzusetzen, und  $m$  durchläuft die Reihe der ganzen Zahlen. Das wichtigste Ergebnis der Bohrschen Theorie ist die Ableitung der Rydbergschen Konstante aus universellen physikalischen Konstanten:  $N = \frac{2 \pi^2 m_0 e^4}{h^3 c}$ . Nun

besteht aber eine Schwierigkeit für die Theorie darin, daß die empirische Balmerreihe eine Dublettserie ist. Arnold Sommerfeld war es gelungen durch eine Verallgemeinerung der Bohrschen Theorie dieses Dublett zu berechnen. In dieser Berechnung spielen die Quantentheorie und die Relativitätstheorie eine wichtige Rolle. Die Berechnung beruht auf der Annahme, daß das Elektron nicht nur Kreisbahnen um den Kern beschreibt sondern auch Ellipsenbahnen. Dabei ändert sich zum Beispiel die Masse des Elektrons infolge einer andern Geschwindigkeit als bei der Kreisbahn.

Sommerfeld hat seine Berechnungen sehr weit durchgeführt. Leider aber haben besonders von Ernst Gehrcke und dem Bearbeiter dieser Rundschau ausgeführte Messungen bewiesen, daß die Sommerfeldsche Theorie unhaltbar ist. Die Feinstrukturkonstante hat sich so ergeben, als ob man in die Sommerfeldschen Gleichungen anstatt der relativistischen Formeln die Abrahamschen Formeln der scheinbaren Masse des Elektrons einsetzen müßte. Sommerfeld hat das Experiment als *experimentum crucis* für oder wider die Relativitätstheorie angesehen. Er hat damit wohl die Sicherheit seiner Anschauungen überschätzt. Jedenfalls steht der Physiker hier vor einer Konstante, die eine gewisse Verwirrung in die Anschauungen der modernen Theoretiker bringen muß.

#### Gemeinverständliche Schriften

Die Vorlesungen Ernst Richard Neumanns zur Einführung in die *Relativitätstheorie* /Jena, Gustav Fischer/ stellen eine Einführung in diese Theorie von großem pädagogischem Wert dar. Sie führen über die Elemente der Theorie bis zu ihrer mathematischen Formulierung. Der pädagogische Charakter der Schrift läßt das Fehlen einer ausführlichen Diskussion der Gegenargumente entschuldigen. Einen »Blick in die Welt Einsteins« will auch Heinz Quint in seiner Schrift *Die Relativitätstheorie* /Wien, Anzengruberverlag/ geben. Man hat da eine Verquickung von Physik, Politik und Freidenkertum. An sich ist solch

eine Verbindung natürlich nicht in jedem Fall von Übel, aber in dieser Form wird sie gerade bei diesem Gegenstand nicht tiefer führen.

Das Chemiebüchlein, ein *Jahrbuch der Chemie* /Stuttgart, Franckh/ stellt insofern eine Neuerung in den populärwissenschaftlichen Bestrebungen dar, als es in kleinen Jahrbüchern (88 Seiten) erscheint. Es ist von Hugo Bauer herausgegeben und enthält in gedrängter Form einen Überblick über die Ergebnisse der Chemie und der physikalischen Chemie der letzten Jahre. Besondere Erwähnung verdient der Artikel Die Stickstoffgewinnung aus der Luft von Viktor Reuhs. Das Unternehmen ist sehr zu empfehlen.

**Totenliste** In Gießen ist im März der emeritierte ordentliche Professor der Chemie an der dortigen Universität *Alexander Naumann* im Alter von 84 Jahren gestorben. Im Mai starb in Stockholm der Physiker der Schwedischen Akademie der Wissenschaften *Klas Bernhard Hasselberg* im Alter von 74 Jahren.

Anfang Juni ist in Castellamare bei Neapel der Radiologe *Antonio Coppola* an einem Karzinom, das sich infolge seiner anhaltenden Beschäftigung mit den X-Strahlen herausgebildet hatte, als Opfer der Wissenschaft nach qualvollem Leiden gestorben. Coppola hatte sich seit Jahren dem Studium der radiologischen Erscheinungen und der Strahlentherapie gewidmet und die entsprechenden Einrichtungen in allen Krankenhäusern und wissenschaftlichen Instituten Neapels geschaffen.

In Tübingen ist der ordentliche Professor der allgemeinen und anorganischen Chemie *Wilhelm Wislicenus* gestorben.

In Karlsruhe starb im Juni der ordentliche Professor der Physik und Direktor des Physikalischen Instituts an der dortigen Technischen Hochschule *Otto Lehmann*, im Alter von 67 Jahren. Seine Forschungsarbeit erstreckte sich in erster Linie auf das Gebiet der Elektrizitätslehre. Seit 1890 beschäftigte er sich vornehmlich mit den von ihm entdeckten flüssigen Kristallen, deren "Lebenstätigkeit", im Film festgehalten, jetzt auch dem Laienpublikum drastisch vorgeführt werden kann.

Am 18. Juli ist in Berlin *Heinrich Rubens*, der Direktor des Physikalischen Instituts der Berliner Universität und Mitglied der Akademie der Wissenschaften, nach längerer Krankheit im Alter von 57 Jahren gestorben. Sein Hauptge-

biet war die ultrarote Strahlung; hier war er unbestrittener Meister, und er hat sich noch im vorigen Jahr durch eine Arbeit über das Plancksche Strahlungsgesetz, die auch in dieser Rundschau (1921 II, Seite 975) erwähnt wurde, ein großes Verdienst erworben. Seine wesentliche Bedeutung lag jedoch vielleicht in seiner pädagogischen Wirksamkeit. Sein Kolleg über Experimentalphysik erfreute sich allgemeiner Beliebtheit.

**Kurze Chronik** Die Saint Louis Emergency Relief Committee for German and Austrian Universities übersandte der Wilhelm Roux-Stiftung für Entwicklungsmechanik in Halle 30 000 Mark. Die Stiftung fördert die deutsche *entwicklungsmechanische Forschung* und erteilt außerdem periodisch eine Preismedaille für die bedeutendste entwicklungsmechanische Leistung der Welt.  $\diamond$  Die *Preußische Akademie der Wissenschaften* hat den Professor der Astronomie an der Universität Groningen *Jacobus Cornelius Kapteyn*, den Professor der Geographie an der Universität Leipzig *Joseph Partsch* und den Meteorologen an der Deutschen Seewarte in Hamburg *Wladimir Köppen* zu korrespondierenden Mitgliedern ihrer Physikalisch-Mathematischen Klasse gewählt.  $\diamond$  Dem Münchener Privatdozenten *Adolf Kratzer* ist das Ordinariat für theoretische Physik an der Universität Münster als Nachfolger *Madelungs* übertragen worden.  $\diamond$  Der Observator beim Astrophysikalischen Observatorium in Potsdam *Erwin Finlay Freundlich*, der besonders auf dem Gebiet der Relativitätstheorie arbeitet, ist zum Hauptobservator ernannt worden. Sein Werk *Die Grundlagen der Einsteinschen Gravitationstheorie* /Berlin, Julius Springer/ ist in mehreren Auflagen verbreitet.

**Literatur** Die Arbeit *Paul Painlevés* Les axiomes de la mécanique: Note sur la propagation de la lumière, die in der vortrefflichen Sammlung *Les matres de la pensée scientifique* /Paris, Gauthier-Villars/ herausgekommen ist, enthält eine ausführliche Diskussion der Axiome der Mechanik, sowohl der klassischen wie der relativistischen. Es wird in anderem Zusammenhang ausführlicher auf diese Arbeit, die mitten in die aktuellsten Probleme der exakten Naturwissenschaften hineinführt, zurückzukommen sein; zunächst sei ihrer Bedeutung wegen nur kurz auf sie hingewiesen.

### Religionswissenschaft / Herbert Kühnert

Judentum und Christentum »Alles hängt davon ab, ob Heidentum, Christentum oder Judentum zum führenden geistigen Ideal der Zukunft aufsteigen wird. Es sei gleich gesagt: Eine Amalgambildung von Heidentum und Christentum steht heute im Aufstieg und droht in den Zenith der Welt zu gelangen. . . . Irgendwo, abseits, mißverstanden, dunkelt das Judentum.« Diese Sätze entstammen dem wichtigen Bekenntnisbuch *Max Brods* Heidentum, Christentum, Judentum /München, Kurt Wolff/ und suchen die religiöse Lage des Abendlands auf eine Formel zu bringen. Max Brod sieht in den 3 Mächten, von denen sein Buch handelt, »extreme Urmöglichkeiten der menschlichen Seele, die einfachsten Elemente, auf die sich alle anderen Einstellungen zurückführen lassen, die sich unter anderen Namen überall wiederholen«. Dabei versteht er unter Heidentum diejenige Macht, die unter der Idee der Diesseitsfortsetzung steht, indem sie die göttliche Sphäre als Fortsetzung des Diesseits auffaßt. Das Christentum hingegen steht, wenigstens nach der Grundtendenz seiner europäischen Gesamtentwicklung (Keime zu anderer Entwicklung sieht Brod im Urchristentum der synoptischen Evangelien, bei Dante und Kierkegaard), unter der Idee der Diesseitsverneinung. Es sieht das Göttliche im Bild einer Negation des Diesseits, ersehnt die Auflösung der sichtbaren Welt zugunsten des Unsichtbaren. Als jüdisches Weltgefühl stellt sich Brod dar: die Kritik, die sich der Religiöse dem Weltunglück gegenüber erlaubt, in dem ein Teil zwar, das »edle«, in Demut hingenommen, ein anderer Teil aber mit Energie und in sittlicher Freiheit bekämpft wird; die hieraus entspringende »Unvereinbarkeit der Zusammengehörigen«; schließlich das Erlebnis der individuellen Gottesgnade, der Liebe, des »Diesseitswunders«.

Nicht jedes menschliche Leid ist nach Brod gottgewollt und unabwendbar. Seine Kritik am Christentum beginnt mit der These, daß die auf Paulus zurückgehende christliche Lehre von der Erbsünde eine unzulässige Vermischung von »edlem« und »unedlem« Unglück sei. Unter »edlem Unglück« versteht Brod die immanente Tragik des menschlichen Daseins, die aus dem schmerzlichen Gefühl fließt, daß der Mensch als ein körperliches, also durchaus endliches und seelisches (also meist endliches, nur in ekstatischen Ausnahmeminuten unendli-

ches) Wesen dem Unendlichen gegenübersteht; »unedles Unglück« dagegen ist ihm das abwendbare, zum Beispiel das soziale Unglück, der Krieg, die Armut, die Mechanisierung des Lebens durch das sogenannte Berufsleben, also das, wogegen sich das sittliche Gefühl empört, und dessen Bekämpfung einen Teil der menschlichen Bestimmung ausmacht. Die Begleiterin des edlen Unglücks ist die Demut, die des unedlen die Empörung. Ist dort der Motor ein Plus an Leidenschaft (daher Sexualität Mittelpunkt des edlen Unglücks: »Von allen Boten Gottes spricht Eros am eindringlichsten«), so hier ein Minus an Voraussicht und Klugheit. Gegen den Verfall des Leibes hilft keine Reform, und der Krieg wird nicht dadurch edel, daß wir ihn als Geißel Gottes bezeichnen. Hier ist »Aktivismus« vonnöten; dort kann nur die heilige Begnadung der Ekstase erlösen, die stille, demütige Versenkung, in der Glück wie Unglück ihre irdische Bedeutung verloren haben.

Von hier aus ergibt sich für Brod der kritische Standpunkt sowohl gegen den Christen, der nicht nur gegenüber dem Weltleid demütig verharret, sondern auch gegenüber dem unedlen Unglück wie auch gegen den Apostel des Fortschritts, der Menschlichkeit, der in seinem gerechten Kampf gegen soziales Unglück auch vor dem Unabwendbaren nicht haltmacht. Während nun, abgesehen von individuellen Typen, das Christentum als Ganzes in seiner kirchengeschichtlichen theologischen Ausprägung nach Brod das unedle Unglück zugunsten des edlen vernachlässigt, indem es jedes Leid als notwendig, als edel betrachtet, ist ihm am Judentum dies charakteristisch, daß es sowohl dem unedlen wie dem edlen Unglück die ihm zukommende Stelle im Weltenplan und ihre Reflexe im Verhalten der Menschen zuweist. Daß auch dem Talmud (dessen Schönheit, Weisheit, Tiefe und Eigenart in einem begeistert geschriebenen Schlußkapitel des Werkes gerühmt werden) die Unterscheidung zwischen edlem und unedlem Unglück nicht fremd ist, wenn auch nicht die selben Ausdrücke Anwendung finden, sucht Brod an einer Stelle aus dem Traktat von den Segenssprüchen nachzuweisen, wo von anderen Leiden die »Züchtigungen aus Liebe« (Brods edles Unglück) unterschieden werden, und wo sich am Schluß des Abschnitts die wundervolle Erzählung befindet, wie Rabbi Elieser den schönen, kranken Rabbi Johanan in seinem finstern Haus aufsucht,

mit ihm über die Schönheit des Körpers, der verwesen soll, weint, um ihm dann der Gnade der Heilung teilhaftig werden zu lassen.

Das dem Abendland gegenwärtig drohende Unheil nun sieht Brod in der Zurückdrängung der jüdischen Komponente im Christentum und in dessen dadurch ermöglichter »Amalgamhochzeit« mit dem Heidentum. Erlösung scheint ihm nur für den Fall möglich, daß sich das Christentum vom Heidentum »entamalgamiert«, wenn es, »des Heidentums müde, Schutz suchen würde bei dem mütterlichen Judentum, aus dem es hervorgegangen«. Brod stellt sich die Art solcher möglichen Beeinflussung des Christentums durch das Judentum nicht als eine unmittelbare vor, hält eine solche auch nicht für wünschenswert. »Wohl aber denke ich, daß der jüdische Gedanke, wenn er den Völkern wirklich bekannt würde, eine umformende, belebende Wirkung auf ihre Religiosität ausüben und zu schöpferischer Weiterbildung mit den Mitteln und im Material dieser Völker anregen müßte.« Das größte Hindernis für die Verwirklichung dessen, was Max Brod den jüdischen Gedanken nennt, sind ihm die Juden in ihrer heutigen Figur. »Das Judentum bietet eine Gestalt dar, in der es sich nicht auszudrücken vermag.« Sein Wesen ist »Unsichtbarkeit, Zweideutigkeit«. Was sich Brod positiv unter eindeutiger Sichtbarwerden des jüdischen Gedankens vorstellt, legt er in einem Kapitel des 2. Bandes dar, das die Überschrift Judentum und Internationalismus trägt. Es war nach ihm ein aus der Angleichung an das abendländische Christentum zu erklärender Grundirrtum des liberal-jüdischen Missionsgedankens, daß er sich das irdisch-religiöse Endziel statt in der Form der Freilegung der natürlichen religiösen Schöpferkräfte eines jeden einzelnen Volkes (also auch der Juden) in der Form des Abschleifens und Verwachsens der nationalen Differenzen, in der Form der aus Verkennung wesentlicher irdischer Bedingtheiten, materieller Verfärbungen der unsterblichen Seele, der zarten Diesseitsdifferenzen hervorgegangenen Antizipation der im Judentum wie in jeder echten Religion liegenden universalistischen Idee vorstellte. Das echte Judentum, meint Brod, bejaht das Diesseits als Wunder Gottes, obwohl es seine Unzulänglichkeit durchschaut. Es gipfelt seiner Idee nach in dem Ausspruch Simons ben Jochai: »Uns ist ein Wunder geschehen, daher will ich eine gute Ein-

richtung treffen.« Der begnadete Jude lebt »in beiden Welten, in der des unedlen Unglücks sowohl wie in der des edlen«. Freilich, »sein Diesseits ist nicht das heidnische Diesseits, das schlechtweg gegebene und bejahte, es ist . . . ein Diesseits hinter dem Wunder, ein zunächst in Verzweiflung untergegangenes und dann gnadenweise wiedergeborenes Diesseits, ein Geschenk Gottes, als solches, als unverdiente Gnade vom Menschen empfunden, mit mehr als natürlichen Kräften, durch Wunder die "Unvereinbarkeit des Zusammengehörigen" aufhebend. Also nicht Diesseitsverneinung des Christentums: das Judentum ist die Religion des Diesseitswunders.« »Dieses Wunder des verlorenen und wiedergefundenen Diesseits steht im Mittelpunkt des Judentums, wie im Mittelpunkt des Christentums die Sorge um ein verlorenes und wiedergefundenes Jenseits steht« und im Heidentum das Diesseits in seiner geradlinig gesteigerten Fortsetzung zum heroischen Sein des Halbgotts. Im Diesseitswunder erhält das Bedingte Kraft neben dem Unendlichen zu bestehen. Das Körperliche, an sich ein Greuel vor dem Geist, hält sich kraft der ihm gewordenen Gnade neben dem Geist aufrecht. »Diese Idee des Diesseitswunders hat zur Folge, daß die Völker, obwohl endliche Formen des unendlichen Geistes, auch in der Konfrontation mit dem Unendlichen ihre Bedeutung erhalten, daß ihre Sonderarten als Werte auch in der höchsten aller möglichen Betrachtungsweisen vor Gott bestehen bleiben. Gerade dies ist die jüdische Fassung des Nationalbegriffs.« Demnach bedeutet Internationalismus im jüdischen Sinn nach Brod nicht »Auslöschung nationaler Unterschiede in eine abstrakte Menschlichkeit sondern Friede zwischen den in ihrer Eigenart sich weiterentwickelnden Nationen und ein gemeinsames Band unter ihnen, das der gemeinsamen allmenschlichen richtigen Beziehung zur Gottesgnade«. Was Brod im Zusammenhang mit der Frage Judentum und Internationalismus zur Kritik am landläufigen Pazifismus schreibt (und es gilt nicht nur für den jüdischen sondern auch für den liberalchristlichen und sozialistischen), gehört zum Besten, was in unseren Tagen über dieses Thema geschrieben worden ist. Kultur ist immer etwas irgendwie Erdgebundenes, auch religiöse und künstlerische, nur eine kulturlose Zeit kann das nicht fühlen. Ohne ein Minimum an materiellen Bedingungen (die »physischen Minimalbedingungen für seine geistigen

Höchstleistungen«, wie Brod es ausdrückt) kann ein Volk im kulturellen Sinn nicht leben. In diesem Sinn kann auch die Politik der Überwölbung durch das Religiöse nicht entbehren; Kulturpolitik wäre es durch entsprechende Gesinnung und entsprechendes Verhalten diejenige Atmosphäre internationaler Beziehungen zu schaffen, die sich durch Unterordnung des Politischen unter das Religiöse kennzeichnet. Es ist nur natürlich und konsequent, wenn sich von solchem Gedankenkreis aus der Blick des Juden Max Brod nach dem alten heiligen Land der Juden, Palästina, richtet, und die Aufgabe des dort neu zu schaffenden National- und Kulturstaats für ihn nicht nur im Hinblick auf die Idee des Judentums sondern auch im Hinblick auf die heilsgeschichtliche Bedeutung dieser Idee einen zentralen Sinn erhält. Das dort im Entstehen begriffene Gemeinwesen, so meint er, »wird vielleicht eine adäquate Gestalt des Judentums schaffen, in der es imstande ist sich selbst und der Welt genugzutun. Eine solche adäquate Gestalt würde nicht ohne Einfluß auf die Völker bleiben. Sie würde zumindest die Möglichkeit eines Lebens zeigen, das weder christliche Diesseitsverneinung noch heidnische Diesseitsfortsetzung ist noch ein Amalgam der beiden. Heute sind ja nur diese beiden Existenzformen bekannt. Eine dritte wird zwar manchmal voragitiert, aber niemals beispielhaft voragiert. Zu dem lebendig gelebten Dritten würden die Völker in ganz andere innere Beziehung treten müssen als zur Theorie.«

Was versteht nun Brod unter dem »Amalgamprozeß« zwischen Christentum und Heidentum, der sich, unter beständiger Zurückdrängung der jüdischen Komponente, im Christentum des Abendlands vollzogen hat und nun, zum Unheil für das geistige Leben der Zukunft, dieses Gemisch von Christentum und Heidentum zum führenden geistigen Ideal der Welt aufsteigen zu lassen droht?

Brods Kritik am Christentum geht aus von der Ablehnung seiner jüngsten, nämlich der mittelalterlichen Schichten. Als Gemeinsames zwischen Juden- und Christentum wird herausgestellt; der Glaube an die Wesentlichkeit göttlicher Gnade, ohne die es nach beiden Religionen keine Seligkeit gibt. Nach christlicher Ansicht aber ist die Gnade an den Glauben von dem göttlichen Sühnopfer Christi gebunden, nach jüdischer Auffassung wird für jeden Menschen die Heilskonstruktion neu und in einer nur für ihn passenden

Gestalt vorbereitet. In der Tatsache, daß dem Christen das eine von allen möglichen Gnadenerlebnissen als einzig erlebenswertes erscheint, nämlich der Christusglaube, sieht Brod gegenüber dem Judentum eine Entwertung der Lebensfülle im religiösen Sinn. »Sowohl dem Katholiken als dem Protestanten ist ein ganz bestimmter Weg zur Gnade vorgezeichnet und gerade durch diese Bestimmtheit alles Lebendige versagt, versperrt.« »Nicht der Universalismus ist es, der Christentum und Judentum scheidet, sondern das Christentum ist universalistisch bei gleichzeitiger Unempfindlichkeit gegen nationale Differenzen, bei Antizipation einer schon vollzogenen Uniformierung des Menschengeschlechts (diese Antizipation als Folge der Schwachsichtigkeit, der Gleichgültigkeit gegen alles Irdische); das Judentum dagegen ist universalistisch vom Gegebenen aus, ohne alle Gleichgültigkeit gegen natürliche Verschiedenheit der Völker, nichts antizipierend, die künftige gemeinsame Menschheit mit den Mitteln der Gegenwart bereitend.« Jesus also, »mit seinem feinen Gefühl für die nationale Besonderheit der Juden und für das, was zunächst zu geschehen hatte«, tritt in dieser Hinsicht nicht aus dem Kreis des jüdischen Weltgefühls heraus. »Ein völlig nationaljüdisches Buch ist auch die Offenbarung Johannes mit ihrem Kampf der 144 000 Versiegelten aus allen Stämmen der Söhne Israels (unter Anführung des Lammes) gegen das Tier mit den 7 Köpfen (Rom). Erst Paulus hat den ersten Schritt zur Diesseitsnegation getan. Die Kirchenväter alles übrige.« Die Stellung des Juden Brod zu Paulus ist nun diese: »Wir verstehen den Christusglauben des Paulus als dessen individuellen Weg zur Gnade, an dem natürlich weitere Kritik nicht erlaubt ist. Darüber hinausgehende objektive Ansprüche aber lehnen wir ab.« Das Ziel Brods ist: die jüdische vorpaulinische Komponente des Christentums möglichst klar herauszustellen, und diesem Ziel ist vor allem der 10. Teil im 2. Band (Die christliche "Verallgemeinerungsgnade", Der Apostel Paulus, Jesus) gewidmet. Was wir nun, immer der These Brods folgend, als heute die Welt beherrschend ansehen müssen, ist nicht jenes vorpaulinische jüdische Christentum sondern die moderne christlich-heidnische Amalgamkultur. Und das kam nach Brod so: Im griechischen Volksglauben ist die Gottheit ein Stück Natur. Jeder derartige Paganismus ist ein von vornherein zum Scheitern verur-



teilter Versuch das Überweltliche auf induktivem Weg aus der sichtbaren Welt aufzubauen. Der Prototyp des antiken Heidentums ist Homer, der Künstler, der unermüdlich die sichtbare Welt nachbildet und sie mit einer »zu Tränen rührenden Ausführlichkeit« nachbildet. »Das Heidentum konstatiert, daß die kreatürliche Ordnung der Dinge die einzig mögliche ist. Es ist also Konstatierung (Geschehenlassen) der Diesseitsfortsetzung.« Die stillschweigende Voraussetzung der auf dieser Grundlage ruhenden Wissenschaften (Entwicklungstheorie, biologisch-naturwissenschaftliche Weltanschauung, Monismus, marxistischer Sozialismus, historische Schule in Rechtswissenschaft, Nationalökonomie, Staatstheorie; kunstwissenschaftliche Milieutheorie usw.) ist die, daß alles so, wie es bis heute gegangen ist, notwendig gehen muß und auch in alle Ewigkeit weiter gehen muß. »Hierher gehört das auf dem Bauch Liegen vor dem historisch Gewordenen, das so weit geht, daß es dieses Werden bloß statuieren, bloß beschreiben, nicht einmal mehr kritisieren will.« Solches »Kriechen vor den Tatsachen« sieht Brod in der modernen Überschätzung der »Natur«, des organisch Gewordenen, der Lehre vom positiven Recht, des Staatsgedankens Treitschkes; und auch die Ideale des Physiokratismus, des Liberalismus, des Manchestertums, der biologischen Soziologie und derjenigen Nietzsches, der eine Höhe und Vogelschau der Betrachtung gewinnen will, »wo man begreift, wie alles so, wie es gehen sollte, auch wirklich geht, wie jede Art "Unvollkommenheit" und das Leiden an ihr mit hinein in die höchste Wünschbarkeit gehört«, werden auf ihre gemeinsame modern respektive antik heidnische Quelle zurückgeführt, die nach Brod immer dann sprudelt, »wenn ein natürlicher Trieb der Menschheit, eine Naturkraft oder die Gesamtheit des Naturnotwendigen als schlechthin Unentrinnbares, als Letztes und Unbeugsames oder auch nur als durchaus und unter allen Umständen zu Respektierendes hingestellt wird«. Während nun dem Heidentum das Irdische alles ist, ist es dem Christentum nichts. Aus beiden Anschauungen folgt die Konsequenz: das Irdische sich selbst zu überlassen. Aus Diesseitsindifferenz folgt Moralindifferenz. Der Heide kapituliert in Unschuld, der Christ in Reue und im Vertrauen auf die Gnade vor dem Ablauf der Natur. So ist die verderbliche, von Paulus angebahnte Gleichgültigkeit der christlichen Lehre des Mittelalters

gegenüber dem Diesseits mitverantwortlich für den Kapitalismus als Sozialethik und damit für die Hauptquelle alles unedlen«, das heißt nur durch unsere Schuld angehäuften Elends. Auch im Protestantismus muß sich der Mensch in einer Art diesseitiger Strafarbeit »bewähren« und wird so bestes Material für wirtschaftliche Ausbeutung. So werden für den kapitalistischen Unternehmer die ersten psychologischen Voraussetzungen für das, was er braucht, geschaffen. Aber, was hier vernachlässigt wurde, wuchert in der Verdrängung, Riesenkräfte gewinnend, um so üppiger empor. »So ist der Kapitalismus die Rache des ignorierten Diesseits an der christlich verspiritualisierten Menschheit geworden«, und wir sind wieder beim modernen Materialismus und seiner Vergöttlichung des Diesseits angelangt.

Kehren wir aber nochmals zu Brods Schilderung von dem historischen Sichfinden von christlichem Kirchentum mit dem neuzeitlichen Heidentum zurück, eine Schilderung, die jeder im Interesse seiner Schulung zu kritischer Geschichtsbetrachtung auf sich wirken lassen sollte, der sich gerade etwa mit Enthusiasmus der Lektüre von Sombarts Buch über die Schuld der Juden am neuzeitlichen Kapitalismus hingegeben hat. Das Christentum also nimmt den Himmel für sich in Anspruch, das Heidentum, repräsentiert durch den Staat, die gemeine Erde und Realität. Wolf und Lamm haben im Staatskirchentum Frieden geschlossen. Der Gefressene ist dabei der Mensch. Auf 2 Geleisen, fürs Diesseits und für den Himmel, fahren 2 verschiedene Moralzüge, die somit niemals in Kollision geraten. Trotz der Sanftheit äußerer Symbolik weist der innere Duktus des Christentums zu stillschweigender Bejahung des Krieges, mindestens zu geschwächter Resistenz gegen Leid und Greuel. Der Duktus ist charakterisiert durch die Stationen: Christusglaube, Diesseitsnegation, Geschehenlassen, Desinteressement an der Politik, Triumph der heidnischen Bestie. Tief aufwühlen müßte jeden überzeugten Kirchenprotestanten von heute und gestern die Anklage Brods: »Mit der heidnischen Partei der Kriegsmacher ist unbewußt verbündet eine christliche Partei der Kriegsdulder, verbündet auch dann noch, wenn sie Pamphlete gegen den Krieg schreibt.« Die Geschichte der christlich-heidnischen Amalgamwucherung ist gleichzeitig die Geschichte der kaukasischen Menschheit. Die Welt ist ein Jammertal, vallis lacri-

marum. Da sprang der Kapitalismus zu, denn das paßte ihm: Je entwerteter die Welt, desto brauchbarer war sie ihm als Domäne seiner heidnischen Machtentfaltung. »Das aber ist das Entscheidende und gewissermaßen die tragische Schuld des Christentums: Es besaß keine ernstliche Widerstandskraft gegen das gesteigerte Heidentum, das mit Wachsen der Population und günstigeren Kapitalanhäufungsbedingungen unaufhaltsam hervorbrach... Ein Mönch erfand 1494 die doppelte Buchführung. Wo Christentum und heidnisches Erbe am konzentriertesten einander berührten: in Italien, blühte der Frühkapitalismus.«

Gegenkräfte gegen diesen Siegeszug der heidnisch-kirchlichen Weltanschauung sieht Brod im jüdischen Weltgefühl, im Individualismus des Protestantismus, insofern er auf individuelle Gnade abzielt, oder etwa in der nordischen Religiosität vom Typus Kierkegaards, dem im Zusammenhang mit der von Brod nur gestreiften Frage nach dem Christentum der Zukunft ein glänzendes Kapitel des 2. Bandes gewidmet ist. »Mehr als irgendwo ist hier Bürgschaft eines zukünftigen christlichen Lebens, das sich meiner Ansicht nach dem jüdischen Grundgedanken auf irgendeine, heute noch nicht erkennbare Art so entschieden nähern müßte, wie es sich bisher von ihm entfernt und an das Heidentum verloren hat.« Zusammenfassend charakterisiert Brod seine Stellung zu den nordischen Religionen einmal so: »Kierkegaard sagt: Lebe und wisse gleichzeitig, daß die Endlichkeit vor Gott wertlos ist. Die Idee dieses Buches will: Lebe und halte am Wert der Endlichkeit fest; wisse aber gleichzeitig, daß dieser Wert, falls nicht Gott durch ein Wunder ihn dir eröffnet, in der Normalebene des Lebens unerreichbar bleibt.«

Das Werk Brods gehört zu denjenigen, die von der zünftigen Wissenschaft hochmütig als Laienbücher ignoriert zu werden pflegen. Das hindert aber nicht, daß es ein bedeutendes Buch ist und als solches die Wissenschaft auch da, wo von ihm nicht ausdrücklich geredet wird, genugsam beschäftigen, das heißt zu positiver oder negativer Stellungnahme zwingen wird. Denn Brod sieht Probleme, Alternativen, Werte, Schönheiten und Gedanken auch da, wo der geistlose Pedant nichts dergleichen zu sehen pflegt. Brods Buch ist ein Bekenntnisbuch und will es sein. Und doch ist es zugleich ein eminent religionswissenschaftliches Buch, denn es hat einen klaren Wert-

standpunkt, von dem aus die Fülle der wesentlichen religionsgeschichtlichen und zeitgenössischen Erscheinungen gleichmäßig bestrahlt wird. Wenn es nämlich eine protestantische, das heißt vom Protestantismus als lebendiger Glaubenskraft durchdrungene Religionswissenschaft gibt, dann ist nicht einzusehen, warum es nicht auch eine jüdische Religionswissenschaft im selben Sinn geben sollte. Freilich muß dann die Bedingung, die hier gegeben ist, erfüllt sein: daß das Judentum nicht unter dem Gesichtspunkt »Vorstufe des Christentums« angesehen werde sondern als geschichtliche Macht, die, in enger geschichtlicher Kontinuität auf der antiken jüdischen Religion fußend, in der Gegenwart genau so lebendige, eigenwertige und eigenkräftige Realität von allgemeiner Bedeutung sein kann wie sie es in der Antike war. Gerade einem seiner Rasse, seiner Geschichte und seiner religiösen Art so stark bewußten Judentum, wie es dem nichtjüdischen Leser bei Brod entgegentritt, sollte auch die nichtjüdische Welt sorgfältigste und ernsteste Aufmerksamkeit schenken; denn hier geht es tatsächlich um die Frage nach letzter Vollenendung und höchstem Niveau jüdischer oder christlicher oder heidnischer Religiosität, um einen edlen geistigen Kampf, der über den Weltenthron des Geistes entscheidet.

Obwohl hiermit bereits in einem, über das hier übliche Maß hinausgehenden Umfang über das Brodsche Werk berichtet wurde, konnte auf die Fülle von geistvollen Anregungen und Gedanken, die das Buch zu wichtigen Lebensfragen, wie Antike, Dante, Luther, Ricarda Huch, Jesus, Paulus, Scholastik, Rasse und Religion, Judentum und Sozialismus, Schulreform, jüdisches Künstlertum usw., bringt, nicht einmal andeutungsweise eingegangen werden. Es ist daher nur zu wünschen, daß das Buch recht viele ernste Leser finden, und daß doch endlich einmal wieder ein geistiger Frühling kommen möchte, in dem Bücher von solchem Rang in der Fülle dessen, was sich zeitgenössische religionswissenschaftliche Literatur nennt, nicht vereinzelt bleiben.

**Alttestamentliche Forschung** Als eine »geographisch-geschichtliche Untersuchung« tritt eine Abhandlung *Eduard Sachßes* Die Bedeutung des Namens Israel /Gütersloh, C. Bertelsmann/ vor die Öffentlichkeit. Die Abhandlung ist gedacht als Fortsetzung der Schrift des Verfassers Die Bedeutung des Namens

Israel /Gütersloh, C. Bertelsmann/ sowie seines Aufsatzes Die Etymologie und älteste Aussprache des Namens  $\text{יִשְׂרָאֵל}$ , in der Zeitschrift für alttestamentliche Wissenschaft. In der 1. dieser beiden Studien wurde untersucht, in welchem Verhältnis der Volks- und Landesname Israel zu dem Namen des Patriarchen gestanden hat. Das Ergebnis war, daß Israel ursprünglich Volksname gewesen, und daß der Personennamen sekundär ist. Das Ziel der vorliegenden Arbeit ist die Feststellung, »welches Volk beziehungsweise Land den Namen Israel geführt hat«. Das Ergebnis ist: Juda stand bereits vor Saul zu den Nordstämmen in einer engeren Beziehung als etwa zu Edom. Die Verbindung zwischen Süd- und Nordstämmen war religiöser Art. »Die Stämme, die unter Mose sich zu einem heiligen Bund vereinigten, wählten zum Namen dieses Bundes Israel. Israel ist somit von vornherein der Name des Jahwebundes, ohne daß wir ein Recht haben zu schließen, daß er vorher der Name des bedeutendsten Stammes gewesen sein muß«, wie vielfach in der Literatur (zum Beispiel in Stades Geschichte Israels, Seite 124) angenommen worden ist. »Für den Charakter als Bundesname spricht auch seine Etymologie:  $\text{אל ישר}$  Gott ist der Folgerichtige. Der Gott, dessen Tun nicht durch Haß und Gunst bestimmt wird, sondern der unparteiisch jedem das Seine an Lohn und Strafe zukommen läßt, sollte über den Bund und die Einhaltung seiner Verpflichtungen wachen. Als Bundesname besitzt Israel auch von Haus aus eine sakral-religiöse Bedeutung, die er niemals völlig verloren hat, die vielmehr später zur Allgemeinherrschaft gelangte.« Über diese religiöse Bedeutung des Namens Israel will dann der Autor noch in seinem 3. Teil des in seiner Anlage einheitlichen Werkes sprechen.

Eine Untersuchung, die sich auf »das Wort Jahwes« erstreckt, insbesondere auf die Anschauung von ihm und seiner Entwicklung in der israelitisch-jüdischen Religionsgeschichte ist die als Dissertation zur Erlangung der Lizentiatenwürde der Theologischen Fakultät Basel vorgelegte Abhandlung Das Wort Jahwes des jetzigen Vertreters für alttestamentliche Forschung an der Evangelisch-theologischen Fakultät der Universität Warschau *Johann Szeruda* /Lodz, Z. Manitius/. Die Untersuchung des Verfassers gelangt zur Unterscheidung von 3 Arten von Vorstellungen vom Wort Gottes im Alten Testament. »Es erscheint haupt-

sächlich in den prophetischen Schriften in Verbindung mit der Idee von der Offenbarung, als Offenbarungswort, sodann wird es mit der Idee von der Welterschöpfung und Welterhaltung, als kosmisch-physische Potenz verbunden... Eine eigentümliche Prägung hat die Vorstellung vom Wort Gottes in den jüngeren Partien des Alten Testaments, in der Worthypostase erhalten. Innerhalb der israelitisch-jüdischen Religionsgeschichte gibt es gewisse Perioden, in denen die eine oder die andere Vorstellung mehr in den Vordergrund tritt. Deutliche Einschnitte in der Geschichte des Wortes Gottes bildet das Aufkommen der israelitischen Propheten und dann das Exil. Es entspricht der Eigenart der alttestamentlichen Religion, daß das offenbarungsmäßige Wort im Alten Testament im Vordergrund steht. Hat doch die alttestamentliche Religion ihre Wurzeln in der einzigartigen Offenbarung Gottes innerhalb der Menschheitsgeschichte. Und es entspricht auch dem Charakter dieser Religion, daß das Wort Gottes als kosmisch-physische Potenz keine so große Rolle spielt wie zum Beispiel in der babylonischen Religion.« Über diesen Rahmen hinaus verfolgt dann die Abhandlung noch »die Entwicklung vom geoffenbarten Worte Gottes zum verkörperten Wort-Christus, dem Logos, wie ihn uns das Johannesevangelium vor Augen führt« und will so die entsprechenden »Verbindungsäden zwischen dem Alten und Neuen Testament nachweisen«.

Einen Einblick in die Stellung der gegenwärtigen katholischen Forschung und Exegese zu den Fragen der alttestamentlichen Textkritik gibt die Schrift des Paderborner Theologen *Norbert Peters* Der Text des Alten Testaments und seine Geschichte (in der Sammlung Biblische Zeitfragen, herausgegeben von P. Heinisch und Ignaz Rohr /Münster, Aschendorff/). Sie klingt aus in dem Hinweis auf die Vulgataeditionen der Benediktiner von Sant Anselmo auf dem Aventin (Abt Gasquet) so wie auf die durch die Erzabtei Beuron herausgegebenen Texte und Arbeiten zur Förderung einer neuen Ausgabe der Vulgata in ihrer genuinen (Hieronymischen) Urgestalt, endlich in der Forderung nach erneuten textkritischen Arbeiten zur möglichst guten Wiederherstellung des hebräischen Textes. Von der Zukunft der alttestamentlichen Wissenschaft handelt eine Broschüre des Leipziger protestantischen Theologen *Rudolf Kittel*, die aus einem auf dem 1. deutschen Orientalistentag in Leipzig

/1921/ innerhalb der Sondertagung der Alttestamentlichen Forscher gehaltenen Vortrag hervorgegangen ist /Gießen, Alfred Töpelmann/. Die Schrift gibt zunächst einen kurzen historischen Rückblick über die verschiedenen einander abwechselnden oder ergänzenden Strömungen der alttestamentlichen Forschung innerhalb der protestantischen Universitätstheologie der letzten Jahrzehnte. Als Probleme der gegenwärtigen alttestamentlichen Forschung werden genannt: die Frage nach dem hinter den Dokumenten stehenden religiösen und kulturellen Gemeinschafts- und Persönlichkeitsleben (mündliche Überlieferung, Prophetie, Lehrtum, Rechtsempfinden in seinen Wandlungen mit entsprechenden historisch zu verstehenden Niederschlägen in Gesetzbüchern); die Exegese im Hinblick nicht sowohl auf den Worttext als auf das hinter ihm stehende religiöse Leben; die Berücksichtigung außerkanaanitischer Beziehungen und Wechselwirkungen (Ägypten, Babylonien usw.) im Zusammenhang der altisraelitischen Religionsgeschichte; die Berücksichtigung auch vor allem der historischen Kontinuität vom vorisraelitischen Kanaan her; die Frage nach dem spezifisch israelitischen Religionsgut und seinem absoluten Wert und dergleichen mehr. Diese letzte Aufgabe sieht Kittel im Hinblick auf den Beifall, den der »Dilettantismus eines Delitzsch bei den Halbgebildeten hat finden können«, als besonders wichtig an. Kittel will überhaupt mehr Schutz des im Alten Testament liegenden religiösen, für alle religiöse Zukunftskultur fundamental wichtigen Kulturguts gegen Angriffe wie den von Delitzsch unternommenen, von dem er schreibt, daß sein Standpunkt teilweise mit dem eines »schlecht unterwiesenen Konfirmanden« auf eine Stufe zu stellen sei. Nimmt man zu den Ausführungen Kittels nicht von einer bestimmten konfessionellen Einstellung sondern von allgemeiner kultureller Warte aus kritisch Stellung, so wird auch hier wiederum zu betonen sein, daß die ganze Frage nicht unter dem zu engen Gesichtspunkt, der Lebensinteressen des Christentums, des Protestantismus, der protestantischen Theologie und Religionswissenschaft betrachtet werden sollte, sondern daß sie als allgemeine Kulturfrage zu behandeln ist. Tut man dies nämlich, dann kann man mit um so größerem Nachdruck der Tendenz des Kittelschen Referats zustimmen, daß man gegen Bestrebungen ankämpfen sollte, die auf Einschränkung

des alttestamentlichen Studiums auf unseren Universitäten und der Vorbereitungsmöglichkeiten hinzielen, die die öffentlichen höheren Schulen etwa zu diesem Studium bieten können (Hebräisch). Wie viel organischer zum Beispiel wäre die Verbindung der beiden Alt Sprachen Griechisch und Hebräisch an einem zu schaffenden Typ höherer Schule als die Verbindung Griechisch-Latein, die im gegenwärtigen Kampf um das humanistische Gymnasium allein in Betracht gezogen werden wird (obwohl selbstverständlich auch die Verbindung Griechisch-Latein für die Zukunft noch großen praktischen wie idealen Wert hat). Der Kittelschen Broschüre ist im Anhang eine vom Orientalistentag gefaßte Resolution beigefügt, die lautet: »Die zum 1. Deutschen Orientalistentag in Leipzig versammelten alttestamentlichen Forscher wenden sich mit Entschiedenheit gegen die in neuerer Zeit laut gewordenen Stimmen, die eine Beschränkung des Hebräischen und alttestamentlichen Studiums in den Theologischen Fakultäten empfehlen. Sie ersuchen die Unterrichtsverwaltungen nachdrücklich solchen Bestrebungen keine Folge zu geben. Insbesondere erklären sie, daß die Forderung den hebräischen Grundtext durch die griechische Übertragung der Septuaginta zu ersetzen auf vollkommener Verkenntung des wahren Charakters dieser sogenannten Übersetzung ruht.«

**Deuterjesaja** Ein Vorläufer Jesu nennt sich eine Schrift *Hermann Gunkels* /Bern, Verlag Seldwyla/. Sie geht von der Entdeckung einer bis dahin unbekanntesten alttestamentlichen Prophetengestalt aus, die der junge norwegische Gelehrte Siegmund Mowinckel gemacht hat, und über die er in seiner Schrift *Der Knecht Jahwes* /Gießen, Alfred Töpelmann/ berichtet hat. Die Schrift Gunkels lehnt sich im wesentlichen an Mowinckels Darlegungen an. Mowinckels Theorie ist die, daß der rätselhafte Knecht Gottes, eine Figur, die sich durch den sogenannten Deuterjesaja, das dem alten Jesajabuch beigegebundene Prophetenbuch aus der Zeit 540 vor Christus, hindurchzieht, kein anderer als der Prophet selbst ist. Wir hätten es darnach mit einem Propheten zu tun, der in der Zeit des Andringens des Perserkönigs Cyrus gegen den chaldäischen Staat seine jubelnde Stimme der Hoffnung auf Befreiung Israels erhoben hatte. »Er hat den Monotheismus, auf den sein Volk von Anfang an angelegt war, und

dem die Prophetie vor ihm schon seit langem zusteuerte, hinreißend verkündet; er hat das berechtigte Hochgefühl der prophetischen Religion, die sich in ihrer Verschmähung aller Bilder und Symbole über den heidnischen Bilderdienst hoch erhaben fühlte, gewaltig ausgesprochen und die weltumfassende Idee des Universalismus, wonach einst die Herzen der Heiden dieser Religion zufallen werden, mit aller Deutlichkeit erfaßt; andere Propheten Israels mögen in blutigen Bildern vom Verderben der Heiden schwelgen, er weiß von einem Heil, das über die ganze Welt ergehen soll. Und zugleich hat seine Botschaft von Jerusalems Verklärung die in der Folgezeit geschehene Heimkehr und die Neugründung des Judentums vorbereitet.« Er selber ist Jahwes Prophet, und die Bezeichnung עבד יהוה bedeutet hier nichts anderes als Prophet. Nicht nur dem eigenen Volk wird sich Gott durch seinen Knecht, der in seiner Person den neuen, zwischen Gott und seinem Volk in der Heimat, in der Befreiung zu schließenden Bund verkörpert, offenbaren sondern auch den Heiden: »Zu gering ist's mir, daß du mir Knecht seiest, um Jakobs Stelle zu errichten: drum mach' ich dich zum Licht der Heiden, daß mein Heil reiche bis zu den Enden der Welt.« »So hochgespannte Erwartungen für das Volk und für die Person des Propheten konnten nicht anders als tragisch ausgehen.« Der »zarten Predigt« des aus niederm Stand geborenen Propheten, der »äußerlich betrachtet nichts war als ein einfaches, liebenswürdiges, hochgesinntes, gütiges Menschenkind«, hat niemand geglaubt. Sie verstanden, jeder mit seinen Sorgen und Nöten des täglichen Lebens beschäftigt, ihn nicht; die großen politischen Wandlungen vollzogen sich nicht so schnell wie gehofft, umsonst war die Kraft des Glaubens und der Hoffnung verzehrt, und Spott und Hohn ward dem unverständenen Propheten zuteil. Aus Furcht, seine Worte möchten der chaldäischen Obrigkeit zu Ohren kommen, und das Volk müsse sie büßen, versuchte man ihn zum Schweigen zu bringen, schmähte und schlug ihn, und so ward Kummer sein Teil, in dem ihn nur der Glaube an den Gott, von dem er sich berufen fühlte, bei Kraft erhielt. In Demut nahm er die Schmähungen auf sich und bewährte seinen Glauben auch in schwerer Krankheit. »Geschändet war er, nicht mehr menschlich sein Aussehen, noch seine Gestalt wie die von Menschenkindern. Er war verachtet und von

Menschenkindern verlassen, ein Mann der Schmerzen, nur mit Krankheit vertraut. Wie einen, der das Antlitz vor uns verbirgt, verachteten wir ihn und schätzten ihn nicht. Wir hielten ihn für einen Geschlagenen, von Gott Getroffenen und Geplagten.« Aber demütig wie Hiob trug er sein Los: »Gemäßigandelt, fügte er sich willig, wie ein Lamm, das zum Schlachten geführt wird; wie ein Schaf vor seinen Scherern blieb er stumm, tat den Mund nicht auf.« Nun denkt er an das ihm bevorstehende Ende. Er wird »ausgerottet aus dem Land der Lebendigen«, zu »Tode geschlagen«, »seines Rechtes beraubt, wird er dahingerafft, und seine Sache, wer bedenkt sie?« Nicht einmal ein ehrliches Begräbnis wird ihm zuteil werden: »Man gibt ihm bei Frevlern das Grab und bei Missetätern seine Stätte, obwohl er kein Unrecht getan und kein Trug in seinem Munde gefunden.« Aber wie sich jetzt Gewaltige über ihn entsetzen, »so müssen einst Gewaltige über ihn staunen, Könige den Mund verschließen«. »Er bekommt für sich an Gewaltigen das Erbe, die Mächtigen erhält er zur Beute.« »Er wird den Ausgang schauen.« »Was nie erzählt wurde, schauen sie nun: was sie nie gehört, gewahren sie.« Gunkel meint, man müsse hier an einen Auferstehungsglauben des Propheten zur Erklärung des verstümmelten Textes denken. Ich glaube: Die Auferstehung, die der Knecht Gottes hofft, ist die durch Not und Verzweiflung hindurch gewonnene Gnade mit ihrer seligen Erkenntnis. Nun hat, wie Gunkel nach Mowinkel darlegt, der Prophet weiter und tiefer gegraben und als letzte göttliche Absicht mit ihm und seinem irdischen Schicksal den freiwilligen Sühnetod für die Frevel seiner sündigen Menschenbrüder erkannt. »Dieser freiwillige Tod aber wird, so ist er überzeugt, auch seinen Eindruck auf diejenigen, für die er gelitten hat, und die sich damals mit Abscheu von ihm abwandten, nicht verfehlen.« Ein letztes, gewaltiges Wort faßt alles, was der Prophet über sein Leben und Sterben, sein schmachvolles Leiden und sein herrliches Auferstehen zu sagen weiß, zusammen, es nimmt im Lied die Worte voraus, die man dereinst über ihn sprechen wird, den Ruhm seines Lebens, die Reue über die Verblendung des Volkes, die unauslöschliche Dankbarkeit für sein Opfer, die Hoffnung auf seine zukünftige Ehre »dafür, daß er seine Seele ausgoß und unter die Missetäter sich

zählen ließ, während er die Sünden vieler trug und für ihre Missetaten eintrat«. Man kann darüber streiten, ob dieses der philologisch-historischen Methode besonders liegende Verfahren durch Textkritik aus dem Buch Jesaja eine historische Prophetengestalt herauschälen zu wollen und dadurch den Text zu rationalisieren in diesem Fall angebracht ist. Vom allgemein religiösen Standpunkt/aus betrachtet macht es keinen Unterschied aus, ob sich hinter dem Schicksal des Knechtes Gottes eine einzelne historische Persönlichkeit verbirgt, oder ob die betreffenden Stellen im Jesajabuch als Mythos, der ins Zentrum des Judentums hineinführt, zu betrachten sind. Aber so oder so betrachtet, sind gerade diese Stücke des Alten Testaments von einer so unheimlichen Tiefe, Kraft, Schönheit, daß man gar nicht verstehen kann, wie der religiöse Wert der alttestamentlichen Religion in Frage gestellt, oder eine solche Fragestellung ernst genommen werden kann.

**Totenliste** Am 2. November 1921 starb in Warschau der polnische Religionsgelehrte *Andrzej Niemojewski*, 58 Jahre alt. Er wurde auf dem Landgut seines Vaters Rokitnica im Plozker Land geboren, studierte 1885 bis 1888 in Dorpat. Er veröffentlichte zuerst einige Dichtungen, die in viele Sprachen übersetzt wurden, unter anderem auch ins Hebräische. Dann beschäftigte er sich mit Orientstudien, zu welchem Zweck er die Mittelmeerländer, Ägypten, Syrien und Palästina, bereiste, übersetzte Josephus' Jüdischen Krieg und Renans Leben Jesus' ins Polnische und wandte sich der Religionswissenschaft zu. Ihm war es vornehmlich darum zu tun den Einfluß der Astralmythologie auf die verschiedenen Religionen, namentlich auf das Christentum, darzutun: ein Bestreben, das auf alle Fälle wissenschaftlich anregend ist, wie ablehnend man sich auch zu einzelnen Behauptungen verhalten muß. Sein Hauptwerk *Gott Jesus /1909/* erschien 1910 auch in einer 2bändigen deutschen Ausgabe (siehe darüber hier die Rundschau Geschichte, 1910 III, Seite 1720). Niemojewski hat seine wissenschaftliche Bedeutung leider durch einen maß- und kritiklosen Antisemitismus, dem er in seiner Zeitschrift *Mysl Niepodlegla* huldigte, arg geschmälert. Er wurde zwar dadurch in Polen sehr populär, verlor aber die kritische Besinnung, was auch seine Forschungen erheblich beeinflusste.

**Kurze Chronik** Die Johannes Rehmke-Gesellschaft hat die folgende *Preisaufrage* gestellt, die bis zum Ende dieses Jahres zu bearbeiten ist: »Grundwissenschaft und Religionswissenschaft«. ◊ Die Zahl der vom *Religionsunterricht* befreiten Kinder ist in Preußen von 0,91 auf 2,2 % (117 744) gestiegen. Die Zahl der Lehrer, die sich weigerten den konfessionellen Religionsunterricht zu erteilen, ist von 663 auf 625 (0,54 %) zurückgegangen. ◊ Zu der von der katholischen Kirche in *Frankfurt* begründeten Professur für katholische Theologie tritt durch Bereitstellung von Mitteln durch die Synode eine evangelische Professur. Es sollen weiterhin evangelische Lehrstühle für Neues Testament, systematische Theologie und Religionspädagogik errichtet werden. Auch ein Lehrstuhl für jüdische Theologie ist gesichert. Nun wollen auch die Methodisten mit amerikanischer Hilfe eine Professur ihrer Richtung begründen. ◊ Auf den Lehrstuhl für alttestamentliche Theologie in Kiel wurde als Nachfolger E. Sellins *Wilhelm Caspari* aus Breslau berufen; er folgte dem Ruf. ◊ Als Nachfolger Casparis geht *Anton Zirku* aus Kiel als ordentlicher Professor der alttestamentlichen Exegese nach Breslau. ◊ Der Greifswalder Professor *Gustav Girgensohn* übernimmt in Leipzig das Ordinariat für systematische Theologie als Nachfolger Ihmels.

**Literatur** Bei Kauffmann in Frankfurt am Main ist *Leo Baecks* Wesen des Judentums 15 Jahre nach dem Erscheinen der 1. Auflage nunmehr in 2. Auflage herausgekommen. Der Grundriß des Werks ist in der neuen Auflage der gleiche geblieben wie in der ursprünglichen (1. Charakter des Judentums, 2. Ideen des Judentums, 3. Erhaltung des Judentums). Wesentlich neu bearbeitet und erweitert worden ist in der neuen Auflage derjenige Teil des Werks, der von den Ideen des Judentums handelt. Das Werk bildet eine auch für den Laien fesselnde Einführung in die religiöse Welt des Judentums, den Begriff nicht in einer besonders zeitgeschichtlichen Ausprägung sondern in seiner aus den klassischen Quellen heraus gewonnenen Ganzheit verstanden, von der aus gesehen sich das Bleibende vom Zufälligen derart scheidet, daß das Erlebnis von einem für die Menschheit unverlierbaren Besitz klassisch religiösen Gutes in der Seele des Lesers zurückbleibt.

# KUNST

**Bildende Kunst / Ludwig Hilberseimer**

**Konstruktivismus**

Die neue Kunst hat bei ihrer Entfaltung die verschiedenartigsten Phasen durchlaufen,

dann mit der gegenstandslosen Kunst und dem Supramatismus ihre letzten Konsequenzen gezogen. So waren in der Ausstellung der Gegenstandslosen und Supramatisten, die 1919 in Moskau stattfand, Kompositionen von Malewitsch in Weiß auf Weiß und von Rodschenko in Schwarz auf Schwarz zu sehen. Alles irgendwie Stoffliche war vernichtet, eine zu einer neuen Entscheidung drängende Stufe erreicht. Entweder man verharrte bei der Abstraktion, ließ sich mit ihren Formen in individualistische Spekulationen ein. Oder man begann auf die Komposition zu verzichten und zur Konstruktion überzugehen; zur Konstruktion neuer Gegenstände. Bereits auf dieser Ausstellung waren Entwürfe zu Gebäuden zu sehen, gemeinschaftliche Arbeiten von Malern, Bildhauern und Architekten, die sich zwar noch allzusehr mit den Problemen des Ästhetischen befaßten; aber immerhin wurde damit der Beginn gemacht wirkliche Gegenstände zu formen. Auffallend bei diesen Entwürfen war ihre Entstehung auf Grund kollektiver Arbeit: eine Methode, die der sozialen Struktur des heutigen Lebens durchaus entspricht. Man begreift nach und nach immer mehr, daß auch die machtvollste Individualität zeitlich gebunden, ihr Tun zeitlich bestimmt ist. Das schöpferische Prinzip herrscht; nicht das Individuum, durch das jenes sich manifestiert.

Der Konstruktivismus ist die logische Folge der auf der Kollektivität unserer Zeit beruhenden Arbeitsmethoden. Er hat damit eine Basis, die nicht subjektiver sondern allgemeiner Art ist. Er erkennt die sozialen Bedingtheiten der Kunst wie des gesamten Lebens rückhaltlos an, sucht seine Elemente in den Äußerungen unseres industriell-maschinellen Zeitalters. Denn unser Leben ist von technischen und sozialen Organisationen beherrscht, an deren Erhaltung wir alle interessiert sind. Unsere Zukunft verlangt nicht ihre Zerstörung sondern ihren Ausbau.

Takt und Rhythmus der konstruktivistischen Kunst sind zwar von dem Takt und dem Rhythmus der Maschine bestimmt, von dem raschen Pulsschlag der Industrie, der straffen Logik ihrer Organisationen und ihrer unzweideutigen Formungen. Aber ihre Aufgabe ist: das

Leben und seinen materiellen Stoff der Formung zu unterwerfen, der Gestaltung, so daß das Leben erhöht, gleichsam verstärkt und gesteigert wird. Sie erstrebt eine Verschmelzung des Wirtschaftlich-Wissenschaftlichen mit dem Ästhetisch-Künstlerischen durch eine schöpferische Synthese. Nicht als Ideologie sondern mit dem Willen zur Tat. Sie will eine Veränderung und Umgestaltung der sozialen und kulturellen Struktur der Welt herbeiführen helfen. Technik und Kunst sind keine identischen Begriffe. Vielmehr ist die Technik wie das Handwerk nur Mittel der Kunst. Man kann wohl feststellen: Jegliches Handwerk war vollendete Technik seiner Zeit. Das Handwerk jeder Epoche strebte nach äußerster Exaktheit. Erst das 19. Jahrhundert hat durch romantische Kultivierung eines der Vergangenheit angehörenden Handwerks seine ihm eigentümliche Technik ignoriert, ja sogar seine technischen Mittel zur Imitation der alten Handwerkspraktiken erniedrigt. Diese romantische Flucht vor der Maschine, der Versuch das durch die Maschine absorbierte Handwerk wieder zu beleben ist eine der sonderbarsten Erscheinungen des 19. Jahrhunderts. Die moderne Wirtschaftsform vernichtete durch den Prozeß der Arbeitsteilung die selbstschöpferische Tätigkeit des Handwerks. Damit hörte die persönliche Gestaltung des Arbeitenden auf. Aus dem individualistischen Handwerker wurde der kollektivistische Arbeiter, wurde durch die Werkzeugveränderung eine Formveränderung notwendig. Denn die Formgestaltung ist an den Herstellungsprozeß gebunden. Dieser kann ohne Schaden für jene nicht ignoriert werden. Gerade das hat das 19. Jahrhundert getan. Es hat zwar die Maschine hervorgebracht, aber nicht ihrem Wesen entsprechend zu benutzen verstanden. Es hat dieses Werkzeug mißbraucht, zur Herstellung von Formen benutzt, die unter völlig anderen Voraussetzungen entstanden waren, die Exaktheit des neuen Arbeitsprozesses ignoriert statt sie auszunutzen, vor allem aber versäumt den neuen Arbeitsprozeß schöpferisch zu beherrschen. Man kennt die Produkte, die aus diesem Zwitterverhältnis hervorgingen: Möbel und Geräte analog den Mietshausatrappen unserer Städte. Die gesamte Vergangenheit wurde verkitscht verlebendigt.

Nur wenige überlegene Geister haben die kulturelle Funktion der Maschine erkannt: ihr Verbundensein mit dem aus dem kollektivistischen Geist der Gegen-

wart entspringenden Arbeits- und Gestaltungsprozeß. Am unmittelbarsten tat dies Frank Lloyd Wright. Er erkannte in der Maschine das unserer Kulturepoche eigentümliche Werkzeug, setzte diese Erkenntnis durch seine Bauten in die Tat um, brachte sie durch seine Formgestaltung zum Ausdruck. Er stellte sich vorbehaltlos auf die Möglichkeiten der Maschine ein, lernte sie beherrschen, souverän über sie verfügen.

Die Maschine ermöglicht exakteste Ausführung, entspricht daher vollkommen den nach unverschleiertster Klarheit strebenden Gestaltungen der Gegenwart. Äußerste Sachlichkeit, mathematische Klarheit, geometrische Strenge und exakteste Konstruktivität sind nicht nur technische sondern eminent künstlerische Probleme. Sie machen das eigentlich Wesentliche unserer Epoche aus. Die konstruktive Methode bezieht jedes Objekt in das Bereich der Gestaltung ein. Angefangen vom simpelsten Gebrauchsgegenstand, bis zum Bild, zur Skulptur und Architektur. Sie erstrebt nicht kunstgewerbliche Dekorativität sondern Reduktion auf die Wesensform, Durchdringung und Durchgeistigung.

Manche Gebrauchsgegenstände und ebenso reine Produkte der Industrie zeigen heute schon ahnungsvoll die künftige Formwelt an. Die in kühnen Kurven über den Firth of Forth schwingende Brücke, die elementare Monumentalität des Monadnockblocks in Chicago, die phantasievolle Gigantik New Yorks sind bereits Manifestationen des neuen Weltgeists, der danach strebt sich auch die Mittel der Technik untertan zu machen.

Die gesamte Kunst seit der Renaissance war, abgesehen von dem Intermezzo des Barocks, der letzten umfassenden Epoche religiöser Inbrunst und Vergöttlichung alles Irdischen, wesentlich reproduktiv wirksam, schuf statt der Dinge ihre bildhafte Illusion, wirkte sich einseitig ästhetisch aus, statt schöpferisch die Welt zu gestalten. Mit diesem Illusionismus will der Konstruktivismus brechen. Für ihn handelt es sich nicht mehr um das mehr oder weniger gutgemalte oder geschmackvolle Bild oder um die Plastik, die dem Raum einzufügen sind, sondern um die Gestaltung des Raums mit den Mitteln der Architektur, Plastik und Malerei; nicht um eine neue Dekorativität sondern um den Raum selbst. Die Bildungsgesetze der Kunst sollen auch auf den Raum als Objekt angewandt werden, nicht mehr auf die bildhafte Illusion des Raums.

Durch die strenge Methodik der abstrakten Kunst findet der Konstruktivismus die Materialien der einzelnen Künste bereits gereinigt und auf ihre Grundelemente zurückgeführt vor. Er braucht sich daher nicht erst mit dieser grundlegenden Arbeit zu befassen, kann sofort zu seiner eigentlichen Tätigkeit übergehen. Allerdings liegt hier ja gerade eine große Gefahr, der die Nachahmer und Mitläufer nicht entgehen werden. Viele werden der Suggestivität des neuen Materials unterliegen, die Exaktheit der Maschinen, ihre höchste Zweckbestimmtheit, ihre immerwiederkehrenden Bewegungen ebenso passiv bewundern wie sie die Werke der Antike, des Mittelalters, des Orients und der Exoten bewundert haben: eine Bewunderung, deren Passivität höchstens zur Nachahmung führt, zur Hervorbringung einer neuen Stillebenmalerei, bei der an Stelle der Gefäße, Blumen und Früchte Ingenieurwerke und Maschinenteile treten. Es gibt bereits gemalte Eisenkonstruktionen, Gipsabgüsse von Dynamo und anderen Kraftmaschinen als Erzeugnisse dieser neuen Maschinenromantik. Aber dadurch darf man sich nicht beirren lassen. Die schöpferischen Kräfte aller Länder beschäftigen sich eingehend mit dem sehr wichtigen Problem der konstruktivistischen Kunst. Mehrere Zeitschriften propagieren die Ideen dieser neuen Bewegung: *De Stijl* in Holland, *L'Esprit Nouveau* in Frankreich, *Ma* in Ungarn und *Objet* für Rußland. (Deutschland besitzt ein solches Organ nicht.) Auf Viking Eggelings Bewegungskunst muß als auf das vollkommenste Beispiel dieser neuen Kunstart hingewiesen werden (siehe auch den Artikel Behnes *Der Film als Kunstwerk*, in den Sozialistischen Monatsheften, 1921 II, Seite 1116 ff.). Hier ist auch der letzte Rest von Illusionismus beseitigt, ein wirklich neuer Gegenstand geschaffen und aufs exakteste geformt worden. Ein Stil kann niemals durch Nachahmung oder Anlehnung entstehen. Immer nur kann er aus der Chaotik der Zeit erwachsen. Diese zu formen ist seine Aufgabe.

**Glasmalerei** Die Glasmalerei erreichte ihre Blüte zur Zeit der Gotik. Aber das Wort Glasmalerei bezeichnet eigentlich den Verfall dieser Handwerkskunst. Denn die Glasfenster des Mittelalters waren, von der Überarbeitung mit Schwarzloth abgesehen, eigentlich nicht gemalt sondern aus farbigen Gläsern vermittelst Bleistegen zusammengesetzt. Diese Bleistege,



das Hindernis der Glasmalerei der Renaissance, etwa der sogenannten Schweizer Scheiben, hatten als formbildendes Element die gleiche Bedeutung wie das farbige Glas. Das 19. Jahrhundert hat sich neben vielem andern auch darum bemüht diese mittelalterliche Handwerkskunst wieder zu beleben. Aber im allgemeinen nur mit negativem Erfolg. Im besten Fall wurden dekorative Wirkungen erreicht. Es sei nur etwa an die neuen Fenster des Kölner Doms oder an die anderer ausgebauter oder renovierter Kirchen erinnert. Denn keiner von denen, die sich damit beschäftigten, nahm sich die Mühe diesem Kunstgebiet auf den Grund zu gehen, obwohl Karl Schäfer die Prinzipien dieser Handwerkskunst eindeutig festgelegt hatte.

Neuerdings hat *Otto Freundlich* einen überaus glücklichen Versuch in diesem Kunstgebiet durchgeführt. Er hat ein zwar nur kleines, aber durch seine Formgebung um so bedeutenderes Fenster geschaffen, das für ein Wohnhaus bestimmt ist und bei I. B. Neumann in Berlin ausgestellt war. Eine Arbeit, die auf den alten handwerklichen Voraussetzungen beruht, dabei aber keineswegs epigonenhaft ist. Seine Formgestaltung entspricht durchaus unserer Zeit, hält sich von jeder Reminiszenz fern.

**Berlin: Große Ausstellung 1922** In der Großen Berliner Kunstausstellung fehlt diesmal die Ausstellung der

Freien Sezession. Dafür hat, im Anschluß an die Novembergruppe, das *Junge Rheinland* ausgestellt, ohne allerdings die Ausstellung zu bereichern. Nur einige Bilder von Max Ernst, Christian Rohlf's und Gert Heinrich Wollheim unterbrechen die Monotonie dieser Abteilung, die außer dieser Monotonie keinen besondern Charakter hat.

Das gleiche gilt von der *Novembergruppe*, die sich ähnlich der deutschen Republik immer mehr ihres erworbenen Besitzstands erfreut und sich einer sehr angenehmen Ruhe hingibt. Wilhelm Schmid, der seit Jahren den besten Platz in den Räumen der Novembergruppe einnimmt, erwirbt sich diesen wohl durch das Format seiner Bilder, deren Größe allerdings in umgekehrtem Verhältnis zu ihrem Wert steht. Das gleiche gilt von einer Plastik Oswald Herzogs, deren Süßlichkeit durch nichts überboten werden kann. Rudolf Belling beschäftigt sich wenigstens mit den Problemen der Plastik, wenn er auch sehr unter dem Einfluß der Negerplastik steht. Auch Cesar Klein

und Georg Tappert geben sich Mühe über das nur Schematische hinauszukommen. Moritz Melzer versucht mit Panoptikumeffekten Aufmerksamkeit zu erregen. Einzig Arthur Segals Bilder und Zeichnungen von Alfred Lomnitz und Lothar Homeyer deuten das Niveau an, das diese Ausstellung eigentlich haben müßte. Besondere Erwähnung verdient Georg Scholz, der politisch-satirische Graphik zeigt, die große Beachtung finden sollte. Neben George Grosz und Otto Dix gehört er zu den wenigen, denen die künstlerische Gestaltung politischer Sujets gelingt. Mit Temperament und Leidenschaft hat er sich eine eigene Ausdrucksweise geschaffen. Er ist leider viel zu wenig bekannt; nur der Gegner bringt gelegentlich Zeichnungen von ihm. Die wertvollsten Arbeiten, die die Novembergruppe zeigt, sind Arbeiten von Nichtmitgliedern, die nur als Gäste ausstellen. Vor allem einige Russen: von Iwan Punij einige Gemälde und Zeichnungen, besonders sein Bild *Der synthetische Musiker*, ein Werk von seltener Disziplin und Ausdruckskraft; von El Lissitzkij Bilder und Zeichnungen konstruktiven Charakters; von Karl Zalit eine Plastik von unerwarteter Folgerichtigkeit und seltener Einheit. Viking Eggelings Filmkomposition wird in dieser Ausstellung zum erstenmal der Öffentlichkeit vorgeführt: eine synthetische Lösung von Formbeziehungen auf einem polarrhythmischen Anschauungsprinzip beruhend. Es ist für den Geist der Novembergruppe bezeichnend, daß sie dieses bedeutende Werk inmitten von Plakaten unterbringt. Wohl weil es mit Bleistift auf Papier gezeichnet und nicht mit Öl auf Leinwand gemalt ist: alte Vorurteile, die den Wert eines Werks nach dem verwandten Material abschätzen zu müssen glauben. Manche Maler der Novembergruppe haben neben ihren Bildern Entwürfe für Gebrauchsgraphik ausgestellt, deren Niveau ungleich höher als das ihrer eigentlichen künstlerischen Werke ist. Es ist schade, daß sich so viele Kräfte mit Dingen abmühen, die ihnen gar nicht liegen; besonders wenn sie auf anderen Gebieten sehr nützliche Arbeit leisten könnten und auch leisten.

Die Aussteller des *Vereins Berliner Künstler* mühen sich wie seit jeher mit Bildnissen, Stilleben, Landschaften, großen figuralen Kompositionen und, was ihren Maßstab betrifft, großen Skulpturen ab. Allerdings ohne nennenswerten Erfolg. Ein *Stilleben* Philipp Francks wirkt hier wie eine Offenbarung.

**Kurze Chronik** Die Berliner Akademie der Künste hat für die diesjährigen Wettbewerbe die folgenden Preise ausgeschrieben: den Großen Staatspreis (3300 Mark), den von Rohr-Preis (3800 Mark), den Julius Helfft-Preis (4200 Mark), den Karl Blechen-Preis (1800 Mark) für Maler, den Hugo Raussendorff-Preis (4000 Mark), den Paul Schultze-Preis (3000 Mark) für Bildhauer, wobei als Preisaufgabe ein Relief zum Gedächtnis an eine verdiente Persönlichkeit für ein Kircheninneres gestellt wurde.  $\diamond$  Die von George Besson geleitete Pariser Zeitschrift *Les Cahiers d'aujourd'hui* hat eine *Enquete* veranstaltet, deren Frage lautet: »Sollen die deutschen Künstler im Herbstsalon ausstellen?« 50 Pariser Maler waren aufgefordert worden, 17 antworteten, und zwar, mit einziger Ausnahme von Georges Desvallières, in bejahendem Sinn; unter ihnen befanden sich Le Fauconier, Asselin, Pierre Bonnard, Vlaminck, Manguin, Matisse, Alb, André, Marquet und Othon Friesz.  $\diamond$  Der *Kölner Kunstverein* hat sein neues Heim, eine Ausstellungshalle in den Formen eines antiken Tempels, eröffnet. Die Eröffnungsausstellung zeigt eine Auslese der deutschen Malerei seit der Gründung des Kunstvereins gegen 1840 bis heute, zu der besonders die Berliner Nationalgalerie, die Museen von Düsseldorf, Elberfeld und Köln eine Reihe von Werken hergegeben haben.  $\diamond$  Die Stadt Haag hat ein neues Museum erhalten: Die Bredius'sche Sammlung, die ihr Besitzer bei seinem Fortgang aus Holland der Stadt zur Verwaltung mit der Bestimmung überlassen hatte, daß sie nach seinem Tod Eigentum der Stadt werde, ist nunmehr der Öffentlichkeit übergeben worden. Die Bilder stammen meist aus dem 17. Jahrhundert; neben glänzenden Namen, wie Rembrandt, Jan Steen, Willem Drost, van Ostade, kommen hier auch bescheidenere Meister, wie Balten, Saftleven, Mommers, Coryn, zur Geltung.  $\diamond$  Das Pradomuseum in Madrid, das in großzügiger Weise umgebaut und erweitert wird, hat nun 6 neue Säle dem Publikum zugänglich gemacht. Ein besonderes Interesse kann der Saal der Vertreter der frühspanischen Schule beanspruchen, die früher im Archäologischen Museum ein ziemlich verborgenes Dasein geführt hatten.  $\diamond$  An die Staatliche Kunstakademie in Königsberg wurde der Berliner Maler Klaus Richter als Lehrer berufen. Seit 1919 wirkte er an der Charlottenburger Kunstgewerbeschule.

## Musik / Erwin Lendvai

**Italienische Neuausgaben** Unsere Kenntnis alter Musik reicht höchstens bis Bach zurück, und selbst Bachs Werke sind uns größtenteils unbekannt geblieben. Hieran tragen die Romantiker und in erster Linie Beethoven die Schuld. Dieser Titan absorbiert alle musikalischen Interessen; er macht seine Vorgänger vergessen. Er spricht aus der Seele des modernen Menschen, er wühlt ihn auf, und er beruhigt und tröstet ihn auch wieder. So entfernten wir uns aber unmerkbar vom rein musikalischen Zentrum ins anthropomorphe Gebiet, in das Labyrinth der Psychologie. Um dem zu entrinnen, hilft nur der Ariadnefaden, der uns von Mozart zu Bach, und von Bach zurück bis zu den alten Niederländern, respektive zu ihren Schülern, zu den Florentinern, leitet. Hierzu verschaffen uns die großen Folioausgaben der Denkmäler der Tonkunst in Österreich, der Denkmäler deutscher Tonkunst und deren 2. Folge, der Denkmäler der Tonkunst in Bayern, das nötige Material. Sie stehen in den großen öffentlichen Bibliotheken. Im Privatbesitz finden wir sie nicht. Sie waren auch in der billigen Friedenszeit für den Musiker unerschwinglich. Diesen Schaden hat Gabriele d'Annunzio erkannt, als er die *Raccolta Nazionale delle musiche italiane* herausgab, er hat im Verein mit den hervorragendsten Musikern Italiens, mit Malipiero, Perinello, Pizzetti und Pratella, die Sammlung mit viel Geschick für den Privatgebrauch in kleinen, leider etwas zu niedrig ausgestatteten Heften bearbeitet (Mailand, Istituto Editoriale Italiano). Die Seele des Unternehmens ist jedoch Italiens größter Kenner alter Musik, der Kapellmeister Alceo Toni. Dieser legt, die Dinge klug abwägend, nicht auf die trockene philologische Arbeit das Hauptgewicht sondern auf eine praktische Notierung in neuen Schlüsseln, auf eine gediegene, richtig phrasierte und mit ausreichenden dynamischen Tempozeichen versehene Ausgabe, die in ihrer 1. Serie Italiens alte Musik bringt, und die auch der einfache Musiker zur Hand nehmen kann. Die 1. Serie umfaßt viele hundert Hefte. Die Pianisten und Organisten werden mit Girolamo Cavazzonis /16. Jahrhundert/ Hymnen, Magnificat, Fugen und Kanzonen und mit 3 Messen beschenkt, deren Herausgeber Giacomo Benvenuti ist. Diese engelreine Musik erinnert an die Bilder des Trecento: Goldhintergrund, Adoration, körperloses Schweben. Nichts fürs Podium. Der be-

deutendste Neapolitaner, Francesco Durante /1684 bis 1755/, ist mit Kanons, Fugen, Divertimenti vertreten, die der Herausgeber Toni der mustergütigsten Revision für würdig hielt. Der Vergleich Zipoli-Durante weist in gleicher Form den Unterschied zwischen Kirche und Welt auf. Zwischen den beiden steht der Römer Michel Angelo Rossi, ein Schüler Frescobaldis. In Tonis Bearbeitung liegen Tokkaten, Verzetti, Courants, eine schöne Variationenreihe über das Volkslied *La romanesca*, ein über eine gregorianische Sequenz als Orgelpunkt gebautes Andante vor, das gewiß nur für Orgelspiel gedacht ist. Von dem Florentiner Giovanni Marco Placido Rutini /1730 bis 1795/ (diese vielen Vornamen verwirren die Geschichtsschreiber; man hat zumeist 2 Brüder angenommen) hat Pratella 6 Hefte herausgegeben: ringende Musik, die Beethovenschem Geist nicht fern steht. Eine große Sammlung von Violinsonaten bringt uns nichts Neues. Wir kennen die Meister Corelli /1653 bis 1713/, Nardini /1692 bis 1770/ und Veracini /1680 bis 1750/ bereits aus vielen instruktiven Ausgaben von Torchi, David, Wassiliewskij, Moffat und Kreisler. Hingegen sind die Triosonaten (2 Violinen und Klavier) des Mailänder Organisten und Regenschori G. B. Sammartini trotz ihrer musikalischen Vollwertigkeit leider viel zu unbekannt. Die von Perinello und Polo geleitete Ausgabe der 6 sogenannten Sonate notturne werden zur Freude der Musikwelt auferstehen. Ein Boden für den a cappella-Gesang ist Italien nicht mehr. Vielleicht sollen die Ausgaben der weltlichen Lieder Palestrinas eine chorische Renaissance hervorbringen helfen. Die 4- bis 5stimmigen Madrigalen hat Perinello mit Vortragszeichen und Klavierauszug versehen. Eine glückliche Idee war Carlo Gesualdos /1560 bis 1614/ 5stimmige Madrigalgesänge in die Sammlung aufzunehmen. Ihr Herausgeber Pizzetti unterzog sie einer sorgfältigen Revision, die uns es nun ermöglicht, daß man diesem feinsinnigen frühen Chromatiker in den Chorkonzerten bald begegnen dürfte. Von dem Bologneser Adriano Banchieri /etwa 1565 bis 1634/ war bisher kaum etwas bekannt. Francesco Vatielli gab einige Chöre (Dialoge und Madrigale) aus seiner *Mascherata di vittanelle*, Madrigale a un dolce russignolo, *Contrappunto bestiale alla mente*, Stücke aus einer seiner Opern heraus. Es sind zumeist unterhaltsame Chöre, die keine besonderen Schwierigkeiten bereiten. Hier kann nur von einem kleinen Bruchteil

der bedeutenden Sammlung berichtet werden. Sie stellt auch für uns Aufgaben, die wir lösen müssen: die zweckmäßige preiswerte gute Ausgabe alter deutscher Musik, damit auch der deutsche Musiker seinen Hammerschmidt, Haßler, Kuhnau, Scheidt, Buxtehude, Prätorius, Krieger, Senfl, Pachelbel, Staden usw. kennen lernt. Der d'Annunzioschen Sammlung ist größte Verbreitung zu wünschen, und wenn die Hefte außer italienischen, französischen, englischen und spanischen biographischen Notizen auch die deutsche Sprache berücksichtigten, ist es nicht ausgeschlossen, daß nach einer Valutanivellierung auch unser Land der Sammlung seine Sympathien kaufkräftig beweist.

Keine der bisherigen Ausgaben der Klaviermusik des Neapolitaners *Domenico Scarlatti* /1685 bis 1757/ kann mit der von Alessandro Longo redigierten Gesamtausgabe verglichen werden. Die 14-bändige Ausgabe *Opere complete per clavicembalo* /Mailand, G. Ricordi/ umfaßt zirka 700 Klavierstücke in 2teiliger Liedform und in 1sätzigen älteren Sonatentypen (ohne Durchführungen), die Longo in Suiteform herausgibt. Man hört des öfters diese Form der Herausgabe von Fachmusikern tadeln. Doch irgendeine Ordnung mußte ins Auge gefaßt werden, und die Suiten sind geistvoll als kleine Einheiten gesammelt. Man empfindet eine gewisse Zusammengehörigkeit der einzelnen Sätze, die sorgfältig mit Fingersatz und Phrasierungsbogen versehen, zum festen Bestand eines jeden Pianisten gehören müßten. Scarlattis Klaviermusik hält die Nähe der gleichen Werke des großen Zeitgenossen mit Ehren aus. Zwar ist er kein Metaphysiker wie Bach, aber ein ungeheurer Musiker, der mühelos sein Tonspiel auf Papier überträgt. Ein Bach mit einigen Tropfen Mozartblut. So manche der Stücke könnten den bestgebildeten Musiker zur Annahme verleiten, Bach hätte sie komponiert. Gewisse Stücke zwingen uns sie von Zeit zu Zeit wieder zu spielen. So Nummer 33, eine wahre Freude für den, der scharfe Logizität liebt. Bedauerlicherweise ist die Sammlung uns Deutschen unreichbar; sie würde ein Vermögen kosten.

Englische Neu- Auch Englands musikgeschichtliches Gewissen regt sich. Da die große Virginal Book Ausgabe, 1897 von Fuller Maitland und Barclay ediert, mit ihren 416 Klavierstücken den weiteren Volksschich-

ten versperst ist, gibt jetzt Fuller Maitland eine *Auswahl alter Klaviermusik* The Contempories of Purcell heraus /London, J. & W. Chester/. Wir machen die Bekanntschaft mit Henry Purcells Lehrer John Blow /1648 bis 1708/, mit William Cooft /1678 bis 1727/, Jeremiah Clark (nicht, wie im Riemannlexikon, Clarke) /1669 bis 1707/ und anderen Kleinmeistern des Klavizymbels. Trotz ziemlich genauer Ornamentlösungen ist die Schlamperei in der Stimmführung und in anderen Momenten der Faktur erstaunlich. Dafür ist der Herausgeber verantwortlich. Im letzten Heft interessiert der modulatorisch sehr gewagte F. Piggott. Wie er mit C-Moll das stark pronunzierte C-Dur verläßt, um durch es und f wieder in C-Dur aufzutauchen, hat gewiß die Zeitgenossen so überrascht wie uns heute Richard Strauß mit seinen schlagenden Modulationen etwa im Rosenkavalierwalzer. Der Marsh Piggotts weist schon auf das satte Orchester, während seine eckig gebrochene herbe Jigg unserm Ohr unnatürlich klingt. William Turners Ayre hätte vielleicht Max Reger zu Variationen inspiriert. Saft und Kraft steckt in dieser lebenbejahenden altenglischen Musik, die die flache Melodieführung des geerbten Plain Songs überall durchbricht. Erst wenn man außer Purcell auch Blow, Cooft und Clark kennt, entdeckt man Händels englische Ader, er hat in sich, cum grano salis, ihre Art aufgenommen. Denn es beruht auf voller Wahrheit, wenn Adolf Prosnitz in seinem Kompendium der Musikgeschichte /Wien, Universaledition/ behauptet: »Die englischen Tonsetzer, welche der Zeit nach sich um Händel gruppieren, schrumpfen an diesem Riesen gemessen zu Zwergen ein.« Indessen müßte die Sammlung fortgesetzt werden. Werke von Pepusch, Greene, Boyce, Arne, Locke, Banister, Humphrey und vor allem vom großen Purcell, den, wie man sagt, Händel "beerbt" hat, schmachten unveröffentlicht in Bibliotheksgefangenschaft.

**Deutsche Neu-  
ausgaben** Eine der oben besprochenen d'Annunzioschen Sammlung ähnliche Unternehmung haben wir jetzt auch in Deutschland. Schon trifft man bei uns in Musikerkreisen vielfach auf die geschmackvoll ausgestatteten *Musikalischen Stundenbücher* /München, Dreimaskenverlag/. Die Stundenbücher sind »eine Sammlung erlesener kleiner Tonschöpfungen, herausgegeben und mit Einleitungen versehen von hervorragenden Künstlern«.

⟨Den Herausgebern, die mit großer Sachlichkeit an die Arbeit gegangen sind, muß ihre »hervorragende« Anpreisung gewiß peinlich sein.⟩ Diese Sammlung greift nicht, wie ihre italienische Schwester, auf total unbekanntes Gut zurück, vielmehr leidet sie an jener Verbeugung vor den Schwachköpfen, wie sie in Deutschland Sitte geworden ist. Denn anders ist es nicht begreiflich, warum eine so exquisite Unternehmung Beethovens Bagatellen, Mendelssohns Lieder ohne Worte, Schumanns Frauenliebe oder Cornelius' Weihnachtslieder aufnehmen mußte. Diese Sachen sind ja in wohlfeilen Ausgaben (Peters, Schott, Universaledition usw.) längst in Tausenden von Auflagen erschienen, also den weitesten Kreisen zugänglich. Wir verstehen schon: Die populären Werke sollen das Risiko decken. Um so mehr erfreut eine begeisterte historische Einführung Alfred Einsteins zu Palestrinas Missa Papae Marcelli, die in reduzierter Partiturausgabe am Klavier leicht spielbar ist. Johann Kuhnau 4. Programmsonate Der todkranke und wieder gesunde Hiskias wurde mit Johann Sebastian Bachs Jugendwerk, dem B-Dur-Capriccio zusammengekoppelt. Kuhnau, Bachs Vorgänger an der Thomaskirche, ist reichlich unbekannt und hätte einen selbständigen Band ertragen. Wir begrüßen aber auch diese Ausgrabung, wie auch Philipp Emanuel Bachs Kantaten und Lieder. Otto Vrieslander, ein Komponist von vielen prächtigen Liedern (der jetzt leider verstummt ist), widmet dem Band eine 32 Seiten starke Einleitung und sagt mit Recht, daß des Bachsohns »Lyrik Gegenwert im absoluten Sinne hat«. Und in der Tat steht eine neue Jugend (unter Fritz Jödes Leitung: Musik und Erziehung /Wolfenbüttel, Julius Zwißler/) auf gleichem Standpunkt wie dieser kraftvolle Sang. Wie naiv wirken dagegen die melodisch zartgefügteten Liedlein der Luise Reichardt. Echter Biedermeier für jedermann am Tafelklavier, etwas lässig arpeggierend zu begleiten. Ähnlich sind die kaum bekannten Gitarrelieder Carl Maria von Webers, staubige Klänge einer empfindsamen Leier. Auch Joseph Franz Karl Lanners urwiener Walzer mit ihrer Spießergemütlichkeit erfüllen den Zweck der Sammlung. Eine glückliche Idee war es Georg Friedrich Händels Deutsche Arien auferstehen zu lassen. Sie sind außer vom Klavier von einer Geige oder einem Blasinstrument solistisch begleitet und dürften eine willkommene Bereicherung unserer Hausmusik werden. Hermann

Roth, der die Arien und andere Bändchen herausgab, ist als Bearbeiter mit größter Akribie ans Werk gegangen. Der landläufige Musikliebhaber ahnt es gar nicht, welch gründliches Studium er seinen Arbeiten angedeihen ließ. Ob aber Bachs Vokalmusik in ihrer Ornamentik »keine Ergänzungen verlangt«, mag dahingestellt bleiben. Wer Hugo Goldschmidts gewichtige Lehre von der vokalen Ornamentik zur Kenntnis genommen hat, wird über diesen Fall erheblich anderer Meinung sein. Den Liedern Hector Berlioz' wurde eine wertvolle Einleitung des Bearbeiters Karl Blessinger zuteil. Bedauerlicherweise ist in den deutschen Textübersetzungen der Lieder so manches, was nicht gebilligt werden kann. Ein Beispiel: Berlioz hat Goethes Gretchen am Spinnrad nach der Übersetzung Gérard de Nervals komponiert. Goethes Originaltext kann man nicht überall unterlegen. »Wo ich ihn nicht hab'«, »sein hoher Gang, sein' edle Gestalt«: das wirkt melismatisch lächerlich, stark betonte Silben, wie ist, die, nur, entsprechen im französischen Text betonten Werten. Doch machen Blessingers Übersetzungen in den anderen, leider verschollenen Liedern Berlioz' alles wieder gut. Wer kennt Richard Wagners Lieder aus seiner schlimmen ersten Pariser Zeit, jene »Bestellungen«, die schon den Meister erraten lassen? Sie stehen mit den Wesendonckliedern in einem Bändchen vereint. Hoffentlich richtet das Unternehmen sein Interesse nun auch noch mehr auf alte deutsche Kleinmeister des 16. bis 18. Jahrhunderts. Hier wären klaffende Lücken zu füllen, und die Stundebücher würden damit zu Wahrzeichen einer abgestorbenen, doch vielleicht wieder neu zu belebenden Kultur.

Von *Johann Joachim Quantz*, dem Flötenmeister Friedrichs des Großen, kennt man nur den Namen, seine Musik ist vergessen. Doch schrieb er für den König unter anderm nicht weniger als 300 Konzerte und 200 andere Stücke für 1 und 2 Flöten, Flötensoli, Flötentrios und -quartette usw., von denen der größte Teil in der ehemaligen königlichen Hausbibliothek erhalten ist. Es ist mir nicht bekannt, daß die kürzlich veröffentlichte Auswahl seiner Flötensonaten /Leipzig, Robert Forberg/ auch schon früher publiziert wäre. Die 6 Sonaten, von denen mir 3 vorliegen, sind in einen Umschlag von unerhörter Geschmacklosigkeit gewickelt: vor einem Orangehintergrund in Blau Schloß Sanssouci, darüber der Schatten des großen Fritz. Quantz auf

der Litfaßsäule. Dafür aber haben die Bearbeiter Oskar Fischer und Otto Wittenbecher Lobenswertes geliefert. Wittenbechers Continuobearbeitung ist geradezu mustergültig; sie deckt nirgends die Flöte, spielt sich nicht selbstherrlich auf, bleibt vielmehr in den richtigen Grenzen, so daß selbst Quantz, der in seinem berühmten Buch über das Flötenspiel Beweise seiner Continuokenntnisse in Fülle gab, mit der exakten Arbeit zufrieden wäre. Quantz steht völlig im Bann der neapolitanischen Schule, seine Sonatenform (das italienische Grave leitet jede Sonate ein) dient solider Virtuosität. Ein prussifizierter Italiener ist dieser strenge Musiker, seine Rouladen haben etwas zwingend Selbstverständliches, militärisches Kommando scheint sie zu entsenden. Und etwas Perrückenpuder und Zopf, aber sympathisch. Die Flötisten können die damalige Freude des kunstliebenden Preußenkönigs empfinden. Diese Musik wirkt in unserer Zeit wie ein kräftigendes Sonnenbad, heute in Zeiten chronischer Mondfinsternis.

*Alt Wien* weht aus der Flötensonate G. Dur des 1839 verstorbenen Max Joseph Leidesdorf, die der, früher in Berlin, jetzt in Zürich tätige Musikschriftsteller H. W. Draber in einem Breslauer Antiquariat, von Kopistenhand abgeschrieben, aufgefunden hat /Berlin, Bote & Bock/. Sie ist aber nur Durchschnittsarbeit, denn so wie Leidesdorf komponierte damals ein jeder bessere Dilettant. Nur auf die Melodiebildung ist die Aufmerksamkeit gerichtet, und diese bewegt sich im Czerny-Diabelli-Köhler-Geist. Faule Bässe, zahmes Arpeggio und billige nachschlagende Akkorde unter recht bescheidenen Gedanken. Ich glaube, Draber hat sich hier in seinen Fund um des Fundes willen verliebt. Bekanntlich lehnt er bedeutend stärkere Talente der Gegenwart mit scharfer Feder ab.

**Praetoriusorgel** Der Leiter des Musikwissenschaftlichen Seminars der Universität Freiburg, Willibald Gurlitt, hat uns zu 3 Orgelkonzerten eingeladen. Der berühmte Thomaskantor Carl Straube trug in diesen Konzerten Werke aus dem 17. Jahrhundert auf der rekonstruierten Praetoriusorgel vor, und zwar Werke von Komponisten, die der heutige Musiker kaum mehr dem Namen nach kennt: Titelouze, Boyvin, Lebègue, Scheidt, Lübeck, Pachelbel, Sweelinck, Buxtehude waren die Vertreter jener von "Problemen" nicht im geringsten belasteten Zeit.

Die frommen Klänge vermittelten die ihnen angepaßten alten Register, die Gurlitt mit dem Orgelbauer Oskar Walcker /Ludwigsburg/ aus den genauen Beschreibungen des Syntagma musicum des Praetorius aus der Rumpelkammer der Musikgeschichte zu neuem Leben rief. 1½ Jahre hindurch haben sie außer diesen der Quellenschrift entsprechenden Registern alle Hilfsmittel der Musikgeschichte, insbesondere auch die noch erhaltenen, gewissen Orgelregistern entsprechenden Orchesterinstrumente damaliger Zeit (Rancket, Bockflöte, Krumbhorn) genau untersucht und so den alten Schnarrton der Orgel wiederhergestellt. Die Vorteile dieser alten Orgel sind nicht abzustreiten, denn man hört einen 2 Fuß Cornet im Pedal, in den Manualen eine 8 Fuß Baerpfeiff, das 8 Fuß Krumbhorn, eine glöckchenartige Spitzflöit oder Spillflöit, eine doppelte Zimbel, »gar klein und scharff«, die »stille Posaun oder Rancket«, eine kleine Schwiégelpfeiff, ein nasales Nachthorn, eine zarte Bockflöit usw., die unter einander stark individualisiert sind, im Gegensatz zur modernen Orgel, deren Disposition in der Hauptsache Rohr- und Zungenregister, also nicht viel Klangdivergenz aufweist. Und doch ermüdet auch diese <wie alle> Orgel auf die Dauer, um so mehr, als die Programme viel zu lang waren, und in der Dynamik Meister Straube <bewußt> äußerst sparsam in der Abwechslung war. Unsere Nerven sind zu differenziert geworden, um alte Musik im *alten* Klang auf die Dauer mit der vollen Frische der Eindrucksfähigkeit aufnehmen zu können. Dann hörten wir anmutige Chöre des Vaters der Polyphonie, des Holländers Dufay, und zierliche Chansons mit Instrumentalbegleitung von Binchois, beide aus dem 15. Jahrhundert. Diese Art des Musizierens muß zu einer Renaissance führen. Sie ist völlig nach innen gerichtet, wünscht kein Podium, keine Konzertagentur und keinen Konzertbetrieb. Diese Musik ist aus reellen Stimmen gewoben; ohne dramatischen Effekt oder romantisches Pathos fließt sie dahin. Man hörte Zukunftsklänge.

**Kammermusikfest in Donaueschingen**

Von Freiburg einige Bahnstunden zum Donauquell. Hier wollte auch in diesem Jahr <das 1. Fest war vor einem Jahr> "nagelneue" Musik der jüngsten Komponistengeneration ertönen. Nun, diese Jungen piepsen anders als die Alten, die da sangen. Aber sie piepsen, und das ist ein gewisses Resultat. Es ist zu kon-

statieren, daß sowohl Düsseldorf (siehe diese Rundschau, in diesem Band, Seite 702 ff.) wie Donaueschingen den Bedarf an Novitäten für mehrere Jahre gedeckt haben. Es ist ja ein unkünstlerischer Standpunkt, daß man vom Kunstwerk Erhebung der Seele fordert. Ethos für 2 Mark 50 Pfennig, sagten die Dadaisten. Aber doch um alles in der Welt: Warum diese Dauertonwüsten? Denn an Positivem waren auch diese Veranstaltungen karg. Die Jury wählt eben Kampfhähne, und die wenigen Zahnen sollen für das Gebot der Nouveautés erst recht demonstrieren. Also ist die vergesellschaftlichte Musik: eine kleine-Großstadtgruppe kreiert sie, die unzähligen Kleinstadtgruppen schiebt sie von sich. Mit *Ernst Kreneks* Symphonischer Musik für 9 Soloinstrumente in 2 Sätzen eröffnete, mit *Paul Hindemiths* Kammermusik Nummer 1 (Opus 24) schloß man das starkbesuchte Fest. Diese Werke vertreten das prominent Moderne. Sie sind illustrativer Natur. Hindemith ist der stärkere. Er wagt das Letzte: die Farce, die in einem Winkel ihrer Seele bitter weint. Denn wenn er Kaffeehaus- und Jazzbandmusik mit starker Bevorzugung der schrillen Schlag- und Signalinstrumente mit dem Untertitel 1921 bezeichnet, so ist er sich der Kurzlebigkeit seiner Muse bewußt und betrauert die sensationslüsterne Schnelligkeit der Gegenwart. Der epische Zug dieser Musiker erinnert durch ihre Richtung ins Bizarre an den Geist E. T. A. Hoffmanns. Es steht ihnen heute noch zu sehr ihr Ich im Weg. Krenek und Hindemith sind beide Erzmusikanten, die ihren Werken gegenüber später die gleiche Einstellung gewinnen werden wie Hindemith es schon heute seinen früheren Werken gegenüber tut, wenn er im Programmheft des Festes (20. Heft 1922 der Neuen Musikzeitung) sagt: »Als Komponist habe ich meist Stücke geschrieben, die mir nicht mehr gefallen.« Warum soll da die Feststadt nicht ebenso denken und an ähnlichen und schlimmeren Novitäten ihren Bedarf auf mehrere Jahre hinaus gedeckt haben?

Stellen wir eine Rangordnung nach Qualität der Werke auf, so stehen die Lieder des *Jörg von der Wense* fast auf dem Nullpunkt. Ja, er will Großes, in sich Erstarrtes sagen. Er greift zu erdrückenden Eddaliedern. Aber mit welchen Mitteln! Hier soll Kulturlosigkeit Werte schaffen. Doch der Operettenton ist nicht kulturlos, er ist nur ein Kulturbestand aus einer kunstfremden Zeit bürgerlicher

Genießer. Der Anfang versprach noch mit seinen trotzigem Quartenharmoneien, mit seinen Klangblöcken das Riesenhafte, doch in der Folge wuchsen erbärmliche Zwerge. *Rudolf Dinkel* greift im Programmheft die badische Regierung an, daß sie ihn durch seine Versetzung (er ist Dorfschullehrer) seiner Ausbildung beraubte. Die Fuga grotesca (G-Moll Anfang, B-Dur Mitte, C-Dur Schluß) wendet sich an Nietzsche als Taufpaten, mit ihm vereint möchte er »den Geist der Schwere töten«. *Dinkel* steht aber mit seinem Material ratlos da und vollbringt die leere Geste. *Heinrich Zoellner* glaubt, wenn er (er sei hier selbst aus seiner Autobiographie im Programmheft zitiert) »mit seiner Frau in Berchtesgaden« lebe, »Herz und Auge breiten Eindrücken einer erhabenen Natur geöffnet« (es ist ganz scheußlich, wenn Schaffende von ihrem Ich fabulieren), daß auch seine Werke den Breitengraden Berchtesgadens entsprechen müssen. Im Gegenteil. *Zoellner* schreibt für 5 Instrumente viele trockene Kontrapunkte, wie wenn er in der erhabenen Natur der Sahara »Herz und Auge« usw. Der Schweizer *Reinhold Laquai* schrieb in mitunter amüsantem Salontone eine Klarinettensonate. Das Klavier wirft über die Klarinette Wogen der längst verebbten Badarzewskaarpeggien. Grieg versuchte solches Harfenspiel mit etlichem Glück, doch steht hier hinter dem Ornament keine Fassade. Der Holländer *Bernard van Dieren* gehört in jene Gruppe der à tout prix-Modernen, denen man das Nichtmuß in den Werken bereits aus dem 10. Takt heraushört. Sein Vorzug ist Einheitlichkeit. »Keine einzige natürliche Note!« ist sein Wahlspruch. Wenn ein blutarmer Ästhet komponieren lernt, so ist der Klingklang, der sich in seinem Streichquartett breitmacht, eine selbstverständliche Folgeerscheinung. Vielleicht trifft der Leser in späteren Jahren in zu errichtenden Musikpathologischen Instituten den 2. Satz, der versucht »den zarten Laut und das zitternde Zusammenklingen der alten Lautenchöre« in ausgestopftem Zustand wiederzugeben. (Wie sagt Dinkels Nietzsche? »Nicht durch Zorn sondern durch Lachen tötet man.«) Nun Begabungen, die Förderung verdienen: Der Berliner *Max Butting* versucht es statt mit tiefgründigen Problemen wieder mit dem »Spiel«. Gar lustig ist sein Opus 22, ein Quintett für Oboe, Klarinette, Violine, Viola und Cello, nicht. Aber er weiß wenigstens mit diesen Instrumenten ihrer Natur ge-

mäß umzugehen und seine Gedanken zu formen. Und das will heute etwas bedeuten. Hätte sich das Werk in 15 Minuten mitteilen lassen, es wäre eine wirkliche Bereicherung der Kammermusikliteratur. In einen ähnlichen Fehler verfällt der Deutschböhme *Fidelio F. Finke* (siehe hierzu diese Rundschau, in diesem Band, Seite 703). Er versteht zu fesseln, wir sind in angeregter Spannung, bis ein zeitliches Zuviel die Aufnahmekraft erlahmen läßt. Sein 1sätziges Streichquartett läßt literarischen Hintergrund wittern. Es klingen darin die Wellen der Leidenschaft, die an den steilen Ufern des begrenzten Lebens zerschellen. Tiefe Traurigkeit, und wie aus der Ferne ein leiser Walzer, der mit seinem naiven Dur das Herz zerschneidet. Bühne mit scheidenden Liebenden, ein lachendweinendes Nimmerwiedersehen. Quartett? Nur weil 2 Geigen, eine Bratsche und ein Cello spielen? Finke wird sich kürzer fassen und zur kulissenlosen Musik zurückkehren müssen. Dorthin, wo der Mähre *Felix Petyrek* schon heute steht. Trotz seiner eingestandenem Programmidee vom »klagenden Naturlaut, der ihm an einem glühenden Sommermittag im Hochgebirge aus einsamen Felsklüften entgegenzitterte«, die etwas üppig poetisch zu sein scheint, ist er ein klarer Musikerkopf. Später wird er sich nicht unter römischen Ziffern analysieren können, ähnlich der werdenden und gewordenen Mutter, die vom Stand des Fötus kein Bild entwerfen kann. Wenn sich *Petyrek*, ungehemmt von poetischen Bildern, vom analytischen Gewissen der Autovivisektion losmacht, wird er erst zu dem von ihm ersehnten Ziel gelangen. Sein Sextett für Klarinette, Streichquartett und Klavier hat alle Vorzüge guter Musik; es ist einheitlich, aber auch mannigfaltig, in Form und Klang ausgeglichen. Spezielle Effekte, Extravaganzen, öde Strecken sind nicht vorhanden. Das Werk hat so manche verlorene Stunde vergessen gemacht. Den stärksten Eindruck gewann ich von 3 Liedern des Berliner *Edmund Schröder*. Erst jetzt mit 40 Jahren kommt er zu Wort. Marktware setzt sich schneller durch. Nach den 3 Liedern *Schröders* zu urteilen tut sich in ihm die stärkste lyrische Begabung unserer Zeit kund. Beweis: Sonette des Michelangelo zu vertonen ist nicht jedermanns Sache. Mit Mittelchen, mit Nuancen kommt man nicht aus. Da muß schon die große Seele die Töne gebären. Tief ergriffen waren wir von dem Lied Ach, laß dich aller Orten von mir finden; denn man fühlte.

Hier ruft einer nicht ungehört: »Herr, dir will ich mich verbünden, zum Trutz unfruchtbar dunkler Qual Gesichte.« Wie viele wissen noch kaum, daß ihre Modernität bloß unfruchtbar dunkler Qual Gesichte widerspiegelt. Diese großen Michelangelolieder (die übrigens im vorigen Jahr vom Kontinentalverlag in Berlin herausgegeben worden sind) und Hindemiths Kammerliederzyklus Die junge Magd (6 Gedichte Georg Trakls), die neben jenen das Gelungenste des Festes waren, hat in Donaueschingen der herrliche Alt Tiny Debüers zu einem großen Erlebnis gestaltet.

Es wirkten unter anderen mit: das Mannheimer Amarquartett, das Klagenfurter Zikaquartett (hervorragende Instinkt Musiker slawischen Geblüts), die Karlsruher Bläservereinigung (der Oboist ist ein wahrer Künstler seines empfindsamen Instruments), der bekannte Klarinettist Philipp Dreisbach, sein ppp-Hauchton wird von keinem übertroffen, und vor allem Hermann Scherchen, der die beiden erstgenannten Werke ungemein plastisch ohne Partitur dirigierte. Man wurde von dem kunstliebenden Fürsten in freigebigster Weise empfangen, seine sympathische menschliche Art zauberte alte Zeiten des eleganten Rokoko hervor. Große Verdienste hat aber der Archivar der Fürstlichen Bibliothek Heinrich Burkard, der unermüdlich bemüht ist junge Talente zu fördern und die Feste zu leiten. Solche Männer fehlten leider am Hof Wilhelms II. Vorbei.

#### Totenliste

In Braunschweig ist am 27. April *Hans Sommer* in seinem 85. Lebensjahr gestorben.

Er hat sich als Komponist von Liedern bekannt gemacht, denen besonders Eugen Gura zu weiterer Verbreitung verhalf. Aber ebenfalls die Bühne hat er durch seine Opern Rübezahl und Der Sackpfeifer von Neiß, die in Berlin, Der Meermann, die in Weimar, und Saint-Foix, die in München aufgeführt wurden, bereichert. Sommer begründete auch, gemeinschaftlich mit Strauß, Schillings und Friedrich Rösch, die Genossenschaft deutscher Tonsetzer.

Anfang Juni starb in Prag *Wilhelm Zemanek*, 47 Jahre alt. Zemanek war als Leiter der Tschechischen Philharmonie weltbekannt. In Prag leitete er 15 Jahre hindurch das Musikleben zu Nutz und Frommen der jüngern Musikergeneration, nicht minder einer großen Zahl aufrichtiger Musikliebhaber (ein Menschenschlag, der in Deutschland wenig bekannt ist).

Unvergeßlich für den Verfasser dieser Rundschau ist sein Erlebnis mit Zemanek in Prag 1913. Einige subjektiv empfundene Worte hierüber seien mir hier gestattet: Ich sollte in Prag meine Symphonie dirigieren, konnte mich jedoch mit den Orchestermittgliedern nicht verständigen, weil ich der tschechischen Sprache unkundig war, die Herren andererseits auf die deutsche Sprache nicht reagieren wollten. Diesem hartnäckigen Chauvinismus verdanke ich es, daß ich Zemanek als Menschen und Musiker kennen lernen durfte. Es waren unvergeßlich lebendige Tage. In wenigen Stunden kannte er meine Partituren in- und auswendig und übernahm die Leitung, um das Werk nicht vom Programm absetzen zu müssen. Weder vorher noch später erlebte ich je eine ähnliche Aufführung. Sie leuchtete zinnoberrot. Alle anderen Aufführungen waren dagegen grau. Mit mir standen sicherlich viele Schaffende jeglicher Nation staunend, liebend seiner eminenten Einfühlungsgabe, seiner Initiative und Energie gegenüber (die sich nicht mit Abdirigieren des populären Beethoven begnügten), und mit Trauer im Herzen vernehmen sie von seinem Ende. Zemanek wurde ein Opfer des Weltkriegs. Er wurde als "Deutschenfreund" seines Postens entoben, der Not preisgegeben, verlor sein Augenlicht. So hat sich das tragische Schicksal dieses Mannes erfüllt. Jetzt wird wohl auch der verstockteste tschechische Patriot Zemanek vergeben, nein, dafür Dank wissen, daß er für die Musik deutscher Meister, namentlich das Werk Regers, in Tschechien gewirkt hat.

**Kurze Chronik** Im Frankfurter Opernhaus hatten 3 Einakter *Paul Hindemiths* nach Texten

Oskar Kokoschkas (Mörder, Hoffnung der Frauen), Franz Bleis (Nusch-Nuschi), August Stramms (Sankta Susanna) einen starken Erfolg. Gegen die Aufführung protestierten Frankfurter Bürgergruppen, die in ihr eine Verletzung der Sittlichkeit erblickten. ◊ In Aachen fand die Uraufführung der Oper Nacht der Seelen von *Ernst Viebig*, einem Sohn der Romanschriftstellerin Clara Viebig, statt. ◊ Das nunmehr von Jena in das ehemalige großherzogliche Schloß zu Weimar verlegte *Regerarchiv* wurde am 29. Juni im Beisein der Witwe des Komponisten, verschiedener Vertreter der thüringischen und weimarischen Regierung sowie eines geladenen Kreises feierlich eröffnet.



## KULTUR

Kolonisation / Herman Kranold

## Palästina

Im englischen Unterhaus fand am 9. März eine große Aussprache über die englische Politik in Palästina statt. Der Staatssekretär für die Kolonien Winston Churchill teilte im Namen der Regierung mit, daß die Besetzung Palästinas zu Anfang des Jahres 1922 auf 46 Bataillone eingeschränkt wurde und zunächst noch weiter bis auf 37 Bataillone herabgesetzt werden soll. In diesen Zahlen ist die Besetzung für Mesopotamien mit enthalten. Die Kosten für die Besatzungsarmee für beide Gebiete, die für 70 Bataillone 1921 etwa 40 Millionen Pfund Sterling ausmachten, entfielen nur zum kleinern Teil auf Palästina (etwa 8 Millionen). Churchill hoffte den Betrag im Lauf dieses Jahres auf 4, im Lauf des Jahres 1923 auf 2 Millionen Pfund Sterling herabzudrücken. Die Schwierigkeit der englischen Palästinalpolitik kennzeichnete er wie folgt: »In Palästina ... sind wir zu einer Politik verpflichtet, die zwar eine gerechte ist, aber dennoch auf den Argwohn und die Entrüstung der Majorität der Bevölkerung stößt und stoßen muß.« Diese Schwierigkeiten bestehen in der Erfüllung des den Zionisten gegebenen Versprechens, trotz dem lebhaften Widerspruch der arabischen Bevölkerungsmehrheit des Landes. Weiter: »Ich weiß sicher, daß das Gefühl von Aufregung, Argwohn und Unruhe aus den Herzen der Araber noch nicht ausgelöscht ist. Die jüdische Immigration ist ... streng bewacht und kontrolliert worden. Unsere Anstrengungen richteten sich nur darauf gute Bürger für den Landesaufbau zu erwerben.« Der Ausbau des Landes im jüdischen Sinn habe 1921 Fortschritte gemacht: 9000 Einwanderer seien zu verzeichnen, 1 Million Pfund Sterling habe die zionistische Organisation im Land verwandt, »in dem Aufbau wichtiger Wasserkraftstationen bei den Quellgewässern des Jordans, ferner auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Entwicklung und des Chausseebaues sind Fortschritte gemacht worden ... Mehr noch als im letzten Jahre haben wir heute Grund anzunehmen, daß unsere Arbeit erfolgreich sein wird.« Asquith beklagte sich über die vom Minister erwähnten hohen Kosten, die Palästina verursache, gab aber zu, daß das den Juden gegebene Wort gehalten werden müsse: »Ob es gerecht der ungerecht sei, es kann nicht zurückgenommen werden.« Ormsby-Gore ver-

langte einen stärkern Ausbau der Gendarmerie. Sir J. D. Rees zog in Erwägung, ob das Mandat über Palästina nicht zurückgegeben werden könne. Über den Schluß, zu dem er kam, berichtet die Jüdische Rundschau aber nichts. Dann sprach als Vertreter der Arbeiterpartei der Oberst Wegdwood. Er betonte Englands Pflicht die Juden und Christen Palästinas gegen eine »andersartige« (arabische) Mehrheit zu schützen; wenn dieser Schutz hinreichend gewährleistet sei, dann werde er für Gewährung der vollen Selbstverwaltung an das Land eintreten. Er erklärte den arabischen Widerstand gegen die jüdische Einwanderung zum Teil aus anderen als nationalen und religiösen Gründen. Im Bericht der Jüdischen Rundschau vom 21. März 1922 heißt es über diesen Teil seiner Ausführungen: »Die wohlhabenden Klassen, die von der türkischen Verwaltung her gewöhnt sind von billiger Arbeit zu profitieren, widersetzen sich aufs äußerste der jüdischen Einwanderung, weil sie westliche Ideen ins Land bringt. Diese Feindseligkeit findet sich aber bloß bei den oberen Klassen, nicht aber in der Volksmasse.« Diese Meinung bestätigte auch James Ramsay MacDonald, der gerade von einer Reise nach Palästina zurückgekehrt war. »Beim Volk«, sagte er, »bemerkte man nur sehr selten ein feindseliges Gefühl gegenüber den Juden, da es von den Wohltaten der Entwicklung Palästinas durch das jüdische Volk großen Nutzen erzielt.« (Diese Meinung dürfte nach allem, was man an Quellen zu sehen bekommt, doch wohl ein wenig zu optimistisch gefärbt sein.) Wegdwood wies weiter darauf hin, daß die jüdische Einwanderung die Einführung von amerikanischen Traktoren und dadurch die Entwicklung neuester Methoden der Technik veranlaßt habe. Dann betonte er, daß England wahrscheinlich seine Truppen in Palästina *verstärken* müsse. »Wir brauchen eine gewisse Macht dort, um den Suezkanal zu schützen, da wir gezwungen sind Palästina als Basis für seinen Schutz zu benützen. Wir werden in Zukunft das Zentrum unserer militärischen Kräfte in Palästina haben.« Aber die Kosten dafür dürften nicht Palästina aufgebürdet sondern müßten vom ganzen Britischen Reich getragen werden. Lord Percy regte an die Frage der Einwanderung durch eine Kommission prüfen zu lassen und bis zu deren Entscheidung die Einwanderung ganz zu sperren. Irgend-eine Folge ist dieser Anregung nicht gegeben worden. Malone wandte sich gegen die antizionistische Agitation,

während Macyuisten den Standpunkt vertrat, daß England durch die Balfourdeklaration gar nicht gebunden sei und von ihr zurücktreten solle. Diese den Juden feindseligen Anregungen drangen aber im Unterhaus nicht durch.

Es ist zu begreifen, daß die Zionisten die Ratifizierung des englischen Mandats über Palästina, die jetzt erfolgt ist, als den Beginn einer Erleichterung ihrer kolonialisatorischen Arbeit betrachten. Die Unsicherheit über die politische Stellung Palästinas war in der Tat für eine Aufbaurarbeit noch schlimmer als die mit dem Mandat notwendigerweise verbundenen Übelstände.

Von zionistischer Seite sind in Palästina von 1919 bis 1921 für Aufforstungen und Ameliorationen etwa 67 000 ägyptische Pfund ausgegeben und unter anderm 752 000 Bäume, davon zwei Drittel Eukalyptus, angepflanzt worden.

In Jaffa wurden eine Dampfäscherei, eine Alkoholdestilliererei, eine Schokoladenfabrik, eine Fabrik für Zitronensaft und Zitronenöl begründet, ferner eine Möbelfabrik, die bis zu 200 Arbeitskräften beschäftigen kann.

In Bukarest wurde eine Rumänisch-Palästinensische Gesellschaft zum Zweck der Bauholzeinfuhr nach Palästina gebildet. Eine alle 40 Tage verkehrende direkte Dampferfrachtverbindung zwischen Galatz und Jaffa wird in den Dienst dieser Gesellschaft gestellt werden, die nach Gelegenheit auch Brennholz, Petroleum, Benzin und Dachpappe einführen will.

**Mesopotamien:** Gleich nach der Besetzung Mesopotamiens, noch vor

Ende des Krieges, haben die Engländer dort nicht nur Getreide und Gemüse für den Bedarf des Besatzungsheeres sondern auch Baumwolle anzubauen begonnen, und zwar in der Gegend von Bagdad. Dieser Versuch fand zum Teil auf Land statt, das seit mehreren Jahrhunderten überhaupt nicht für Ackerbauzwecke benutzt worden war; erschwert wurde er noch durch den großen Mangel an Arbeitskräften, den die Kriegswirren in dieser Gegend mit sich gebracht hatten. Außerdem waren damals die Bewässerungsanlagen noch in recht wenig gutem Zustand. Für 1921 wurde dann ein vollständiger Plan aufgestellt, und man holte Baumwollbaukundige aus Ägypten herbei. Das Landwirtschaftsamt von Mesopotamien übernahm die Leitung der Arbeiten selbst. Vorher war bereits festgestellt worden, daß eine ganz bestimmte, aus Südkaro-

lina zu beziehende Saat (Webber 49) die geeignetste für die neue Kultur wäre, da sie große Mengen langstapiger Baumwolle liefert. Diese Pflanze gewinnt aber beim Wachstum in Mesopotamien einige Eigentümlichkeiten, die sie in Amerika nicht hat. Deshalb wurde eine neue Handelsmarke, Mespot White, geschaffen. 1918 standen nur 1½ englische Pfund dieser Saat zur Verfügung, 1921 war aber schon genug produziert, um 2000 Acres (zirka 670 Hektar) zu bestellen. Andere Sorten sollen bis zu ihrer Bewährung in systematischen Versuchen für den Baumwollanbau in Mesopotamien nicht zugelassen werden. 5 Versuchsgüter wurden in der Gegend von Bagdad eingerichtet und zu Zentren des Anbaus erhoben. Die bisherigen Erfolge sind wahrscheinlich zum Teil dem Umstand zuzuschreiben, daß den Arbeitskräften ein Gewinnanteil zugesprochen wurde. Die Scheichs sorgten für die nötigen eingeborenen Arbeiter, die unter von Regierungsseite genehmigten in arabischer Sprache abgefaßten Kontrakten beschäftigt wurden. Zur Bodenbearbeitung wurden die in der dortigen Gegend üblichen Werkzeuge (Pflug, Hacke, Schaufel) benutzt. Bald nach der Aussaat, die im April erfolgte, begann die künstliche Bewässerung; doch konnte sie nur bis in den August hinein durchgeführt werden, da dann der Araberaufstand ausbrach und alles weitere systematische Arbeiten vereitelte. In dieser Lage blieben die eingeborenen Arbeiter den Versuchsstationen treu und begannen Mitte August selbständig das Pflücken der Baumwolle. Ende Oktober gelang es dann die geernteten Mengen, trotz der Schwierigkeiten, die die Aufständischen machten, nach Bagdad hineinzuschaffen. Die Baumwolle erwies sich als ausnahmsweise rein. Die Faser hatte etwas unter der Störung der Bewässerung gelitten. Auf dem Acre waren ungefähr 1250 englische Pfund geerntet worden, im ganzen 100 000 englische Pfund, während der Durchschnitt in Ägypten 1200, in Amerika 600 Pfund auf den Acre ausmacht. Dabei waren die Bedingungen der Produktion unterdurchschnittlich schlecht. Durch den bisherigen Verlauf des Versuchs scheint erwiesen zu sein, daß Mesopotamien eins der bestgeeigneten Erzeugungsländer der Welt für Baumwolle ist. Man wird der Entwicklung dieser neuen Kultur in der Zeit, in der die Weltkonjunktur für dieses wichtige Rohprodukt besser geworden sein wird, mit großen Erwartungen entgegensehen dürfen.

**Kenya** Kenya ist der neue Name des British East Africa Protectorate, das nördlich an das frühere Deutsch Ostafrika, südlich an Abessinien und Italienisch Somaliland, östlich an Uganda grenzt. Die Regierung dieser britischen Kronkolonie nimmt jetzt eine Anleihe von 3 Millionen Pfund Sterling auf, mit deren Hilfe eine neue Eisenbahn von Thika nach Nyeri am Kenyagebirge gebaut werden soll. Die Linie wird das dem Kenyamassiv vorgelagerte Mittelgebirgsland und das Nyeriplateau dem Verkehr erschließen, auf dem sich zahlreiche versorgungsberechtigte Soldaten angesiedelt haben, und wo angeblich 240 000 Hektar für die Rindviehzucht geeigneten Weidelands bereitliegen. Wasser ist (vom Kenyamassiv her) reichlich vorhanden, das Klima ist für Europäer gesund, der Boden schwer und gut. Die Bahn schließt gleichzeitig auch die ungeheuren Bambuswälder auf, die das Kenyamassiv zum größten Teil bedecken (Durchmesser des ungefähr kreisförmigen Massivs etwa 60 Kilometer, bewaldete Fläche rund 3000 Quadratkilometer). Diese Wälder sind zum größten Teil unerforscht, Elefant und wilder Büffel kommen noch vor. Der Bambus kann zu Papiermasse verarbeitet werden; die Bestände sind durchmischt mit Zedern der besten Qualität. Außerdem erschließt die Eisenbahn direkt 300 000 Hektar Getreideboden. Die Kaffeeausfuhr von Kenya betrug im Jahr 1921 127 000 Centweights im Wert von 380 000 Pfund Sterling. Davon gingen 60 000 Centweights nach dem Vereinigten Königreich, 37 500 Centweights nach britischen Kolonien und Schutzgebieten (Indien, Südafrika, Ägypten usw.). Um sich das Aufbringen der Zinsen für die Anleihe zu erleichtern, will die Regierung der Kolonie gründliche Sparmaßnahmen in den übrigen Teilen der Verwaltung durchführen und deren Kosten wieder auf den Vorkriegsstand zurückbringen. Im ganzen handelt es sich um die wirtschaftliche Eroberung eines der dichtestbevölkerten Teile der Kolonie.

**Totenliste** Am 14. Februar starb im Alter von 38 Jahren *Nita Rosalinda Lange*, die sich um die Förderung des jüdischen Gartenbaus in Palästina hochverdient gemacht und, wie die Jüdische Rundschau vom 3. März 1922 schrieb, »die in Kolonistenkreisen übliche Anschauung über Arbeit revolutionierte« hat.

Am 31. Juli verschied in Jena der ausgezeichnete Geograph und Afrikaforscher

*Karl Dove* im Alter von 57 Jahren. In den Jahren 1892 bis 1894 bereiste er Südwestafrika, hauptsächlich zu klimatologischen und wirtschaftsgeographischen Studien. Als Ergebnis seiner afrikanischen Forschungen hat er eine stattliche Reihe größerer und kleinerer Monographien veröffentlicht, unter denen hier nur Deutsch Südwestafrika, Kriegs- und Friedensbilder (Dove hat auch am Witboikrieg teilgenommen), Vom Kap zum Nil, Das britische Weltreich und namentlich seine Wirtschaftliche Landeskunde der deutschen Schutzgebiete hervorgehoben seien. Früchte weiterer überseeischer Reisen sind dann ein Buch über die deutschen Schutzgebiete in der Südsee und noch mehrere zusammenfassende Schilderungen der deutschen Schutzgebiete in Ost- und Westafrika. Den Abschluß seiner Forschungen bildet seine Einführung in die allgemeine Wirtschaftsgeographie.

**Kurze Chronik** Einem Neger, René Maran, der aus Westindien stammt und im französischen Kolonialdienst am Tschadsee angestellt ist, wurde für seinen Roman *Batouala* Paris, Albin Michel/der Goncourtpreis verliehen. Dieser Roman legt rücksichtslos Fehler in der *Behandlung Eingeborener* durch Weiße bloß (siehe darüber den Artikel Nußbaums Negerromane, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, Seite 660 f.). Das hinderte nicht, daß seinem Autor in Frankreich ein Preis zuerkannt wird. ◊ Die Jüdische Kolonialbank hat der Regierung von Palästina zwei Drittel der Baukosten für die Anlage der Straße Gederah-Rechobot-Rischon le Zion auf 3 Jahre zinslos vorgeschossen, um den eingewanderten jüdischen Arbeitern Beschäftigung zu besorgen und wichtige jüdische Kolonien mit einer guten Straße zu versehen. Auf der Jahreskonferenz der Landwirtschaftlichen Vereinigung jüdischer Kolonisten in Palästina wurde zur Förderung der Siedlungsarbeit die Gründung einer genossenschaftlichen Kreditbank für Kolonistenöhne und Arbeiter beschlossen. Die Anteile haben einen Nennwert von 5 ägyptischen Pfund. ◊ Die Landwirtschaft *Britisch Indiens* befindet sich im Stadium der Erholung. Die Anbaufläche für Weizen betrug im Jahr 1920-1921 23,6 Millionen Acres, im Jahr 1921-1922 28,4 Millionen, die absolute Zunahme also 4,8 Millionen (20,3%); die Anbaufläche für Raps- und Senfsaat im Jahr 1920-1921 2,8 Millionen Acres, im Jahr 1921-1922 3,5 Millionen, die absolute Zunahme also 0,7 Millionen (25%); die An-

baupläche für Leinsaat im Jahr 1920-1921 1,8 Millionen Acres, im Jahr 1921-1922 2,1 Millionen, die absolute Zunahme also 0,3 Millionen (33½%). ◊ Die innere Anleihe *Französisch Indochinas* im Betrag von 6 Millionen Piaster, über die in dieser Rundschau (1922 I, Seite 384) berichtet wurde, brachte Zeichnungen im Betrag von 10½ Millionen, an denen 60000 Zeichner beteiligt waren. ◊ Die Baumwollindustrie *Chinas* ist in rascher Zunahme begriffen. Die Anzahl der Spindeln betrug am 1. Februar 1921 1,391 Millionen, am 1. Februar 1922 1,733 Millionen, die absolute Zunahme also 0,342 Millionen (24,6%); die im letzten Halbjahr verarbeitete Baumwolle betrug am 1. Februar 1921 409 206 Ballen zu 500 englischen Pfund, am 1. Februar 1922 532 257 Ballen, also die absolute Zunahme 123 051 (30,1%). Danach hat also nicht nur die Extensität der Industrie sondern auch die Intensität der Maschinenausnutzung zugenommen. Für ein einziges Jahr, und noch dazu eins mit schwerer Weltabsatzkrise auf dem Baumwollmarkt, eine beachtliche Entwicklung.

#### Literatur

Ein sehr schönes Bilderbuch hat *Moses Calvary* herausgegeben: Palästina, Bilder von Land und Leben /Berlin, Ferdinand Ostertag/. Leider ist die Einleitung kein landeskundlicher, das Verständnis der Bilder erleichternder Kommentar sondern nur eine kurze ästhetisch-geologische Abhandlung über Palästina. Hoffentlich wird dieses Versäumnis, das das volle Erschließen des Bilderinhalts des Buchs verhindert, bei der nächsten Auflage wiedergutmacht. Einige weniger ausgeprägte Bilder werden dann vielleicht gegen andere auszutauschen, das Bild des Jordans durch ein Bild seines Laufs im Felsufergebiet zu ergänzen sein. Im ganzen aber ist das Buch sehr zu empfehlen. Seine Ausstattung ist tadellos und doch nicht verschwenderisch. Der Text ist in Deutsch und Hebräisch gegeben. ◊ Einen fesselnden Beitrag zur Geschichte der Kolonisation gibt *Hermann Wätjen* in seinem Buch *Das holländische Kolonialreich in Brasilien* /Gotha, F. A. Perthes/. Es ist eine Zusammenfassung von Ergebnissen mühevoller Quellenforschung über ein längst vergessenes Unternehmen der Holländer: einen Eroberungsversuch im Gebiet der heutigen brasilianischen Staaten Maranhao, Piahy, Ceara, Rio Grande do Norte, Parahiba, Pernambuco, Alagoas, Sergipe, also des am weitesten östlich vorspringenden

Zipfels von Südamerika, in der 1. Hälfte des 17. Jahrhunderts. Eine kleine Karte erleichtert das Verfolgen der ausgezeichnet geschilderten Vorgänge. ◊ Ein Amerikaner, *James W. Wright*, bereicherte uns mit seinem Buch *The Free Negro in Maryland 1634 bis 1860* /New York, Columbia University/ um eine Darstellung, die bisher noch wenig begangenes Gelände der Kulturgeschichte, die Entwicklung eines freien Negerstandes während der Zeit der Sklaverei im Süden der Vereinigten Staaten, erschließt. Auch hier gründlichste Quellenbenutzung und -beherrschung; leider, im Gegensatz zu Wätjens auch hierin vorbildlichem Werk, ohne Register. ◊ Südamerika, die aufsteigende Welt heißt ein vorzüglich ausgestattetes, mit vielen Bildern versehenes Buch, in dem *Colin Rob* die Ergebnisse seiner Bereisung der Südhälfte von Südamerika zusammenfaßt hat /Leipzig, F. A. Brockhaus/. Ein Schriftsteller von vielen Graden und beträchtlicher Reiseerfahrung hat hier wiedergegeben, was er an Wesentlichem gesehen hat. Und nicht nur Eindrücke werden verzeichnet, sondern an passenden Stellen sind ernsthafte Erörterungen über die wirtschaftliche und soziale Problematik dieses Gebiets geschickt eingeflochten. Die Bilder sind sehr instruktiv. Im ganzen ein Buch, aus dem unterhaltsam zu lernen ist, wie kolonisiert, das heißt eine Welt neuer Wirtschafts- und Kulturwerte dem Menschen erschlossen wird. ◊ In seiner Schrift *Die deutschen Kolonien unter fremder Mandats Herrschaft* /Leipzig, Quelle & Meyer/ will er verdiente, besonders während des Krieges bewährte frühere Gouverneur von Deutsch Ostafrika *Heinrich Schnee* beweisen, daß die deutschen Kolonien einen besonders vom Standpunkt der Interessen der eingeborenen Bevölkerung äußerst ungünstig zu beurteilenden Tausch gemacht haben. Dieser Beweis gelingt ihm auch, und zwar auf der Grundlage reichlichen, Ententequellen entnommenen Materials. Um so mehr ist es zu bedauern, daß er an einigen Stellen das Material in anfechtbarer Weise zuungunsten der Mandatsmächte ohne rechte Unterlagen auslegt. Er ignoriert zum Beispiel bei der Betrachtung des ostafrikanischen Außenhandels den Krieg als Ursache seines Niedergangs ganz. Durch solche Fehler dürfte das Buch an Wirkung im Ausland verlieren. Und das wäre im Interesse einer Propaganda für Rückgabe dieser Gebiete an Deutschland sehr zu bedauern.